

**VERSUCH EINER
DARSTELLUNG DES ZUSAMMENHANGES
ZWISCHEN BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG,
FAMILIENPOLITIK UND ÖFFENTLICHER
MEINUNG IN SCHWEDEN**

ABHANDLUNG

**ZUR ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE DER
PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT I**

der

UNIVERSITÄT ZÜRICH

vorgelegt

VON

IVAR IVERUS

von Helsingfors, Finnland

Angenommen auf Antrag von P.-D. Prof. Dr. R. König

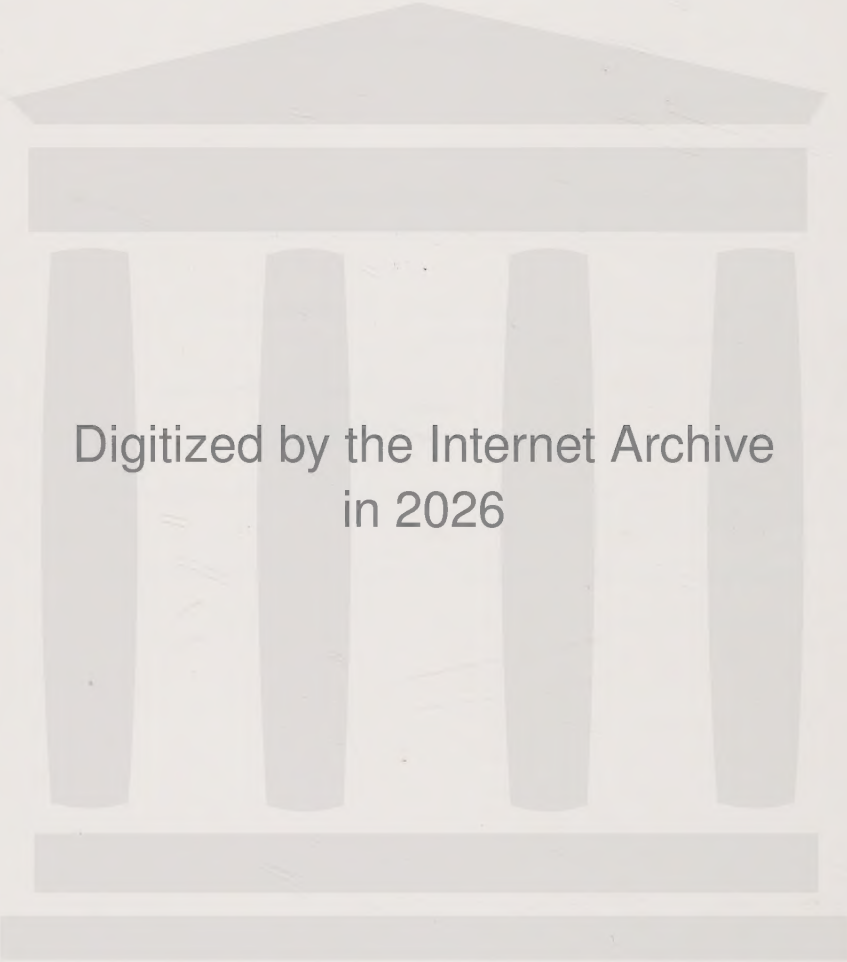
HELSINKI 1953



HELSINKI 1953
KIRJAPAINO O.Y. SANA

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Kapitel I. Einleitung. Stellung und Bedeutung der Bevölkerungsfrage	5
Kapitel II. Schweden als Typfall	13
Kapitel III. Die Bevölkerungskrise in Schweden	27
Kapitel IV. Zusammenfassung der Bevölkerungsgeschichte Schwedens. 1. Von der Grossmachtzeit bis 1815 und die bevölkerungspolitischen Anschauungen dieser Periode	40
Kapitel V. Fortsetzung der Zusammenfassung der Bevölkerungsgeschichte Schwe- dens. 2. Von 1816 bis zur Gegenwart	54
Kapitel VI. Die Bevölkerungsprognosen in Schweden und ihre Bedeutung	66
Kapitel VII. Die öffentliche Meinung in der Bevölkerungsfrage	77
Kapitel VIII. Die schwedische Bevölkerungspolitik und die bevölkerungspolitischen Massnahmen der letzten Jahre	90
Kapitel IX. Familiensoziologische Aspekte der schwedischen Bevölkerungsfrage	107
Literaturverzeichnis	117



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41507224_0114

KAP. I.

EINLEITUNG.

Stellung und Bedeutung der Bevölkerungsfrage.

Die Bevölkerungsprobleme eines Gebietes werden erst dann als eine »Bevölkerungsfrage« bewusst erfasst, wenn eine gewisse Stabilität der Verhältnisse und eine gewisse Höhe der Kultur, zu der der Besitz einer allgemeinen Statistik gehört, eine Einsicht in die Wechselbeziehungen zwischen Bevölkerung und wirtschaftlichen Verhältnissen erlauben. Die Agrarwirtschaft kennt hauptsächlich nur die regionale Übervölkerung. Es ist in den mehr oder weniger industrialisierten Ländern abendländischer Kultur, wo sich die Bevölkerungsprobleme zu einer Bevölkerungsfrage kondensieren, indem das differenzierte und auf lange Sicht aufgebaute Wirtschaftssystem das eine Mal von der Bevölkerung nicht getragen werden kann, ein anderes Mal eine wachsende Bevölkerung nicht versorgt werden zu können droht. Jedes Land hat somit seine eigene Bevölkerungsfrage, die zu seinem Territorium in einem bestimmten Verhältnis steht. Allerdings zeigen die Bevölkerungsverhältnisse der meisten europäischen Länder eine bedeutende Konvergenz auf.

Es ist auffallend, dass seit dem ersten Weltkrieg äusserst wenige bevölkerungstheoretische Schriften von Bedeutung mit einer anderen Tendenz als der, den Geburtenrückgang zu bremsen, erschienen sind. Malthusianische Gedankengänge beziehen sich, wenn sie vorkommen, in erster Linie auf die asiatischen Völker, überhaupt lieber auf andere Völker, als auf das eigene. So empört man sich über die unmoralische Bevölkerungspropaganda der Diktatorländer, über das zähe Festhalten an dem patriarchalischen Ideal des Kinderreichtums bei den orientalischen Völkern etc.¹⁾ Von den westeuropäischen Ländern hat vielleicht nur noch England einige Bevölkerungstheoretiker, die an der Auffassung von MALTHUS mit einiger Konsequenz festhalten.²⁾ Sonst wird überall für eine höhere Nativität geradezu propagandistisch geeifert. In Norwegen Langeland, in Dänemark Wieth-Knudsen und A. Jensen, in Frankreich wohl alle massgeblichen

¹⁾ Über die Folgen der rapiden Volkszunahme dieser wirtschaftlich schwachen Völker vgl. T. CHEN: Population in modern China; S. CHANDRASEKHAR: India's Population.

²⁾ Z. B.: J. SWINBURNE: Population and the Social Problem; RICH. TITMUS: Poverty and Population.

Autoren, in England CARR-SAUNDERS, Mc CLEARY, L. HOGBEN u.a. auch die Publikation der Mass-Observation »Britain and her Birth Rate«, die bezeichnenderweise erst unter den Namen »The Reluctant Stork« erscheinen sollte, in Deutschland der sehr bekannte F. BURGDÖRFER, in der Schweiz BRÜSCHWEILER, VEILLARD und ETTER. Auch BICKEL erwähnt im Vorwort zur »Bevölkerungsgeschichte der Schweiz«, dass es seine ursprüngliche Absicht gewesen sei, das Entvölkerungsproblem der Schweiz zu behandeln. Gemeinsam für das neuere Schrifttum ist die Forderung nach Regelung und öffentlichen Massnahmen. Man glaubt ziemlich allgemein, dass die Probleme der Bevölkerung schon einer bewussten Bevölkerungspolitik zugänglich sind — allerdings sind die vorgeschlagenen Wege verschieden. Im Gegensatz zu älteren Zeiten will man nicht nur durch Schaffen von neuen Nahrungsquellen auf dem gegebenen Gebiet oder durch Erweiterung des Gebiets der Bevölkerung auf die Entwicklung einwirken, sondern auch durch die sozialen Faktoren selbst, die früher schliesslich viel enger an unverrückbare Naturgesetze gebunden und daher durch Reformen, Propagandaeinwirkung etc. weniger leicht zu beeinflussen waren.

Die Bevölkerungsfrage ist die Frage unserer Zukunft: welche Bevölkerung — eine wie grosse und wie zusammengesetzte Bevölkerung — soll die Gesellschaft der Zukunft, ihre Wirtschaft und ihre Politik tragen? Indem wir die Ursachen der Bevölkerungsbewegungen studieren, enthüllen wir vielleicht einige der wichtigsten Faktoren, die die menschliche Gesellschaft gestalten.

Die Demographie hat sich ungefähr gleichzeitig mit der Statistik, als deren Teil sie wohl anfänglich galt, entwickelt. Die Stellung der Bevölkerungslehre blieb lange eine relativ unfreie: wo sie nicht nur eine Abteilung der Statistik blieb, wurde sie zum Ressort der Kameralwissenschaft, später der Volkswirtschaftslehre gerechnet. Die zunehmende Beschäftigung mit Bevölkerungsproblemen hat sie nicht ganz aus der Abhängigkeit befreit, obwohl eine Reihe von soziologischen und nationalökonomischen Theorien auf demographischer Basis entstanden sind.³⁾ Sorokin führt — wie einige andere Autoren — in seinem »Contemporary Sociological Theories« die hauptsächlichsten Vertreter dieser Theorien zu einer »demographischen Schule« zusammen.⁴⁾

³⁾ In der Soziologie können zu dieser Gruppe erst solche Extreme wie in England A. Bowley, in Frankreich Adolphe Coste, in Italien F. Carli und, wenn man ihn als Soziologen betrachten will, C. Gini gerechnet werden. Pareto mit seiner Theorie von der »circulation des élites« baut ja auch gewissermassen eine zentrale Partie seines theoretischen Gebäudes auf demographischem Boden auf.

⁴⁾ SOROKIN: Contemporary Sociological Theories, Kap. V.

Andere streben mehr nach einem Einschluss des demographischen Materials in die Soziologie. Die grosse Bedeutung der Bevölkerungsfragen wird in der modernen Soziologie, besonders in Amerika, immer mehr betont.⁵⁾ Die direkte Abhängigkeit der sozialen Zukunftsprobleme von der Bevölkerungsentwicklung stellt die Bevölkerungsfragen tatsächlich ins Zentrum des sozialen Geschehens und des Forschungsinteresses. Die selbe zentrale Stellung geben ihnen neuerdings auch einige Lehrbücher der Soziologie, z.B. Murray and Flynn.⁶⁾ Wie G. Myrdal — vielleicht etwas übertrieben — es ausdrückt: »No other factor — not even that of peace or war — is so tremendously fatal for the long-time destinies of democracies as the factor of population. Democracy with all its content of civic ideals and human life, must either solve this problem or perish.«⁷⁾ Wenn auch

⁵⁾ In der älteren Soziologie, besonders in Europa, wurde Bevölkerungsfragen relativ wenig Bedeutung zugemessen. Häufig wurden sie übersehen. Obwohl das Verdienst, sie aus dem Ressort der Nationalökonomie zugunsten der Soziologie hervorgeholt zu haben, nicht allein den Amerikanern zukommt, hat jedenfalls die amerikanische Soziologie zuerst in voller Konsequenz mit ihrer systematischen Entwicklung allgemein die Bevölkerungsfragen in soziologischen Zusammenhängen zur Bearbeitung aufgenommen. Dies ist besonders in der letzten Zeit zunehmend geschehen. Die amerikanischen Autoren, besonders die Chicago-Schule, gingen in ihren Forschungen weitgehend von den konkreten Problemen des amerikanischen Lebens aus: diese Probleme wieder waren häufig direkt abhängig von dem schnellen Zuwachs der amerikanischen Bevölkerung, resp. deren Anhäufung in Städten und Industriegebieten, mit einer sozialen Struktur, die für eine solche Vermassung nicht angepasst war. Das naheliegendste Problem war dabei die Migration, die z.B. in Chicago in wenigen Jahrzehnten der Stadt einen Millionen-Zustrom an Menschen brachte. Aber hinter der Migration, in diesem Falle Immigration, musste man natürlich auf die Grundphänomene der Bevölkerungsentwicklung, die diese Menschenmassen aus anderen Gebieten zuströmen liess, aufmerksam werden.

⁶⁾ Murray and Flynn: *Social Problems*. In diesem für die katholischen Universitäten der Vereinigten Staaten als Standardlehrbuch gedachten Werk wird die Bevölkerungsfrage sehr radikal ins Zentrum gerückt. Auch in dem familiensoziologischen Standardwerk von W. Folsom (Kap. 9) wird die Bevölkerungsfrage in der letzten Auflage ausgiebiger behandelt. Das selbe gilt von Ogburn and Nimkoff, die in ihrem 1947 erschienenen »A Handbook of Sociology« (Kap. 15 und 16) den Bevölkerungsfragen mehr Raum geben als in ihrer früheren »Sociology«. Man vergleiche weiter »Recent Social Trends in the USA«, Paustian and Oppenheimer: »Problems of Modern Society«, Phelps: »Principles and Laws of Sociology«, etc.

Immerhin ist nicht nur die demographische Entwicklung weder in Amerika noch in Europa verantwortlich für das erhöhte Interesse an Bevölkerungsfragen. Wir können hier nebenbei bemerken, dass die vermehrte Bedeutsamkeit der Bevölkerungsfragen für die moderne Soziologie nicht bloss eine Folge der Umwandlung der Familienstruktur und der sinkenden Geburtenzahlen ist. Vielmehr liegt das Interesse für Bevölkerungsfragen auf der Linie der Entwicklung der Soziologie, die ja immer mehr an der Quantifizierung der Geisteswissenschaften teilgenommen hat.

⁷⁾ Myrdal: *Population. A Problem for Democracy*, S. 33, hat seinerzeit berechtigtes Aufsehen erregt. Diese Aussage, die zuerst in einer Vorlesung an der Harvard University gemacht wurde, entspricht der Auffassung einer extremen Richtung der Bevölkerungslehre. Landis fängt mit diesem Zitat sein »Population Problems« an, Landis, S. 3.

diese extreme Auffassung von wenigen Soziologen ganz geteilt wird, so ist man doch — wie die Bevölkerungspropaganda bestätigt — in vielen Kreisen und vielen Ländern Europas zu ähnlichen Ansichten gekommen. Die Drohung einer abnehmenden Bevölkerung wird als Gefahr für die nationale Kultur und für die wirtschaftliche Prosperität betrachtet — oder, wie in dem eben erwähnten Zitat, für gewisse weltanschauliche und politische Daseinsformen.⁸⁾

Wenn Bedeutung und Wichtigkeit der Bevölkerungsfragen fast überall zunehmend eingesehen werden, geht daraus keineswegs hervor, dass sie auch immer in einen grösseren soziologischen Zusammenhang hineingesetzt werden. Im Gegenteil, da ihr Studium ja durch affektive Gründe, Befürchtungen verschiedener Art etc. angeregt wird, macht sich leider in vielen Fällen ein gewisser Mangel an Objektivität bemerkbar,⁹⁾ wovon allerdings die soziologischen Lehr- und Handbücher, in denen der Demographie ein grösserer Raum gegeben wurde, eine Ausnahme bilden. Dafür wird die populäre und popularisierende Literatur auf dem Gebiet fast ausnahmslos von der Befürchtung, ja der Angst, vor einer abnehmenden Volkszahl geprägt. Das gilt für alle Länder West- und Mitteleuropas sowie für die U.S.A.¹⁰⁾

Diese Furcht, die nicht selten einen naiven Charakter hat, wurzelt in einem primitiven Gruppengefühl. Man wünscht, seine eigene Gruppe gross und zahlreich zu sehen, fühlt sich bedroht, wenn sie relativ schwächer wird, andere Gruppen dagegen zunehmen. Diese Attitüde ist von jeher und

⁸⁾ Die Befürchtung eines Überrennens Europas von fruchtbareren peripheren oder aussereuropäischen Völkern herrscht bei vielen Autoren vor und wird dann zu einer Befürchtung um das politische System, da ja tatsächlich die hohe Fruchtbarkeit mit einer primitiveren sozialen und politischen Organisation einherzugehen pflegt. Man geht aber nicht fehl, wenn man in ähnlichen Befürchtungen, wie immer sie motiviert sind, eine Kollektivangst oder ein Gruppenunsicherheitsgefühl erblickt. Sie kommen dann auch, allerdings kaum mit der politischen Überspitzung des obigen Zitats, bei Angehörigen von Völkern mit einer sinkenden Machtstellung häufiger vor als anderswo. So in England, wo m. E. diese Ansichten von vielen Autoren, Pitt-Rivers, E. Charles etc., vertreten werden. In milderer Form sind diese Ansichten natürlich ausserordentlich verbreitet.

⁹⁾ Mehr oder weniger in den meisten Arbeiten, die von nationalen Fragestellungen ausgehen.

Am zuverlässigsten sind die Autoren, die ihre Werturteile und weltanschaulichen Ausgangspunkte angeben, was leider nicht immer vorkommt. Im Gegenteil sucht man öfters aus dem Material seine vorgefassten Meinungen herauszufinden. Ein aufmerksames Durchlesen der Literatur über Bevölkerungsprobleme bringt leider zu viele Beispiele von der Tendenz, die Tatsachen schlussendlich nur als eine Illustration der eigenen Überzeugung zu sehen. Ein typisches Beispiel ist schon Malthus.

¹⁰⁾ Schon die Titel geben es an: »The Menace of British Depopulation« von McCleary; »Volk ohne Jugend« von Burgdörfer; »Livsvilja eller folkdöd« (Lebenswille oder Volkstod) von Hyrenius etc.

auf den primitivsten Kulturstufen bekannt; wir begegnen ihr in der Bibel, in der griechischen Dichtung — »die Perser sind zahlreich, furchtbar an Masse« — im alten Orient etc. Als Motiv für Geburtenpropaganda ist diese Einstellung noch sehr wirksam: dabei wäre aber zu untersuchen, wie weit diese traditionelle Ansicht einfach als solche, als richtunggebendes Kulturmuster, wirkt und wie weit sie sich mit einem neuen psychologischen Inhalt erfüllt — überhaupt wie sie beim Einzelnen psychologisch noch begründet scheint. Dass die eigene Existenzunsicherheit öfters durch das Aufgehen in einer möglichst mächtigen Gemeinschaft kompensiert wird, ist klar; also wird die eigene Existenzform bedroht durch eine potentielle Schwächung der Gruppe. Leider gibt es wenig objektives Material, woran sich eine sozialpsychologische Untersuchung dieser komplizierten Verhältnisse halten könnte, weshalb auf ein Vorschieben der Analyse in dieser Richtung verzichtet werden muss. Im Zusammenhang mit den bewussten Motiven zur Vermehrung werden wir darauf zurückkommen, obwohl wahrscheinlich die Hauptmotive der Zeugung in einer trieblich tieferen Schicht begründet liegen, wogegen für die Einstellung zur Bevölkerungsfrage und zur Bevölkerungspropaganda der Sicherheitswunsch nach einer grossen nationalen Gemeinschaft einen treibenden Faktor darstellt.

Dieser Wunsch scheint auch dort wirksam zu sein, wo eine akute Gefahr der Bevölkerungsabnahme, wie in Schweden, einen rationalen Grund für die Befürchtung einer aus dieser Abnahme resultierenden Desorganisation des Wirtschaftslebens ergibt.

Schweden ist in dieser Beziehung, wie im meisten, was mit der Bevölkerungsfrage zusammenhängt, ein Typfall.

Das Bevölkerungsproblem ist offenbar unter dem Einfluss ähnlicher Ursachen und einer parallelen sozialen Entwicklung in fast allen Ländern Westeuropas aktuell geworden. Ja man kann, da die weniger fortgeschrittenen Länder Osteuropas auf dem Weg der fallenden Nativität rasch nachfolgen, eigentlich von einem europäischen Bevölkerungsproblem reden, an das sich die Bevölkerungsprobleme der Vereinigten Staaten und der von Europäern bevölkerten Kolonialländer anschliessen, wobei allerdings die kulturell und ökonomisch führenden Länder einen Vorsprung von Jahrzehnten haben.¹¹⁾ Um die richtige Perspektive zu wahren, muss

¹¹⁾ So entsprechen die agrarischen Länder Südosteuropas heute ungefähr Schweden oder der Schweiz am Anfang des vorigen Jahrhunderts. Bekanntlich ging Frankreich den übrigen Ländern Europas auf dem Gebiet der Geburtenbeschränkung voraus. Ob gewisse Völker von jeher eine niedrigere Geburlichkeit als andere gehabt haben, wissen wir nicht. Für gewisse Kulturtypen ist es jedenfalls sehr wahrscheinlich. Wir geben hier einige Vergleichszahlen:

man jedoch im Auge behalten, dass bis jetzt das Bevölkerungsproblem immer auf einer nationalen Basis, als Zu- oder Abnahme oder Veränderung der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes, aufgefasst wurde. Einen allgemeinen Masstab versuchte zwar schon Malthus anzulegen — und mit ihm einige Autoren seiner Epoche. Es ist aber typisch für die europäische Entwicklung, dass diese Einstellung dann einer nationalen weichen musste. Erst in neueren Arbeiten, namentlich in den auf Initiative des Völkerbundes entstandenen¹²⁾, wird das Problem für ganze Erdteile oder für die gesamte Erde dargestellt, obwohl diesen Bestrebungen noch die Summation einzelner, durchaus nach nationalen Gesichtspunkten zugeschnittener Angaben anzumerken ist. Eine durchgeführte Erweiterung der demographisch-soziologischen Probleme auf globales Ausmass würde die Bevölkerungsfragen der einzelnen Länder auf Fragen der relativen Bedeutung der betreffenden nationalen und kulturellen Gruppen innerhalb der Weltbevölkerung im Rahmen des Nahrungsspielraums der Erde reduzieren.¹³⁾ Solche Gesichtspunkte mögen einigen älteren Autoren wohl vorgeschwebt haben; im Wesentlichen blieb ihnen schon in der klassischen Nationalökonomie die relative Bedeutung einer Frage der Macht. Diese Ansicht ist schon bei den Populationisten leicht zu sehen.

Die modernen Ansichten in der Bevölkerungsfrage hängen natürlich von denen der älteren Bevölkerungstheoretiker ab, obzwar durch das Vorwalten des statistischen Materials die ideengeschichtliche Abhängigkeit auf diesem Gebiet eben kleiner ist als auf vielen anderen. Jedenfalls ist die Ideentradition stark genug, um mindestens die grund-

Nativität in 0/00

England	1851—60	33.9	Jugoslawien	1931	34.6
Preussen	1852—61	38.8	U.S.S.R.	1926	45.0
Schweden	1751—60	35.67	Rumänien	1930	34.2
Schweden	1851—60	32.79			

¹²⁾ Notestein and Others: *The Future Population of Europe*; D. KIRK: *European Population*; Dublin L.: *The Population Problem and World Depression*. Auch Carr Saunders: *World Population*.

¹³⁾ Diese Betrachtungsweise vertritt D. KIRK für den europäischen Grossraum in »European Population«. Diese Betrachtungsweise führt natürlich zu Spekulationen über die Bevölkerungskapazität der Erde und den Nahrungsspielraum, Fragen, die wiederum im Zusammenhang mit dem Erhalten des europäischen Lebensstandards aktuell geworden sind.

Man hat schon mehrmals, zuletzt wieder unter amerikanischen Forschern, gefürchtet, dass die Grenze der Nahrungskapazität der Erde beinahe erreicht worden ist. Die Schätzungen geben aber hier sehr stark auseinander. So z.B. Paul Mombert: *Bevölkerungslehre*. In der amerikanischen Soziologie galt die Schätzung von E. M. East in »Mankind at the Crossroads« seinerzeit als autoritativ mit ihren 5.2 Milliarden als möglichem Maximum der Weltbevölkerung.

sätzlichen Vorurteile, wo solche auftreten, noch immer mit den Ansichten älterer Autoren bestätigen zu wollen. In diesem Sinne ist in Schweden die relativ schwache Tradition der Sozialwissenschaften für die Erforschung der Bevölkerungsfrage eher ein Gewinn gewesen.

Die These der Populationisten scheint auf eine uralte Tradition zurückzugehen; sie ist direkt zurückführbar auf die Grundtendenz der Gruppen, immer grösser zu werden nach dem Prinzip »vermehret euch und werdet zahlreich«. Es ist wohl dem starken affektiven Appell dieser These zuzuschreiben, dass es bis zu Malthus so schwer war, für andere Ansichten, die den Ausgangsvorstellungen der Physiokraten sehr nahe lagen, und die auch von verschiedenen klassischen Nationalökonomien, wie Adam Smith und Quesnay,¹⁴⁾ tatsächlich ausgesprochen wurden, das Gehör des Publikums zu gewinnen.

Das Interesse für Bevölkerungsfragen galt und gilt meistens noch nicht sosehr den Bevölkerungsfragen an sich, sondern diesen Fragen nur im Zusammenhang mit der Grösse und Menge des Volkes, mit seiner Zu- oder Abnahme und seiner politischen Expansion. Damit werden die Bevölkerungsfragen in Zusammenhang mit der Moral gebracht, eine Assoziation, die schon dadurch angebahnt ist, dass die demographischen Gegebenheiten ja eine kausale Beziehung zum Geschlechts- und Familienleben besitzen. In der Tat wurde in älteren Zeiten endlos über die Bevölkerungsfrage moralisiert. Malthus selbst stellt von Anfang an das moralische Problem ins Zentrum seiner Darstellung, und er ist ohne Zweifel am ehesten von dieser Seite zu verstehen, baut er doch seine berühmte Theorie über den unerbittlichen Bevölkerungsdruck erst in der zweiten Ausgabe von 1803 seines bekannten Werks voll aus.¹⁵⁾ Was er eigentlich erklären will, ist die Entstehung von »Elend und Laster«. Es ist eine Rationalisierung der Erbsünde. Malthus drückt seine Ansichten erst in folgenden drei Sätzen aus: »That population cannot increase the means of subsistence, is a proposition so evident that it needs no illustration.»

»That population does invariably increase where there are the means

¹⁴⁾ »La propagation n'a des bornes que celles de la subsistence et elle tend toujours à passer au delà: partout il y a des hommes dans l'indigence.« Quesnay: Analyse du tableau économique.

¹⁵⁾ Rev. Th. MALTHUS: »An Essay on The Principle of Population as It Affects The Future Improvement of Society« erschien erst anonym in London 1798. Es ist diese Ausgabe, die wir hier zitieren. Sie hatte, wie schon der Titel angibt, eine Spitze gegen den Fortschrittsgedanken, der Malthus offenbar erst aus religiösen Gründen suspekt vorkam, vor allem gegen Condorcets »perfectibilité«. Die lebhafteste Kritik veranlasste Malthus, sein Werk mit einer substantiellen Masse von Material zu untermauern, das eherne Bevölkerungsgesetz herauszuarbeiten und sein Werk in dieser neuen Form, in der es meistens zitiert wird, »very much enlarged« 1803 neu herauszugeben. Später folgten noch fünf teilweise verbesserte Ausgaben.

of subsistence, the history of every people that have ever existed will abundantly prove.»

»And, that the superior power of population cannot be checked without producing misery or vice, the ample portion of these too bitter ingredients in the coup of human life, and the continuance of the physical causes that seem to have produced them, bear too convincing a testimony.» ¹⁶⁾

Die zwei ersten Sätze sind, wie schon die zeitgenössische Kritik angemerkt hat, eine Selbstverständlichkeit, die wohl jedem Volkswirtschaftler, der gewusst hat, dass der Nahrungsspielraum der Erde begrenzt ist, einleuchtet.¹⁷⁾ Im dritten Satz liegt das für die Meinung von Malthus charakteristische. Was Malthus mit seiner Arbeit sagen will, geht deutlich aus seiner Beschreibung der Folgen der unbeschränkten Vermehrung hervor: »Promiscuous intercourse, unnatural passions, violations of the marriage bed, and improper arts to conceal the consequences of irregular connections are preventive checks that clearly come under the head of vice . . .» ¹⁸⁾

Dieser moralische und zugleich ideenpolitisch interessierte Ton hält dann an in der ganzen Diskussion über Bevölkerungsfragen, die Malthus heraufbeschwört. Malthus wendet sich ja in den »Principles of Population« gegen den Liberalismus und den Fortschrittsglauben, weshalb die Parteinahme auch durch politische Ideologien bestimmt ist. Noch heute hat die Diskussion über Malthus, die in den letzten Jahren wieder aufgewacht ist, eine unsachliche Note, welche durch Anhäufung von Material nur notdürftig verdeckt wird. Dieses gilt auch für Schweden, das allerdings von dem direkten Einfluss des Malthus-Streites ursprünglich nicht berührt worden war; denn als die Diskussion den Norden erreichte, war Malthus schon von dem Neomalthusianismus ersetzt worden.

Der Neomalthusianismus hat von Malthus nur den Namen. Er streitet gegen alles, was Malthus hochgehalten hat, namentlich gegen seine moralischen Vorstellungen — zwar noch mit einer eigenen moralischen Argumentierung, doch ohne dabei wissenschaftlicher vorzugehen als Malthus selbst. Aber wo man früher die Bevölkerungsfrage nur in Bezug auf die

¹⁶⁾ op. cit. S. 37, 38.

¹⁷⁾ Siehe Mc Cleary: Population, S. 30. Ein zeitgenössischer Kritiker, Haslitt sagt: »I do not much see what there is to discover . . . Knowing that the worlds is round.«

¹⁸⁾ Op. cit. S. 39. Die »checks« fasst Malthus als automatische Folgen der Bevölkerungsvermehrung auf. Es ist also ein *circulus vitiosus*, aus dem es für die Menschen keine Rettung gibt — denn der naheliegende Ausweg der Geburtenkontrolle, »violation of the marriage bed«, ist ja für Rev. Malthus eine schlimme Sünde, ein Wirken gegen den Willen Gottes, woran anständigerweise gar nicht zu denken ist. Eine Rettung gibt es nur in der Keuschheit, die der Mensch wegen seiner sinnlichen Natur ja aus eigener Kraft gar nicht erreichen kann. Kurz die Wahl steht — wenn überhaupt möglich — nur zwischen Not und Laster — und M. meint, wir sollten die Not wählen.

herrschenden Wertvorstellungen, Verhaltensmuster und Abweichungen von ihnen gesehen hatte — um Malthus' Vokabular mit soziologischen Ausdrücken zu übersetzen — wollte der Neomalthusianismus regulativ eingreifen in einer Weise, die dem frommen Malthus und seinen Meinungsgegnossen in ihrem Glauben an eine gottesbestimmte Weltordnung vollständig fremd gewesen wäre. Nun, heute hat der Neomalthusianismus wieder Ansichten, die man vielleicht mit einer etwas veränderten Bedeutung des Wortes populationistisch nennen darf, Platz machen müssen, was, wie oben erwähnt, wahrscheinlich unter dem Druck einer ziemlich einzigartigen Bevölkerungsentwicklung in Europa geschehen ist. Einige Zahlen aus verschiedenen Ländern mögen dieses Verhältnis illustrieren:

Nativität in o/oo. ¹⁹			
			1931—35
Schweden	1856—60	33.5	14.1
Schweiz	1850—64	29.9	16.4
Dänemark	1855—59	33.8	17.7
England	1851—60	33.9	15.0
Frankreich	1851—60	26.3	16.5

KAP. II.

Schweden als Typfall.

Auch in Schweden war die Bevölkerungsfrage eine Frage des Geburtenrückgangs, und das Land kann in dieser Beziehung geradezu als ein Typfall gelten. Schweden hat in den dreissiger Jahren nicht nur ungefähr die niedrigste Nativität Europas und der Welt erreicht, sondern gleichzeitig auch eine der niedrigsten Nettoreproduktionszahlen. Es handelt sich dabei, im Gegensatz zu gewissen anderen Ländern, um eine kontinuierliche Entwicklung, die einen soziologischen Typfall darstellt, auch wenn sich unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise 1931—35 die Lage zu einer »Bevölkerungskrise« zuspitzte, die für die Dauerentwicklung keineswegs mehr typisch war. Die alarmierende Bevölkerungslage in Schweden hat eine Reihe von Untersuchungen, eine gründliche statistische Durcharbeitung der demographischen Verhältnisse und schliesslich ein bevölkerungspolitisches Programm veranlasst. Man kann wohl sagen, dass kein anderes Land ein so umfangreiches statistisches Material über seine demographischen Probleme besitzt wie Schweden; auch ist vielleicht in keinem anderen Lande die Bevölkerungsfrage so viel in der politischen Tagesdiskussion

¹⁹⁾ Zusammengestellt nach Gisi: Bevölkerungsstatistik der Schweiz. Eidgenossenschaft.

besprochen worden. Zwei grosse offizielle Untersuchungen sind unternommen worden: eine Serie von Untersuchungen, die hauptsächlich den Nativitätsrückgang betrafen, wurde von der »Bevölkerungskommission von 1935« durchgeführt, später folgte die »Bevölkerungsuntersuchung von 1941«. Der ganze Fragenkomplex erscheint deshalb in Schweden ausserordentlich gut dokumentiert; es gibt hier eine Menge, bis in alle Einzelheiten statistisch durchgearbeiteten und sehr zuverlässigen Materials, das der soziologischen Analyse Schlüsse erlaubt, die ein weniger ausgedehntes Ausgangsmaterial nicht ermöglichen würde. Schweden hat für einige amerikanische Untersuchungen das demographische Schulbeispiel geliefert. Die offizielle Bevölkerungsstatistik in Schweden reicht bis zur Mitte des achtzehnten Jahrhunderts zurück ¹⁾ und verfügte schon damals über Methoden, die auch den heutigen Anforderungen noch genügen.

Die rein statistische Eignung Schwedens für demographisch-soziologische Untersuchungen wird im allgemeinen auch in anderen Ländern anerkannt, obwohl dieser Umstand als Gegenstand nationalen Stolzes von schwedischen Autoren oft zu sehr hervorgehoben wurde.

»La Suède est de loin le pays pour lequelle on possède les statistiques demographiques les plus anciennes,« heisst es z.B. in der »Statistique Generale de la France«. ²⁾

In der Tat geht die Bevölkerungsstatistik Schwedens bis 1686 zurück. Moderne und einigermassen zuverlässige statistische Methoden wurden 1749 mit der Errichtung des sog. Königlichen Tabellenwerkes eingeführt. Schon 1766 äussert sich einer der ältesten demographischen Autoren Europas, PEHR WARGENTIN: »Ein so ordentliches Tabellenwerk, wie unser schwedisches ist noch nirgends in einem ganzen Reich errichtet worden, zumindest nicht so vollständig, was den Anteil, das Geschlecht und das Alter der jährlich Toten und noch Lebenden anbetrifft. Deshalb erwarten

¹⁾ Wenn sie auch nach Prinzipien eingerichtet war, die noch heute gültig sind, ist es jedenfalls zweifelhaft, wie zuverlässig die schwedische Statistik, besonders für die entlegenen Reichsgebiete und für die grösseren Städte wirklich war. P. WARGENTIN klagt über allerlei kleine Mängel der statistischen Technik, über die er zu gleicher Zeit, als im Wesentlichen sein eigenes Werk, so stolz ist. WARGENTIN: Mortaliteten i Sverige. — Noch in ihrem Bericht aus dem J. 1795 (Kommentare zur Tabelle H) führt die »Tabell-Commission« an, dass die Ziffern über die Wohnbevölkerung der Stadt Karlskrona, der zweiten des Reichs, unsicher seien. Karlskrona war ein Durchfahrtsort, über den der Verkehr nach Deutschland und schwedisch Pommern ging. Viele Leute wohnten dort lange Zeit, ohne der Gemeinde anzugehören, wie auch viele in Karlskrona eingeschriebene Leute nicht mehr dort wohnten. Man erreichte eine Schätzung der Bevölkerung durch eine Interpolation auf Basis der Geburten- und Sterbezahlen.

²⁾ La mortalité en Europe. Statistique generale de la France. Etudes démographiques No 2.

die Ausländer von uns die genaueste Nachricht in dieser Angelegenheit, und einige haben mich fleissig ermahnt, diese Untersuchungen fortzusetzen.»³⁾

Der Schlussbericht der »Bevölkerungskommission« betont den vorteilhaften Umstand des vollständigen statistischen Ausgangsmaterials, wie auch GUSTAF SUNDBÄRG, der Herausgeber der ersten grossen offiziellen Sozialuntersuchung Schwedens, »Emigrationsutredningen« (die Emigrationsuntersuchung), das gleiche hervorhebt, u.a. in einer Polemik gegen den deutschen Statistiker Wolff.⁴⁾

Der Umfang, die Vollständigkeit, Zuverlässigkeit und alte Tradition der Statistik sind also anerkannte Vorteile des schwedischen demographischen Materials.

In ihrem grossen Werk »Nation and Family« kommt Alva Myrdal in einem Abschnitt »Warum Schweden?« auf diese Frage zu sprechen. Sie stellt dabei fest, dass Schweden von allen Ländern einem klaren positiven bevölkerungspolitischen Programm am nächsten gekommen ist, und führt eine Reihe von Gründen an, weshalb dem so ist und weshalb Schweden sich auch als Beispiel besonders gut eignet, Gründe die wir hier kurz rekapitulieren wollen:

»Wenn Schweden einem solchen Programm am nächsten gekommen ist, müssen wir daran erinnern, dass gewisse ganz eigenartige Voraussetzungen in der Struktur des Landes bestehen, um zu verstehen, wie dies möglich ist. Schweden ist kein Musterland. Vieles von der berühmten Publizität, die das Land in den letzten Jahren genossen hat, ist übertrieben gewesen.«⁵⁾

1. »Unser Volk ist zuerst seit vielen Generationen frei vom Trachten nach nationaler Expansion. Wir haben Frieden und unveränderte Grenzen seit 1 1/4 Jahrhunderten.«⁶⁾ Die imperialistische Zeit liegt weit zurück in der

³⁾ PEHR WARGENTIN: Mortaliteten i Sverige. S. 10. WARGENTIN weist gewissenhaft auf gewisse kleinere Fehlerquellen und technische Mängel, die er jedoch selbst für gering erachtet. Jedenfalls hat er dadurch zu der Vervollkommnung der schwedischen Statistik beigetragen, die nach der überaus grossen Zahl der Hundertjährigen zu beurteilen, zu seiner Zeit doch etwas zu wünschen übrig liess.

⁴⁾ Resumiert im Vorwort zu G. SUNDBÄRG: Bevölkerungstatistik Schwedens 1570—1907.

⁵⁾ ALVA MYRDAL: Folk och familj, S. 31.

⁶⁾ 1809 ging Finnland mit einem schmalen Streifen von Västerbotten verloren. Der um einige Jahre spätere Verlust von Pommern betraf nicht mehr das eigentliche Reichsgebiet — Pommern wurde auch nicht von der älteren schwedischen Bevölkerungsstatistik erfasst. Finnland besitzt natürlich als ein ehemaliger Teil Schwedens die bevölkerungsstatistische Tradition des Mutterlandes, aber die häufigen Grenzverschiebungen, die langen Kriagsperioden, die das Nebenland direkt trafen, und schliesslich die fast totale Abwesenheit jeder Statistik in den schon 1721 an Russland abgetretenen Teilen Finnlands, machen das Land für historische Untersuchungen der Bevölkerungsentwicklung weniger geeignet.

Zeit.» ⁷⁾ Der langdauernde Friedenszustand ist von besonderer Bedeutung für den Ausbau der Sozialpolitik in den dreissiger Jahren, da man damals in Schweden mit einer Zuversicht für die Zukunft planen konnte, die das in ständiger Kriegsfurcht lebende übrige Europa nicht gekannt hat.

2. Schweden hat kein Rassen- oder Minoritätsproblem gehabt. Die 6500 nomadisierenden Lappen in den nördlichen Einöden standen schon durch ihre Wanderungen über die Reichsgrenzen ausserhalb der gewöhnlichen Gemeinschaftsstruktur der schwedischen Gesellschaft, aber in der Masse, wie sie sesshaft geworden sind und sich der schwedischen Gesellschaft eingefügt haben, hat ihnen die Assimilation immer offen gestanden. Dasselbe gilt für die etwa 35.000 Finnen. Die schwedischen Minoritäten im Ausland waren auch kein Problem. Es gab nie eine Irredentapolitik; die schwedische Bevölkerung in Finnland war in der sozialen Struktur dieses Landes seit altersher fest eingefügt und beeinflusste keineswegs die schwedische Politik. Etwa ein paar tausend Schweden aus Russland (Gammel-svenskby) ⁸⁾ und aus Estland konnten ohne Schwierigkeit als Landarbeiter oder in der Industrie untergebracht werden.

3. Religiöse Gegensätze bestehen nicht, die überwältigende Majorität der Bevölkerung gehört der lutherischen Staatskirche an; der Rest verteilt sich auf Mitglieder verschiedener protestantischer Sekten, die der Staatskirche nahestehen, oder auf aus der Kirche ausgetretene Religionslose, also Leute, die immerhin in der selben kulturellen und religiösen Tradition wurzeln. ⁹⁾ Die Juden, die ja eine religiöse Sondergruppe bilden, sind durch ihre geringe Zahl (etwa 7000) und den hohen Grad der Assimilation — sie erhielten schon 1782 im wesentlichen volle Gleichberechtigung — zwanglos in die schwedische Gemeinschaft eingefügt.

4. Das Land wird trotz seines geographischen Umfanges nicht von regionalen Widersprüchen zersplittert. Seit Jahrhunderten strebte die Innenpolitik, unterstützt von der vereinheitlichenden Tendenz der Staatskirche dahin, die kulturellen und sozialen Regionalunterschiede auszugleichen. Diese waren ursprünglich gross. Die landwirtschaftlichen Grossgrundbesitze des Südens, die Fischerei- und Schifffahrtsgegenden der Westküste, die Wald- und Einödprovinzen Norrlands und schliesslich das mit-

⁷⁾ ALVA MYRDAL: Folk och familj, S. 31.

⁸⁾ Eine schwedische Siedlung in der Ukraine bestehend aus Schweden aus den baltischen Ländern. Siehe darüber z.B. »Berättelse öfver Gammel-svenskbykommitténs verksamhet.»

⁹⁾ Nach »Statistisk Årsbok för Sverige 1948» gab es in Schweden 1930 257.482 Dissentierende und Andersgläubige, wovon immerhin über 100.000 lutherische Sektierer waren. Dazu etwas über 100.000 andere Protestanten, 4.800 Katholiken, 6.600 Juden, 331 Mormonen, 228 Theosophen etc.

telschwedische Stammland mit seiner alten Bauernkultur und seinem Bergwerkbetrieb waren in wesentlichen Dingen, vor allem in der wirtschaftlichen Struktur, sehr verschieden. »Die modernen Methoden, die lokalen Steuern auszugleichen, um so grossen Standardunterschieden zwischen verschiedenen Landesteilen entgegenzuwirken, schliessen sich an Traditionen an, die in Schweden seit langem von einem eigenartigen Gleichmässigkeits- und Ausgleichsbestreben getragen sind.«¹⁰⁾

5. Ein wichtiges Instrument auf dem Gebiet des kulturellen Ausgleichs war immer das Unterrichtswesen. Der schwedische Staat hat sehr früh auf die gleichen Minimalanforderungen an den Unterricht für alle Mitbürger beharrt. Das lesekundige Publikum ist deshalb immer recht umfangreich gewesen, auch auf dem Lande, und gesellschaftliche Probleme sind allgemein diskutiert worden.

6. »Die lange Tradition einer freien und gesetzlichen Staatsform hat eine Gewohnheit in der Durchführung gradueller Reformen begründet. Die Richtung ist zeitweise radikal gewesen, aber das Tempo war immer konservativ. Der neue soziale Staat hat dazu in dem Administrationsapparat ein ungewöhnlich unkorruptiertes und relativ wirksames Instrument für das Bestreben, die alte Gesellschaft umzugestalten, geerbt. Dies hat weitgehende Bedeutung für eine planmässige soziale Reformpolitik.«¹¹⁾

7. Die ungewöhnlich vorteilhaften Bedingungen der industriellen Expansion sind ein wichtiger Faktor.¹²⁾ Diese Expansion begann spät, hatte aber den Vorteil, aus einheimischen Rohstoffquellen schöpfen zu können. Zum Teil hat die schwedische Industrie wie z.B. die Gruben- und Hüttenindustrie Mittelschwedens uralte Wurzeln. Sie war dem Volk nie wesensfremd. Dagegen verursachte ihre Verlegung in die Grosstädte oder grösseren Städte teilweise eine soziale Umwälzung, denn die schwedische Industrie war ursprünglich auf dem Lande lokalisiert. Die Industrie hat sich als sehr konjunkturfest gezeigt, was zu der Stabilität der schwedischen Gesellschaft wohl beigetragen haben mag, genau wie die Tatsache, dass in den letzten Dezennien die Produkte der Industrie im Verhältnis zu den Importwaren im Preis gestiegen sind, zu dem Wohlstand beigetragen hat.

Alva Myrdal führt noch einige Gründe an, wie den Volkscharakter etc., denen sie aber auch selbst nur eine sekundäre Bedeutung zumisst und die wir hier wegen ihrer relativen Belanglosigkeit nicht wiederholen werden, zu-

¹⁰⁾ ALVA MYRDAL, op. cit., S. 32.

¹¹⁾ *ibid.*

¹²⁾ Siehe A. MONTGOMERY: Industrialismens genombrott i Sverige.

mal sie teilweise wie nationale Überheblichkeit anmuten können, wie z.B. die Feststellung, dass die nordischen Völker nicht aus »Massenmenschen« bestehen, eine Behauptung, die eine deutliche politische Spitze hat.

Ob diese Gründe stichhaltig und in welchem Masse sie es sind — sie wären es z.B. nicht, wenn Schweden seit altersher ein Immigrationsland gewesen wäre, wie es jetzt in mässigem Umfang zu werden scheint — ist für unsere Untersuchung weniger von Belang als die Tatsache, dass es in Schweden seit langem Voraussetzungen für eine planmässige, zielbewusste Bevölkerungspolitik gegeben hat und dass eine solche Politik inauguriert und durchgeführt worden ist.

Für unsere Zwecke ist es vielleicht am wichtigsten zu bedenken, dass die katastrophale Lage der Bevölkerungsfrage in Schweden seinerzeit eine ungewöhnlich lebhaft diskutierte Diskussion in der Presse und auf dem politischen Forum veranlasste, so dass die Bevölkerungsfrage als politisches und soziales (wenn auch nicht soziologisches) Problem in das allgemeine Bewusstsein mindestens der Gebildeten in einer Weise eingedrungen ist, die dazu berechtigt, tatsächlich von einer öffentlichen Meinung in der Bevölkerungsfrage zu reden. Bei Enquêtes kommen also nicht nur im ersten Impuls gegebene Meinungen zum Ausdruck, die möglicherweise im Augenblick erfunden werden, um den lästigen Befrager zu befriedigen, sondern es werden wirklich begründete Ansichten zu diesen Fragen gegeben.

Unsere Arbeit bezweckt keine monographische Darstellung der schwedischen Bevölkerungsfrage; unser Ziel ist eher ein sozialpsychologisches: nämlich eine Analyse der Faktoren zu geben, welche die demographischen Verhältnisse bestimmen; insbesondere die tieferen soziologischen und psychologischen Gründe des Geburtenrückgangs in der modernen Gesellschaft anhand des schwedischen Materials zu untersuchen.¹³⁾ Die Darstellung der schwedischen Bevölkerungsfrage dient also eigentlich nur als Beispiel, um eine typische Entwicklung durch einen ziemlich extremen Fall zu illustrieren, wozu sich, wie wir zu zeigen versucht haben, die schwedischen Verhältnisse und das sorgfältig durchgearbeitete schwedische demographische Material besonders gut eignen.

In bezug auf die Entwicklung der Volksmenge des Landes ist Schweden — wie die Schweiz — ziemlich durchschnittlich für europäische Verhältnisse.

¹³⁾ Diese tieferen psychologischen Gründe haben fast alle schwedische Untersuchungen bisher leider ignoriert, und die Unterteilung der Statistik ist kaum dazu geeignet, darüber direkte Angaben zu geben; sie müssen also zwischen den Zeilen und durch Interpolation des Zahlenmaterials berausgeholt werden.

Die Bevölkerungsentwicklung einiger europ. Länder ¹⁴⁾ 1800—1910

	Bev. in Tausend		Index 1800 = 100		
	1800	1910	1850	1880	1910
England	8.893	36.075	202	292	405
Dänemark	929	2.757	152	212	297
Holland	2.100	5.858	146	191	279
Norwegen	883	2.390	158	218	270
Deutschl.	24.500	63.049	146	178	257
Schweden	2.347	5.522	148	194	235
Schweiz	1.680	3.753	142	169	224
Österreich	13.300	28.572	132	166	215
Portugal	2.932	5.960	119	155	203
Italien	18.123	34.671	134	157	191
Spanien	10.541	19.156	133	158	182
Frankreich	28.250	41.479	129	139	147

In Bezug auf die Entwicklung der Nativität war Schweden dagegen eher sehr extrem; in den dreissiger Jahren hatte Schweden die niedrigste Nativität Europas — und der Welt, es wurde nur während einiger Jahre von Österreich überholt, ¹⁵⁾ und die Nettoreproduktionszahl ¹⁶⁾ war ebenfalls ausserordentlich niedrig. ¹⁷⁾ Viele Jahre hatte nur Österreich eine niedrigere

¹⁴⁾ Nach *Annuaire statistique de la France* aus Bickel, »Bevölkerungsgeschichte der Schweiz«.

¹⁵⁾ In den zwanziger, wie in den vierziger Jahren auch von anderen Ländern, namentlich Deutschland. — Über Österreich: GELINEK: Bevölkerungsspiegel Österreichs. Die ausserordentlich niedrigen Nettoreproduktionszahlen Österreichs beruhen auch auf einer höheren Mortalität.

¹⁶⁾ Mit Nettoreproduktionszahl (gereinigte Geburtenzahl, Burgdörfer) versteht man die Zahl von weiblichen Kindern, die 1000 in einem bestimmten Jahr geborene Mädchen haben werden, wenn Nativität, Mortalität und Heiratsfrequenz als gleichbleibend mit den Werten im Geburtsjahr vorausgesetzt werden, dividiert durch 1000. Die Nettoreproduktionszahl drückt also die wahrscheinliche Grösse der folgenden Generation im Verhältnis zu der im Stichjahr geborenen aus. Bei einer konstanten Bevölkerung also $\frac{1000}{1000} = 1$.

Diese Zahl ist eine hypothetische Grösse. Sie wird nach etwas verschiedenen Methoden berechnet, daher Unstimmigkeiten in der internationalen Statistik. S. »Réproduction nette en Europe«, *Statistique générale de la France*. Auch M. Halbwach, »Morphologie sociale.«

¹⁷⁾ ALVA MYRDAL behauptet zu unrecht in »Folk och familj«, S. 27 dass Schweden die niedrigste Nettoreproduktionszahl Europas gehabt hätte. Der Autorin ist vielleicht ein statistischer Fehler unterlaufen, zumal die Angaben über die Nettoreproduktionszahlen verschiedener Länder nicht in allen statistischen Arbeiten übereinstimmen.

Mehr oder weniger bewusst irreführende Angaben sind in der populären demographischen Literatur sonst nicht selten.

Den Angaben über die niedrigste Geburten — respektive Nettoreproduktionszahl.

Nettoreproduktionszahl, wahrscheinlich schon seit längerer Zeit, auch für die Jahre, für welche in Österreich eine genaue Nettoreproduktionszahl aussteht; sonst wurde Schweden nur zufällig von einzelnen Ländern — Deutschland, Estland — in dieser Hinsicht unterboten, wie aus der untenstehenden Tabelle hervorgeht.

Beispiele der Nativität in 0/00 und der Nettoreproduktionszahlen einiger Länder während der Jahre 1931—1940 ¹⁸⁾

	Nativität 0/00									
	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940
Schweden	14.8	14.5	13.71	13.68	13.76	14.21	14.4	14.92	15.39	15.07
Schweiz	16.7	16.7	16.4	16.3	16.	15.6	14.9	15.2	15.2	15.2
Österreich	15.8	15.2	14.3	13.6	13.2	13.1	12.9	14.1	—	—

	Nettoreproduktionszahlen				
	1933	-34	-35	-36	-38
Schweden	0.730	0.740	0.723	0.75	— 0.783
Schweiz	0.850				0.779
Österreich	0.714	0.70?	0.64		
Gr. Britannien	0.74	0.76	0.76	0.77	
Estland		0.728			
Deutschland	0.710	0.850	0.90	0.93	

Österreich ist nach den vorliegenden Zahlen ein noch extremerer Fall des Geburtenrückgangs als Schweden. Leider stehen genauere Untersuchungen über die österreichischen demographischen Verhältnisse bis zum Aufhören der politischen Selbständigkeit in 1938 noch aus. Jedenfalls können Schweden und Österreich nicht direkt verglichen werden. Die abrupt sinkende Geburtenkurve Österreichs ist ein Symptom der wirtschaftlichen und sozialen Nöte, des Mangels an Vertrauen in die Zukunft, woran das österreichische Volk durch die politischen Verhältnisse in der Zwischenkriegszeit zu leiden hatte, nicht

die niedrigste Ehefrequenz, der höchsten Scheidungsfrequenz etc. denen wir in verschiedenen Ländern — so auch in Schweden in aufklärender und popularisierender Literatur in Zeitungsartikeln, politischen Reden etc. begegnen, liegt ohne Zweifel eine moralisierende Tendenz zu Grunde. Man will dadurch die Bevölkerung aufrütteln, sie zu einem besseren Lebenswandel, zur Rückkehr zu den unverdorbenen Sitten der Väter etc. anspornen. Solche Angaben erweisen sich deshalb oft bei der Nachprüfung als vollständig unzuverlässig. Angaben über die »niedrigsten Geburtenziffern der Welt« sind uns aus Frankreich, England, Deutschland, Österreich und Schweden bekannt. Sie sind bestimmt nicht auf diese Länder beschränkt.

¹⁸⁾ Zusammengestellt nach »Réproduction nette en Europe« (Statist. gén. de la France) und »Annuaire stat. de la Soc. de Nations«, 1941—42.

das Ergebnis einer längeren kontinuierlichen sozialen Entwicklung.¹⁹⁾ Für Schweden gilt eher das Gegenteil: mit der Einschränkung der Krisenjahre 1930—35 machte das Land in der Zwischenkriegszeit eine grossartige wirtschaftliche Entwicklung durch. Dies konnte jedoch nicht verhindern, dass die Nativität dieser Periode im steten Sinken begriffen war und dass Schweden 1934 einen Rekord der niedrigen Nativität erreicht hatte. In beiden Ländern beruhte das extreme Tief auf einer Verschiebung der Geburten, besonders aber in Schweden, wo der Geburtenausfall später eingeholt werden konnte. In vielen Ländern hielten die Nachwirkungen der internationalen Wirtschaftskrise länger an oder verbanden sich dauerhafter mit den übrigen Faktoren, die ein Sinken der Nativität bewirkten; so wurde das entsprechende Nativitätsminimum in der Schweiz, wie aus der Tabelle auf Seite 20 ersichtlich wird, erst 1937 erreicht.²⁰⁾ Im selben Jahr hatte Österreich — einzig in der Welt! — ein Geburtendefizit von 0,8 o/oo, die Stadt Wien ein Defizit von 9,8 o/oo.²¹⁾

Die schwedische Bevölkerungspolitik hat, wie aus der obigen Ausführung hervorgeht, mit relativ wenig politischen Rücksichten anderer als sozialpolitischer Natur rechnen müssen. Sie sollte also die Voraussetzungen besitzen, in soziologischer Hinsicht zweckmässig zu sein. Es ist eine zweite Aufgabe dieser Arbeit, zu untersuchen, in welchem Masse sie diese Forderung erfüllt — insofern eine Aussage darüber wegen der kurzen Zeit ihrer praktischen Realisierung möglich ist. Es mag in diesem Zusammenhang besonders daran erinnert werden, dass die beiden Kommissionen, die die Richtlinien für die schwedische Bevölkerungspolitik zogen, die bevölkerungspolitischen Massnahmen, die Familienschutzpolitik etc. verschiedener

¹⁹⁾ Da das Rumpf-Österreich mit seiner zu grossen Hauptstadt der soziologischen Struktur nach das Kerngebiet eines Grossstaates war, war es natürlich, dass die Verhältnisse der Zwischenkriegszeit eine wirtschaftliche und soziale Neuanpassung fordern würden, zu der auch eine Abschreibung der »Überflussbevölkerung« gehörte. Typischerweise war das österreichische Nativitätsproblem ausschliesslich eine Frage der städtischen und der Industriebevölkerung. Die Landbevölkerung in Österreich litt nicht an Geburtenrückgang. Vgl. GELINEK: Bevölkerungsspiegel Österreichs. — Wie sich die permanente Wirtschaftskrise in Österreich sozialpsychologisch auswirkte, beschreibt unter anderen die von P. LAZARSFELD u.a. herausgegebene Studie »Die Arbeitslosen von Marienthal«. Man kann die Verhältnisse in Schweden in keiner Weise mit dem hoffnungs- und ausweglosen Zustand der österreichischen Dauerarbeitslosigkeit vergleichen.

²⁰⁾ Über die verschiedenartige demographische Erholung einiger Länder nach dem Geburtenschwund während der Weltwirtschaftskrise 1931—35 bringt Bickel in »Bevölkerungsgeschichte der Schweiz«, S. 228 eine instruktive Tabelle.

²¹⁾ Nach »Statistische Nachrichten«, Wien, No. 1, 1938. Spätere statistische Angaben für Österreich wurden nicht separat publiziert.

Länder ziemlich ausführlich diskutierten, sich aber genötigt sahen, alle bisherigen Systeme zu verwerfen, entweder weil sie den schwedischen Verhältnissen nicht angepasst werden konnten, oder weil sie zu stark von verschiedenen politischen Erwägungen beeinflusst schienen. ²²⁾

K. III. Die Bevölkerungskrise in Schweden.

Während der dreissiger Jahre wurde in Schweden sehr oft von einer Bevölkerungskrise gesprochen. Es mag dahingestellt bleiben, ob dieser ursprünglich von der Medizin entlehene Ausdruck »Krise« in diesem Zusammenhang zu Recht besteht; in der Nationalökonomie wird das Wort in einer anderen Bedeutung benützt. Ursprünglich bedeutet Krise zugleich Entscheidung und Höhepunkt — oder Tiefpunkt —, und die Bevölkerungsentwicklung ist ein ausserordentlich langsames Geschehen, bei dem die ausschlaggebenden, langfristigen Tendenzen von den kurzfristigen Gipfeln und Tälern der Geburtenkurve nur wenig beeinflusst werden. Aber wenn auch das Geburtenminimum in den Jahren 1934—35 nicht den Namen »Krise« verdient, so konnte man doch von einer Krise in der Einstellung der Öffentlichkeit zur Bevölkerungsfrage und in der Bevölkerungspolitik reden. ¹⁾

Man hatte in Schweden schon lange eine relativ sehr niedrige Nativität, aber diese Tatsache wurde, obwohl allgemein bekannt, ausser in Fachkreisen wenig beachtet. Durch den schnellen Geburtenrückgang in den kriegsführenden Ländern während des ersten Weltkrieges — und in Zentraleuropa auch in den zwanziger Jahren — wurde die schlechte demographische

²²⁾ Deutlich ausgedrückt von der »Bevölkerungskommission von 1935« in »Slutbetänkande« (Schlussbericht), weiterhin von der »Bevölkerungsuntersuchung vom Jahre 1941« in »Befolkningspolitik i utlandet«.

¹⁾ Der soziologische Begriff der Krise bezieht sich immer auf eine wirkliche oder nur vorausgesetzte öffentliche Meinung. Es ist klar, dass, wenn die Bevölkerungsentwicklung entweder nicht bekannt oder der Bevölkerung auch in ihrer leitenden Schicht gleichgültig ist, keine »Bevölkerungskrise« entstehen kann, sei es als Zu- oder Abnahme. Diese Auffassung wird neuerdings von vielen Autoren auch für die Bevölkerungsprobleme, die man früher mit Vorliebe als »objektiv« ansah, betont. So Landis »Population Problems«: »There must be awareness of the implication of objective fact to the welfare of the social group«. S. 7. »Facts of human biology have tremendous implications to behavior and it is with these rather than with the biological facts as such that the sociologist primarily is concerned«, S. 43.

Stellung Schwedens im Vergleich zu anderen Ländern nicht sofort sichtbar. Als man jedoch erkannte, dass die Geburtenziffer seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts stetig gesunken war, wurden immer mehr politisch und sozial interessierte Personen auf das Problem aufmerksam.

Als während der Weltwirtschaftskrise 1931—35 noch ein neuer, starker Rückgang einsetzte, der die Nativität auf rekordartig niedrige Zahlen brachte ²⁾ — mit dem Minimum von 13.68 o/oo 1934 — wirkte die Situation schon bedrohlich. Die Geburtenzahl war tatsächlich im Laufe von 50 Jahren auf die Hälfte gesunken. ³⁾ Die grösseren Städte gingen der Entwicklung voraus: von ihnen reproduzierte sich keine mehr selbst, trotz der Überrepräsentation der fruchtbaren Altersklassen eben in den Grosstädten. Die ungünstige Entwicklung der Nativität griff auch schnell auf das flache Land über, wo besonders die industrialisierten Gegenden Mittelschwedens bereits in den 20er Jahren einen beträchtlichen Geburtenschwund aufwiesen. Besonders stark ging die eheliche Fruchtbarkeit zurück — der Rückgang wird teilweise geringer durch die höhere Ehefrequenz —, so dass die ziemlich gleichbleibende uneheliche Nativität einen bis Ende der dreissiger Jahre steigenden Prozentsatz ausmachte. Die uneheliche Fruchtbarkeit erreichte in den Krisenjahren ein Maximum: für Stockholm 1933 26.3 o/o. ⁴⁾ Die Zahl der unehelichen Geburten ist später wieder gesunken; während der »Bevölkerungskrise« war ihre ungewöhnliche Höhe aber in doppelter Hinsicht wichtig: wegen der moralischen Entrüstung über diese Erscheinung, eine Reaktion die dann dem Interesse für die Bevölkerungsfrage zugute kommen sollte; und wegen der etwas pessimistischen Zukunftsindikation, die in der hohen unehelichen Fruchtbarkeit in der Beziehung lag, dass man annehmen konnte, der Grossteil dieser Geburten sei unerwünscht und werde mit grösserer Verbreitung der Kenntnisse über die Methoden zur Konzeptionsverhütung verschwinden. (Die Zukunft hat allerdings gezeigt, dass man hier wieder zu rational gedacht hat. Statt dem baldigen Verschwinden der

²⁾ Die in Schweden bisweilen geäusserte Behauptung, diese Zahl sei die niedrigste, die in Europa vorgekommen ist, stimmt natürlich nicht, wie u.a. die österreichischen Zahlen im vorigen Kapitel zeigen. Verschiedene Länder sind während des Krieges vorübergehend zu sehr niedrigen Werte gekommen, z.B. Belgien 1941 auf 12.1 o/oo.

³⁾ Sowohl absolut wie relativ, von 138.000 Geburten 1920 zu 85.000 1933 und von etwa 30 o/oo in den achtziger Jahren zu unter 15 o/oo in den dreissiger Jahren.

⁴⁾ Über die Ursachen der gesteigerten ausserhelichen Geburtlichkeit in Stockholm und anderen Grossstädten vgl. auch ALVA MYRDAL *Folk och familj*, S. 56—59.

Die Tatsache der ausserordentlich hohen ausserhelichen Nativität in Stockholm wird u.a. von Jacobsson in einer Reichstagsmotion erwähnt. Siehe »Bihang till riksd. prot. 1935.» Saml. 4, mot. 3.

unehelichen Geburten, die ja auch nicht immer erwünscht sein konnten, verwandelte sich zur Zeit besserer wirtschaftlicher Konjunktur ein Teil der unehelichen Geburten in eheliche. Auf dem Wege der Fruchtbarkeit hatte sich über alle rationale Erwägungen hinweg in vielen Fällen aus der Instinktsphäre ein triebhafter Wunsch, Kinder zu haben, durchgesetzt.⁵⁾

Wie immer man die uneheliche Nativität betrachten wollte, war sie ein nebensächliches Problem verglichen mit dem Geburtenrückgang. Das Volk wollte offensichtlich immer weniger Kinder. Die Bevölkerungspyramide stand 1934 auf der relativ schwächsten Basis, die sie je gehabt hatte: 85.000 Geborene auf eine Bevölkerung von über 6 Millionen. Der Prozentsatz der schulpflichtigen Kinder war schon nur 2/3 von früher und man erwartete noch eine erhebliche und rasche Dezimierung. Daher waren die Lehrer die ersten, welche die praktischen Konsequenzen des Geburtenrückgangs zu spüren bekamen. Mehrere Lehrerseminare wurden geschlossen.⁶⁾

Von der Bevölkerungskrise bemerkte man sonst noch wenig, denn durch die sinkende Sterblichkeit, welche die Entwicklung für den Blick des Laien verhüllte, nahm die Volksmenge des Landes immer noch zu. Insbesondere die Grosstädte wuchsen ununterbrochen und gaben daher einen falschen Eindruck der Bevölkerungsexpansion. In weiten Kreisen des grossstädtischen Publikums fand man während der Wirtschaftskrise mit ihrer grossen Arbeitslosigkeit die Vorstellung, dass Schweden eigentlich fast übervölkert sei.

⁵⁾ Ein bedeutender Teil — schätzungsweise die Hälfte — der unehelichen Kinder sind einfach voreheliche Kinder, deren Zahl in Krisenzeiten, wenn der Eingang der Ehe häufig aus ökonomischen Gründen verschoben wird, natürlich steigt. So erwähnt ALVA MYRDAL, dass in einer nordschwedischen Gemeinde die dort im Jahre 1938 getrauten 39 Brautpaare zusammen 70 Kinder hatten! Nach der Krise! (A. MYRDAL: *Folk och familj*, Fussnote S. 58). Man vergl. Über die vorehelichen Sitten in der Bauernschaft K. ROB. WIKMAN: *Die Einleitung der Ehe*. Åbo 1937.

Weiterhin leben oder lebten, denn die Sitte scheint etwas aufzuhören, zahlreiche Leute aus der Arbeiterschaft bes. in Stockholm und in den nördlichen Landesteilen in festen, ehelichen Verbindungen, ohne verheiratet zu sein. Die Zahl dieser Verbindungen kann natürlich nicht genau geschätzt werden. Nach der speziellen Volkszählung 1935 — 36 schätzte das schwedische Sozialdepartement die in festen, familienähnlichen Verbindungen — also mit Kindern — lebenden Frauen über 15 Jahre auf mindestens 5,4 o/oo, vielleicht aber bedeutend mehr.

⁶⁾ Man hatte in einer grösseren vom Unterrichtsministerium unternommenen offiziellen Untersuchung — die u.a. einige der ersten sehr ungünstigen Bevölkerungsprognosen enthielt — anlässlich der sinkenden Kinderzahl von der Ausbildung von neuen Lehrern und vom Ausbau der Schullokale abgeraten: »Betänkande med utredning och förslag ang. seminariernas organisation», S.O.U. 1935, 44.

So sah der Hintergrund der Diskussion aus, die (hauptsächlich 1935) um die Bevölkerungsfrage entbrannte. Man war damals ausserordentlich beeindruckt durch die soeben publizierten rekordniedrigen Geburtenzahlen der Krisenjahre, während gleichzeitig die schwersten Erscheinungen der Krise und damit die Besorgnis um das materielle Auskommen der Industriebevölkerung schon zurückgingen. In diesem sehr günstigen Moment erschien (1934) das grosse informatorische und polemische Werk von A. und G. MYRDAL, »Kris i befolkningsfrågan«, dem es vergönnt war, die öffentliche Meinung, die früher für eine Diskussion und eine Stellungnahme in der Bevölkerungsfrage noch nicht reif gewesen war, für dieses Problem zu wecken. Allerdings war die polemische Spitze zugunsten der sozialdemokratischen Sozialpolitik in dem Myrdalschen Werk allzu aufdringlich, als dass sie die Billigung aller interessierten Kreise hätte finden können. Besonders die Konservativen, die aus Tradition immer eine positive Bevölkerungspolitik befürwortet hatten, mussten an den radikalen Vorschlägen Myrdals Anstoss nehmen. So äusserte sich der bekannte konservative Nationalökonom G. CASSEL, der selbst 1935 eine propagandistische Schrift in der Bevölkerungsfrage publizieren sollte ⁷⁾, in einem Artikel vom Herbst 1934 in folgender Weise: so notwendig auch Massnahmen zur Lösung der Bevölkerungsfrage seien, so könne doch ihre Koppelung mit dem sozialistischen Programm nicht akzeptiert werden, und er wirft G. MYRDAL vor, die Vorschläge von bürgerlicher Seite mit unlauteren Mitteln zu bekämpfen: »Weigern sich bürgerliche Kreise, die Myrdalsche kommunistische Gesellschaft als eine Lösung unserer Bevölkerungsfrage zu akzeptieren, so bekommen sie zu hören, dass sie nur den gesellschaftszersetzenden Klassenegoismus des individualistischen Konservatismus vertreten.«⁸⁾ Die Politisierung der Bevölkerungsfrage rief natürlich augenblicklich die Opposition und die Kritik auf den Plan und machte somit die Diskussion noch lebhafter, wenn dies auch für eine Verständigung in den Hauptfragen eher hinderlich zu sein schien; darum wurde auch die Diskussion — auf Verlangen der Experten, u.a. von G. MYRDAL selbst — für die Behandlung im Reichstag wieder »entpolitisiert«. Es ist zu bemerken, dass die Frage auf Grund mehrerer gleichzeitiger Anträge der verschiedenen Parteien das politische Forum erreichte, und die Einmütigkeit wirkt dadurch noch eindrucksvoller, dass die Motionen fast gleichlautend waren.

Inzwischen war nun die Diskussion, angeregt durch verschiedene Schriften, Vorträge und Artikel, weitergegangen. Die öffentliche Meinung war in unglaublich kurzer Zeit über die Tragweite der Bevölkerungsprobleme orientiert worden, und man fing in der Presse in bisher unbekanntem Masse an,

⁷⁾ G. CASSEL: *Liv eller död*, Sthlm 1935.

⁸⁾ G. CASSEL: »Samhällsintresset i befolkningsfrågan«, Sv. Dagbl. 27. Nov. 1934.

bevölkerungsstatistische Argumente zu verwenden. So war der Begriff der Bevölkerungsfrage schon am Anfang von 1935 in das Bewusstsein des Publikums eingedrungen. Zu dieser Zeit begann auch die Flut von Radiosendungen, populären Informationsvorträgen und Serienartikeln der Provinzpresse, welche die Kenntnisse über die Bevölkerungsfrage allmählich auch bis in die entlegensten Gebieten des Landes und zu kulturell weniger regen Kreisen trugen — und diese schliesslich, sogar noch in den 40er Jahren, dem grossen Publikum verleiden sollten. Ein Blick auf die Presse aus dieser Zeit ist sehr aufschlussreich; es zeigt sich, dass sich mehrere Blätter der Provinzpresse von dieser Zeit an — und zwar unabhängig von der Parteifarbe — der Bevölkerungspropaganda, denn so kann man sie nennen, eröffnen.

Auf dem Reichstag von 1935 nahm die Bevölkerungsfrage einen zentralen Platz ein. Von verschiedenen Parteien und Interessengruppen wurde hervorgehoben, dass die Bevölkerungsfrage »eine Lebensfrage für Schweden« sei.⁹⁾ »Zutiefst, sagt ein Abgeordneter, gilt die Frage, die in der Kammer behandelt wird, ob das schwedische Volk den Willen und die Lebenskraft besitzt, die erforderlich sind, um die Schwindsucht zu überwinden, von der wir sprechen. Ich, meinerseits, glaube, dass es der Fall ist.«¹⁰⁾ Ein anderer ist weniger optimistisch und äussert »mit tiefer Beklemmung«, dass es »ein hoffnungsloses Unternehmen« sei: »So weit ich weiss, hat noch niemals in der Geschichte ein Volk angefangen, sich mit Massnahmen zur Verbesserung seiner Nativität und seiner Bevölkerungsfrage zu beschäftigen, bevor die Dekadenz schon so weit fortgeschritten war, dass alle Massnahmen unmöglich waren.«¹¹⁾ In dem Votum heisst es weiter, dass die vorgeschlagenen Massnahmen nicht mehr Kinder garantieren, sondern nur den »Unterstützungsnehmergeist« schüren würden.

Viele Abgeordnete kommen übrigens in ihren Äusserungen entscheidenden soziologischen Gesichtspunkten des Problems näher als die Experten. So einer, der sich von dem allgemeinen Pessimismus abhebt, indem er annimmt, dass »die Nativität steigen wird, sowie sich das schwedische Volk wieder wohlfühlt«.¹²⁾

In den verschiedenen Motionen wurden einmütig eingreifende Massnahmen zur Behebung der Lage empfohlen. Zu der Aufgeschlossenheit der politischen Kreise für die Bevölkerungsfrage trug ausser der öffentlichen Meinung und der Zeitungsdiskussion noch das im Januar 1935 abgegebene Gutachten der »Wohnungssozialen Untersuchung« (Bostadssociala utredningen) bei, die sich im ersten Teil des umfangreichen Gutachtens weitgehend mit dem Bevölkerungsproblem auseinandergesetzt hatte, um Richtlinien für die staatliche und kommunale Baupolitik zu gewinnen.¹³⁾ Es

⁹⁾ Protokolle des Reichstags 1935, Saml. 5, A. K. nr. 26.

¹⁰⁾ LINDMAN Protokolle des Reichstags, 1935, Saml. 5, A. K. nr. 26.

¹¹⁾ REUTERSKIÖLD. Prot. des Rtgs 1935, Sml. 2. F. K. nr. 24.

¹²⁾ FORSSELL. Ibid.

heisst in diesem Gutachten u.a.: »Eine sehr allgemeine Aufmerksamkeit hat sich in der letzten Zeit auf die ernste Bevölkerungslage gerichtet, die jetzt in unserem Lande herrscht . . . Die heutige Fruchtbarkeit ist viel zu niedrig, um bei der bestehenden Sterblichkeit das zukünftige Bestehen unseres Volkes zu sichern. Wenn die jetzt herrschenden Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitsverhältnisse bestehen bleiben, wird die sich jetzt noch schwach fortsetzende Vermehrung der Bevölkerung in einer nahen Zukunft ganz aufhören und sich in einen Rückgang umkehren, der unter den genannten Voraussetzungen so schnell verlaufen wird, dass es nicht unangebracht sein wird, von Entvölkerung zu sprechen. In diesem Zusammenhang lohnt es sich zu erwähnen, dass besonders die Fruchtbarkeit der Städte auf ein ausserordentlich niedriges Niveau heruntergesunken ist. — Bei der Darstellung des zukünftigen Bevölkerungsrückgangs war der Ausgangspunkt, wie gesagt, die Annahme unveränderter Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitsverhältnisse gewesen. Die Frage, die sich hier stellt, ist nun folgende: wie werden sich diese Verhältnisse in Zukunft entwickeln? Es muss hier unterstrichen werden, dass eine Prognose diesbezüglich notwendigerweise sehr unsicher sein muss.«¹⁴⁾

Unter dem Eindruck der von der »Wohnungssozialen Untersuchung« skizzierten Umstände sahen die Parteien in der Behandlung der Bevölkerungsfrage von tagespolitischen Rücksichten ab und verlangten vor allem eine genaue Untersuchung der Verhältnisse. So heisst es in einem Antrag (des konservativen Abgeordneten J. B. Johansson): »Die Bevölkerungsfrage ist nicht eine Frage unter anderen; sie schliesst in sich mehrere der eben jetzt aktuellen Gesellschaftsprobleme ein. Mit ihr hängt im Grunde das Versorgungsproblem zusammen; von ihr sind unsere Möglichkeiten, die natürlichen Hilfsquellen des Landes auszunützen, unsere Kultur aufrechtzuerhalten, unsere Eigenart zu behaupten und unsere Unabhängigkeit zu verteidigen, abhängig. Die Bevölkerungsfrage ist buchstäblich die Frage vom Leben des schwedischen Volkes.«

»Das für unsere Versorgung so wichtige Waldkapital suchen wir unseren Nachkommen durch Waldschutzgesetze zu bewahren, die einen übermässigen Abbau verbieten und den Nachwuchs sichern. Aber das gleiche schwedische Volk unterlässt es, für seine eigene Erneuerung zu sorgen. Sofern diese Unterlassung ihren Grund in egoistischen Motiven hat, offenbart sie eine Lebenseinstellung unseres Volkes, die keineswegs ohne Gegenstück in der Geschichte ist, aber, wo sie früher aufgetreten ist, stets dauernden Rückgang für das Volk selbst und die Kultur, die es vertritt, bedeutet hat.«¹⁵⁾

¹³⁾ »Betänkande med förslag rörande lån och årliga bidrag av statsmedel för främjande av bostadsförsörjning för mindre bemedlade barnrika familjer.» S.O.U. 1935.

¹⁴⁾ Ibid, S. 20.

¹⁵⁾ Bihang till Riksdagens Protokoll. Zitiert nach »Acta och Facta«, S. 13.

Ähnliches wird in einem anderen Antrag (von G. B. Jacobsson) geäußert: »Die Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahrzehnte in Schweden hat, nach dem Zeugnis der Statistik, unser Volk vor ein Problem gestellt, vor dem die übrigen politischen Fragestellungen des Tages zusammenschrumpfen und vor dem in Zukunft alle unsere ethischen, ökonomischen und sozialen Diskussionen zurückgestellt werden müssen. Die Bevölkerungsfrage, die allzulange von anderen, verhältnismässig unwichtigen Sachen in den Schatten gestellt wurde und in weiten Kreisen fast keine Aufmerksamkeit erregt hat, ist nach unserer Auffassung in eine Phase getreten, die es notwendig macht, dass das Problem in seiner ganzen Weite aufgerollt wird, damit, wenn noch Zeit ist, Massnahmen getroffen werden und die allgemeine Aufmerksamkeit kräftig und zielbewusst auf die Gefahr für den Bestand des ganzen schwedischen Volkes gerichtet wird, welche die Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahrzehnte tatsächlich bedeutet.«¹⁶⁾

Auch die sozialdemokratischen Anträge waren ungefähr gleichlautend; es wurde nur noch die Forderung gestellt, dass »die ökonomischen Opfer für die Erziehung der Kinder gleichmässiger verteilt werden, als es jetzt der Fall ist«.¹⁷⁾ Im übrigen verlangten sämtliche Parteien eine »schnelle und gründliche staatliche Untersuchung«. In Bezug auf den überparteilichen Charakter der Bevölkerungsfrage waren sich alle einig: »Da die Bevölkerungsfrage uns alle, unabhängig von den politischen Parteien, berührt, finden die Antragssteller, dass die Untersuchung selbstverständlich vollständig objektiv geleitet werden soll, so dass die verschiedenen Ansichten in dem gegebenen Rahmen Gehör finden.« Die Behandlung der Bevölkerungsfrage im Reichstag vom Jahre 1935 endete mit einer Resolution zu Gunsten einer gründlichen Untersuchung. Es wurde dem König, d.h. der Regierung, anheimgestellt, eine allseitige Untersuchung der Bevölkerungsfrage anstellen zu lassen, eine Untersuchung, die »teils die Ursachen des Nativitätsrückgangs, teils die Voraussetzungen für eine Bevölkerungspolitik, die der heutige Tendenz zur Bevölkerungsverminderung entgegenzuwirken beabsichtigt, teils die Richtlinien einer auf ökonomische und soziale Rücksichten begründeten Bevölkerungspolitik auf längere Sicht unter besonderer Berücksichtigung der im Reichstag angeführten Ansichten betreffen sollte.«¹⁸⁾ Auf diese Initiative hin kam die sog. »Bevölkerungskommission von 1935« zustande. Sie bekam die Anweisung, den erwähnten

¹⁶⁾ »Bihang till Riksdagens Protokoll», Propositioner: I. 230. Reichstagsanträge in der Bevölkerungsfrage 1935: I: 1, I: 2, I: 230, II: 1, II: 2, II: 3, II: 475. Dazu noch im Zusammenh. mit wohnungspolitischen Massnahmen: II: 173, II: 579, II: 584.

¹⁷⁾ Acta och Facta. S. 15.

¹⁸⁾ Ibid. S. 16.

Auftrag möglichst rasch und gründlich und unter Zuziehung von nötigen Experten zu erledigen.

Die Behandlung der Bevölkerungsfrage im Reichstag ist hier etwas ausführlich erwähnt worden, um die damalige Einstellung der politisch führenden Kreise zu dieser Frage und den ausserordentlichen Ernst, mit dem sie behandelt wurde, zu zeigen. Die Bevölkerungslage wurde tatsächlich als krisenartig — und das noch während der ökonomischen Weltkrise! — empfunden.

Es ist natürlich nicht möglich, genau einzuschätzen, wie weit die offenbar gerne propagandistisch zur Schau getragene Einmütigkeit wirklich durch eine gewisse Überwältigung der politischen Kreise durch die Bevölkerungsfrage bedingt war. Jedenfalls kommen ernste Meinungsverschiedenheiten erst im Zusammenhang mit der Durchführung der bevölkerungspolitischen Massnahmen zum Vorschein. Ein Antragsteller wünscht sogar keine Debatte, und es wird diesem Wunsch auch nicht widersprochen.¹⁹⁾

Alle Parteien traten also für eine positive Bevölkerungspolitik ein und folgten dieser Linie auch in ihrer Presse. Den schwersten Stand hatten dabei ohne Zweifel die Sozialdemokraten, die früher im Wesentlichen eine neomalthusianische Linie vertreten hatten, deshalb war die polemische Spitze der sozialistischen Bevölkerungspropaganda gegen die Bürgerlichkeit eine taktische Notwendigkeit, um den Wählern den Standpunktwechsel plausibel darzulegen — wie auch die Koppelung der Bevölkerungspolitik mit dem sozialistischen sozialpolitischen Programm, die bei der Durchführung der bevölkerungspolitischen Massnahmen wieder aktuell werden sollte.

Die traditionellen Ansichten in der Bevölkerungsfrage, auf die später näher eingegangen werden soll, waren seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts an die zwei grossen Fronten des Konservatismus und des (sozialistischen) Radikalismus gebunden; die erste mit der althergebrachten, dogmatisch noch im Merkantilismus wurzelnden Auffassung, dass eine grosse Volksmenge ein Reichtum des Landes und von Gott gewollt sei und daher mit allen Mitteln gefördert werden müsse; die andere war im Anschluss an die volkswirtschaftlichen Ideen des XIX. Jahrhunderts neomalthusianisch eingestellt. (Der schwedische Sozialismus hat seine leitenden Ideen aus verschiedenen Quellen bezogen: daher ist es ihm von Anfang an nicht schwer gewesen, die sozialistische Ideologie mit den Ideen von MALTHUS zu vereinigen, die ja von Marx und seinen ersten Mitarbeitern mit Entschiedenheit abgelehnt wurden.) Die Krise der Bevölkerungsfrage in Schweden

¹⁹⁾ Die einzigen Opponenten in jeder Kammer sind die Kommunisten. Protokolle des Reichstags 1935, Saml. 5, A.K. nr. 96.

in den dreissiger Jahren führte nun eine Lockerung der seit Jahrzehnten erstarrten Ansichten und eine Verwischung der ideologischen Fronten mit sich. Vor allem machten die Radikalen eine vollständige Frontveränderung durch. Nach der ersten alarmierenden Unsicherheit in allen Lagern, die vielfach hinter Phrasen verdeckt wurde, wurden die Dogmen in allen Lagern weniger starr, als sie es bisher gewesen waren. Man hielt sich an die sachlichen Gegebenheiten. So waren sich die grossen Parteien in den wichtigsten Hauptfragen einig.²⁰⁾ Niemand wusste eigentlich richtig, wo er mit seiner eigenen Meinung stehen sollte. Die Konkurrenz der verschiedenen Parteien und Gruppen bezog sich schliesslich auf den Anspruch um die Priorität, die neue Bevölkerungspolitik inaugurieren zu haben, sie durchzuführen und propagieren zu dürfen. Die Ursache dafür lag nicht zuletzt in der demographischen Entwicklung: sie war über alle Theorien hinausgewachsen.

Die massgebenden Politiker hatten ihre Ansichten aus einer Zeit vor dem Kriege, als die demographischen Verhältnisse noch ganz andere gewesen waren. Damals ging die Diskussion darum, die malthusianische Propaganda zu rechtfertigen oder moralisch zu verwerfen. Jetzt dagegen hatten sich die Absichten der Neomalthusianer verwirklicht und die grosse Masse ergriffen. Die Geburtenzahlen waren katastrophal gesunken und befanden sich immer noch im Sinken: das Ende konnte noch niemand absehen. Zwar besserten sich die Zahlen etwas in den Jahren 1936 und 1937 nach dem Minimum von 1934, aber es war damals noch nicht zu übersehen, ob die Verbesserung dauernd sein würde oder nicht. Die Befürchtung lag allzu nahe, dass es sich hier (nach der langen und schweren Wirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit) nur um eine ähnlich kurzfristige Steigerung der Nativität durch »zurückgehaltene« Geburten wie nach dem vorigen Weltkrieg handle, als der kurze Aufschwung einem noch stärkeren Sinken binnen kurzem Platz machte. So wurde die ansteigende Nativität in den Jahren unmittelbar nach der Krise von den Experten überwiegend pessimistisch gedeutet: als ihre Ursache betrachtete man fast ausschliesslich die »verschobenen« Geburten — also ein Nachholen der in den Krisen Jahren gestörten Familienbildung. Diese Erscheinung sollte, so meinte man, bald wieder von dem »normalen«, kumulativen Geburtenrückgang abgelöst werden. Im Reichstag wurden Berechnungen des Statistikers Professor Linders angeführt. »der eine Prognose zu geben versucht, die, wie er selbst betont, unsicher ist, aber doch eine gute Indi-

²⁰⁾ Man vergl. ALVA MYRDAL: *Folk och familj*, S. 43 und »Acta och Facta«. Diese Einigkeit wird jedenfalls zu stark in Reden und Anträgen im Reichstag hervorgehoben, um den Eindruck der Aufrichtigkeit zu machen. So ist ja auch noch A. & G. MYRDALE »Kris i befolkningsfrågan« ein sehr kräftiger Angriff gegen die Konservativen und die bürgerlichen Liberalen.

kation für die Zukunft geben sollte. Während der 5-Jahr-Periode 1936—40 würde die Zahl der Geburten 73.000 erreichen: von 1941—45 annähernd 60.000; von 1946—50 etwas über 50.000. Die Anzahl der schulpflichtigen Kinder würde in den 50er Jahren auf die Hälfte gesunken sein.»²¹⁾ Diese Äusserung erscheint heute in einem ganz anderen Licht, nachdem wir die wirklich erreichten Zahlen kennen, wie sie in der Tabelle auf S. 53 wiedergegeben sind. Dieses Votum in der Kammer repräsentiert eine zu jener Zeit — 1935 — sehr verbreitete Auffassung, zumal unter den Fachleuten. ALVA und GUNNAR MYRDAL vertraten damals ebenfalls sehr ähnliche Gedankengänge: »Am ehesten weist die Entwicklung auf eine von reinen Miniaturfamilien getragene Bevölkerung, welche ununterbrochen und in einem immer schnelleren Tempa schrumpfen wird. Das hat man sich wohl kaum gedacht. Zu gleicher Zeit hat die technische Entwicklung im Grunde die Knappheitsvoraussetzungen der Arbeitskraft verändert. Die Arbeitslosigkeit ist zwar fürchterlich, grösser als je. Aber ein jeder weiss, dass sie nicht von einem Mangel an Naturreichtümern abhängt. Jeder kann daher daraus folgern, dass es keinen grossen Grund für die Annahme gibt, dass die Arbeitslosigkeit sinken wird, nur weil die Nativität noch kleiner wird. Mit der Technik, die wir jetzt beherrschen, haben wir Naturreichtümer genug, um eine grössere Bevölkerung auf einem höheren Standard zu ernähren, und die Technik wird ununterbrochen verbessert».²²⁾ Wir sehen, wie auch bei den MYRDALS die Hypothese der ununterbrochen sinkenden Bevölkerung ohne weiteres akzeptiert wird, obwohl dann diese Idee als Ausgangspunkt einer Gesellschaftskritik dienen muss. Die Verfasser fahren fort: »Der Fehler liegt nicht mehr im Mangel an Naturreichtümern und Überfluss an Menschen. Von einer einigermaßen gleichmässig fortschreitenden industriellen Entwicklung mit steigendem Lebensstandard aber immer noch im Zeichen der Knappheit sind wir zu einer Art von permanenter Überflussskrise übergegangen. Damit ist auch unsere Bevölkerungsfrage in eine ganz neue Lage gekommen.»²³⁾

Diese Stelle bei A. und G. MYRDAL zeigt erstens die für diese Zeit typischen Befürchtungen vor einer verhängnisvollen Bevölkerungsentwicklung, zweitens, da die Verfasser, wie sie wiederholt betonen, nicht nur als Volkswirtschaftler, sondern auch als Sozialisten schreiben, den Standpunktwechsel der Sozialisten. Sie signalisieren ein realistisches Abrücken der grössten schwedischen Partei von den festgefahrenen neomalthusianischen Lehrmeinungen der zwanziger Jahre und früherer Epochen. Die Bedeutung dieses Standpunktwechsels ist für die ganze Meinungsentwicklung in Schweden von kaum zu überschätzender Bedeutung gewesen. Man kann also die sozialistische Bekehrung zu der eher konservativen

²¹⁾ FORSSEL. In »Protokollen des Reichstags . . . » loc. cit.

²²⁾ A. och G. MYRDAL: Kris i befolkningsfrågan. S. 10.

²³⁾ Ibid. S. 11.

volkswirtschaftlichen Ansicht, dass eine grössere Bevölkerung auch relativ mehr Arbeit und Arbeitsgelegenheiten bedeutet, auf die Zeit der Bevölkerungskrise datieren.

Ein solcher Ansichtswechsel hat natürlich mehr eine indirekte als eine direkte Bedeutung. Was die Leute beeinflusst, ist die Darstellung der Tatsachen und die Deutung, wie sie in Presse, Radio, Vorträgen usw. geschieht. Die Arbeiterklasse wird eben aus vielen Gründen (wegen ihrer grossen Anhäufung in den Städten, wo die Meinungen gemacht werden, wegen ihrer relativ schwachen Traditionen usw.) eher geneigt sein, ihre Lebenseinstellung nach den offiziell als richtig proklamierten Ansichten zu richten, als andere, in einem festeren Netz von Traditionen und Gebräuchen eingeschlossene Volksgruppen.

Die Bevölkerungsfrage hat für die Arbeiterklasse eine besondere Bedeutung. Diese wird ja gewissermassen am stärksten vom Geburtenschwund betroffen. Die grosse demographische Unterscheidungslinie läuft zwar zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung, aber ein gleich wichtiger Unterschied besteht zwischen Industriebevölkerung und Bauernbevölkerung, so dass auf dem Lande auch die Industriebevölkerung, resp. die Vertreter städtischer Berufe eine bedeutend niedrigere Nativität aufweisen als die eigentlich landwirtschaftlich tätige Bevölkerung. Die Industriebevölkerung ist auf Zuwanderung aus der Landwirtschaft angewiesen, um sich zahlenmässig zu erhalten. Es wäre also von ausserordentlicher Wichtigkeit, eben die Nativität der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung — unter der die Arbeiter die grösste Gruppe ausmachen — zu erhöhen. Die schwedischen Arbeiter sind als Gruppe seit der Zeit, als ihre Führer die neomalthusianischen Lösungsworte als Kampfpaparn ausgaben, bewusst auf Geburtenkontrolle eingestellt gewesen. Die Aufklärungs- und Propagandatätigkeit in der Bevölkerungsfrage um die Jahrhundertwende und später, zu der besonders die Sozialisten so kräftig beigetragen hatten, zielte dahin, speziell die Arbeiter zu erreichen. Diese bekamen dadurch die Auffassung, dass es, wenn auch nicht unethisch, so doch mindestens für den Einzelnen unvorteilhaft und gegenüber der Arbeiterklasse unsolidarisch wäre, viele Kinder zu haben. Diese Haltung veränderte sich eben durch die Krise.²²⁾ Man begann in der Arbeiterklasse einzusehen, dass die Vergreisung, die auf den Nativitätsrückgang folgen musste, für die Arbeiter von allen Gruppen der Gesellschaft am wenigsten günstig wäre.

²²⁾ Die Frontveränderung der sozialistischen Presse war eklatant. Nicht so beim Publikum. Noch lange fand und findet man bisweilen unter Arbeitern die neomalthusianischen Meinungen vertreten, die in Schweden mit den Namen KNUT WICKSELL, H. BERGEGREN etc. verbunden sind. Z.B. bei Einsendungen an die Presse. Bei Durchsicht der Einsendungen des Publikums in der Bevölkerungsfrage an einige bedeutendere Zeitungen 1941—43 fanden wir diese Ansichten bei weitem überwiegend. Vgl. auch die angeführte Äusserung einer Arbeiterfrau in A. & G. MYRDAL, S. 198.

Man rechnete zur Zeit der »Bevölkerungskrise« auch für die Zukunft mit einer viel niedrigeren Nativität als die, welche dann tatsächlich in den 40er Jahren vorherrschte: die errechnete Altersverschiebung war daher auch bedeutend grösser als die wirkliche. Dieser Umstand gab der Bevölkerungsfrage ihren versorgungspolitischen Anstrich. Man sah das Schreckgespenst einer enorm angewachsenen Greisenbevölkerung schon in nächster Nähe, und die Sozialpolitiker fürchteten, die vielen geplanten sozialen Massnahmen — welche in erster Linie der Arbeiterschaft zugute kommen würden — zugunsten des Heeres der Pensionierten abstellen zu müssen. Der Gewinn der Kinderlosigkeit würde sich, sobald sich die kleinen Jahrgänge ernsthaft in die Produktion einschalten würden, in einen effektiven Verlust verwandeln, indem die Versorgungslast einer grossen Menge alter Menschen auf einer immer kleineren Schar von jungen und voll arbeitsfähigen Leuten lasten würde. Dadurch würde der Lebensstandard sinken. Massnahmen sozialpolitischer Art in der Bevölkerungsfrage waren deshalb sehr dringend: sie mussten eilig durchgeführt werden, wenn nicht die Kosten einer positiven Bevölkerungspolitik mit denen der Altersversorgung der Zukunft kollidieren sollten.

Es stand fest, dass sich bisher die Arbeiterschaft Schwedens ihren steigenden Lebensstandard weitgehend mit dem Verzicht auf Nachkommenchaft erkaufte hatte. Das galt übrigens mit gewissen Einschränkungen für das ganze schwedische Volk. Der wirtschaftliche Aufschwung, der hohe Lebensstandard, die soziale Sicherheit usw. waren teilweise mit Mitteln erworben worden, die man am Nachwuchs eingespart hatte. Gerade in den 20er und den 30er Jahren, die Zeit des rapiden Geburtenrückgangs, war — trotz Krise — der schwedische Lebensstandard gewachsen wie nie zuvor. Derselbe Prozess galt natürlich auch für die einzelnen Familien. Auf Grund der Untersuchung der Bevölkerungsfrage begann man zu verstehen, dass die immer sterilere moderne Familie eine Anpassung an eine soziale Entwicklung ist, der die Kinder meistens nur hinderlich scheinen. Man sagte sich nun unter den Experten, dass man, wenn man einen anderen Familientypus wünschte, die ganze Entwicklung, welche zu der heutigen Ein- oder Keinkindfamilie geführt hat, in andere Richtung lenken müsste. Dieses musste zu der Forderung einer allgemeinen Gesellschaftsplanung führen. Über diesen Punkt entstand selbstverständlich augenblicklich ein Konflikt: die Radikalen waren jederzeit bereit, die Planung im Kauf zu nehmen, ja sie begrüsstes sogar das neue Motiv dazu; die konservativen und liberalen Experten nahmen davon natürlich energisch Abstand. Was wäre übrigens das Ideal? — die Idealfamilie? Das Ideal, sagten A. und G. MYRDAL und andere volkswirtschaftlich orientierte Experten, sei eine konstante Bevölkerung in einer stabilen Wirtschaft.²⁵⁾ Die durchschnitt-

²⁵⁾ A. och G. MYRDAL: Kris i befolkningsfrågan. S. 40.

liche Familie braucht, um dieses Ideal zu erreichen, etwa 3,6 Kinder, man sollte also auf eine solche Gesellschaft und auf eine solche Familie hin planen.²⁶⁾ Das Ziel wurde auch von den Gegnern anerkannt, sie zogen jedoch vor, es durch Aufklärung und Propaganda zu erreichen. Als später die Durchführung der bevölkerungspolitischen Massnahmen kam, wurde sie zu einem Kompromiss zwischen diesen beiden Richtungen.

Es ist leicht einzusehen, dass die weitgetriebene Kinderbeschränkung ein Ausdruck des Willens der Einzelnen ist, ihre Lebensmöglichkeiten nicht einengen zu lassen. Bei den grossen Massen der städtischen Bevölkerung, sagte man, ist deshalb die Kinderbeschränkung verständlich und verzeihlich. »Für die meisten Familien in unserem Lande, sagten A. und G. MYRDAL, ist eine geräumige und gesunde Wohnung, eine genügende und nahrhafte Kost und im ganzen ein kulturell passables Leben eine Alternative zu Kindern — sie schliessen einander aus und können nicht vereinigt werden.«²⁷⁾ Die Verfasser sagen weiter, »dass die grosse Menge der schwedischen Kinder, die noch jetzt aufwachsen (1934), in ungesunden und überfüllten Wohnungen leben und auch sonst eines Minimums an Pflege, Sorge und materiellen Lebensbedingungen entbehren, die sie zu Wunschkindern machen würden.«²⁸⁾ A. und G. MYRDAL werden hier zitiert, weil sie fast am klarsten die Ansichten formuliert haben, wie sie später in sehr ähnlicher Form von der Bevölkerungskommission ausgedrückt wurden, und die darum bemerkenswert sind, weil sie die Forderung als selbstverständlich einschliessen, dass man Kinder nur dann haben soll, wenn man ihnen einen hohen Standard sichern kann, — der aber erst durch die Kinderbeschränkung möglich werden kann. Früher hatte man den Wunsch nach einem höheren Lebensstandard, nach Luxus, Bequemlichkeit und Kulturgütern bei den niederen Klassen — mindestens solange er auf Kosten der Familie ging — als unmoralisch gebrandmarkt. Die Bevölkerungskommission betrachtete zudem, im Anschluss an die radikalen Bevölkerungstheoretiker, den Anspruch auf einen beizubehaltenden hohen Lebensstandard und sogar auf sozialen Aufstieg als durchaus legitim. Wenn Millionen einzelner Menschen die Kinderzahl in ihren Familien zugunsten eines höheren Niveaus der Lebens-

²⁶⁾ In der schwedischen Bevölkerungsdiskussion ist zwar oft die Ansicht geäussert worden, dass das Land eine »viel grössere Bevölkerung« ernähren könnte, aber es ist interessant festzustellen, dass man durchwegs die lästige Frage nach einem Bevölkerungsoptimum vermieden hat. Statt dessen wird nun als optimaler Zustand die Stabilität betrachtet. Ähnliche Auffassungen scheinen sich auch in anderen Ländern auf Kosten der »dynamischen« Bevölkerungslehren durchzusetzen. Man vergl. BICKEL S. 1, Mombert und Rappard. Schliesslich schwebt ja Malthus auch ein stabiler Zustand als unerreichbares Ideal vor.

²⁷⁾ A. und G. MYRDAL, op. cit S. 41.

²⁸⁾ Ibid. S. 52.

haltung eingeschränkt hatten, so war das als ein Plebiszit anzusehen. Die Bevölkerungskommission wollte daher, der sozialistischen Linie in der Bevölkerungspolitik folgend, einen grösseren Teil der Kosten und der Verantwortung für die Kinder als zuvor auf die Gesellschaft umlegen.

Diese sozialistisch orientierte Bevölkerungspolitik hatte nicht ausschliesslich parteipolitische Hintergründe. Sie war natürlich besonders für die Arbeiterklasse willkommen und bedeutete für die Sozialisten einen Prestigegewinn, oder konnte mindestens als ein solcher ausgelegt werden. Damit erzeugte dies Programm auch in der Arbeiterklasse eine sehr positive Einstellung für sich; in der Tat wurde es von sämtlichen Experten mit oder ohne gewisse Einschränkungen empfohlen. Zwei Gründe waren dabei ausschlaggebend: das Akzeptieren der qualitativen Lebensforderungen des schwedischen Volkes als Tatsache und, insbesondere, der Umstand, dass die Sicherung der Lage der Familien mit Kindern in einigermassen guten Verhältnissen eine Voraussetzung zu sein schien, um die vom Geburtenschwund am meisten bedrohten Schichten der schwedischen Bevölkerung für eine andere als ihre frühere, offenbar familienfeindliche bevölkerungspolitische Einstellung zu gewinnen. Wenn der Staat, so überlegte man, nicht gewisse Garantien gegen die ökonomischen und sozialen Risiken, die mit Kinderreichtum verbunden sind, zu geben hat, würde die individualistische Vernunft zum Tod des Volkes führen. Es wurde daher die Frage aufgeworfen, ob nicht die Einkommen zwischen Familien mit ungleich grosser Kinderlast verschieden verteilt werden sollten. Es ging um eine prophylaktische Sozialpolitik, am ehesten von dem Ziel gesteuert, die Qualität des Volksmaterials zu steigern, aber gleichzeitig um die Verwirklichung radikaler Verteilungspolitik, indem ein wesentlicher Teil der Lasten zur Versorgung der Kinder zu einer Angelegenheit der ganzen Gesellschaft gemacht wurde. Denn die Tatsachen, welche durch die Untersuchungen der Bevölkerungskommission an den Tag gebracht wurden, zeigten unter anderem, dass die Familien mit Kindern in allen Klassen der Gesellschaft mit einziger Ausnahme der Bauern wirtschaftlich am schwächsten dastanden; weiter dass die Kinder die wirklichen Unterkonsumenten waren, und dass es in der städtischen Bevölkerung, besonders der mittleren Einkommenklassen, eine ökonomische Klassengrenze zwischen den Kinderreichen und den Kinderarmen gab, die tatsächlich einschneidender als der ökonomische Unterschied zwischen Arbeiter und Mittelstand war.

Da der Tiefpunkt der Geburtenentwicklung Schwedens in ein Krisenjahr fiel und die Geburtenkurve eine mit der Wirtschaftskrise zusammenfallende Tendenz aufwies, wurde vielleicht von Anfang an der wirtschaftliche Gesichtspunkt der Bevölkerungsfrage zu stark unterstrichen. Wenn eine Kritik der Arbeit der Bevölkerungskommission erlaubt ist, wäre es

die, dass allzu einseitig nur wirtschaftliche Massnahmen zu Behebung der Bevölkerungskrise empfohlen werden. Die Argumente für eine ausschliesslich wirtschaftliche Bevölkerungspolitik waren damals zu stark. Für sozialpsychologische Motivierungen fehlten die Voraussetzungen. Man verfügte — im Gegensatz zu den vielen Nationalökonomien, die sich mit der Bevölkerungsfrage beschäftigt hatten — auf diesem Gebiet nicht über die nötigen Experten. Die ausgezeichnete Grundlage, welche die »Bostadssociala utredningarna« der Diskussion und der Untersuchung der Bevölkerungsfrage gleichsam als Erbe hinterlassen hatte, erwies sich hier als verhängnisvoll, indem dadurch die Problematik so durchgehend ökonomisch festgelegt wurde, dass man von dieser Einstellung und von der Parole der wohnungssozialen Untersuchung: »die soziologischen und sozialpsychologischen Ursachen einer bis zum volkverderblichen Äussersten getriebenen Geburtenbeschränkung können hier nicht behandelt werden«, nie richtig loskam. Ansätze zu einer mehr sozialpsychologischen Betrachtungsweise kamen anfänglich in den eher weltanschaulich gefärbten Äusserungen der Konservativen vor, so in der Motion von Jacobsson: »Das Gefühl für Familienleben ist im Abnehmen begriffen, und die positiven geistigen Kräfte, die wirksam sind, die Kirche, die Schule, die Volkbildungsbewegungen und die ideellen Jugendbewegungen, können nur schwerlich Widerstand leisten. Gegen diese Zeiterscheinungen braucht es in erster Linie eine moralische Renaissance und eine Mobilisation der geistigen Lebenskraft der Nation.«²⁹⁾

Immerhin behauptete man nicht, dass die Bevölkerungsfrage keine Frage von Sitten und Weltanschauung wäre; diese Seite wurde immer wieder erwähnt, aber auf die Zukunft gestellt. Teils behauptete man, dass die wirtschaftlichen Massnahmen an und für sich zu einer »anderen, positiven Einstellung« führen würden; teils musste man, da die Diskussion der ideologischen Seite der Bevölkerungsfrage zu keinem positiven Ergebnis führte, in Anbetracht der Dringlichkeit der Frage selbst, sich mit der Feststellung begnügen, dass, da die Geburten immer mehr unter die vernünftige Kontrolle geraten waren, das Stimulieren des Kinderwillens der Einzelnen am besten mit rationalen, d.h. in diesem Falle ökonomischen Argumenten geschehen konnte. Die Bevölkerungskommission sah daher anfänglich von einer umfassenden Propaganda ab — diese wurde privaten Vereinen, Verbänden usw. überlassen — und entschied sich für eine umfassende Aufklärungstätigkeit. Man dachte dabei daran, ein grösseres Publikum mit den Massnahmen bekanntzumachen, wodurch man die Lasten und Spesen, die Kinder ihren Versorgern verursachen, erleichtern wollte. In diesem Zusammenhang stellte die Bevölkerungskommission in ihrem Schlussbericht fest, dass die Geburtenpropaganda der fascistischen Länder »zu in gewissen Hinsichten fruchtbareren Ergebnissen als die Bevölke-

²⁹⁾ Bihang till Riksdagens protokoll 1935, II; 2.

runbspolitik anderer Länder geführt» habe, aber dass in jenen Länder »die ausserordentlich aktive Propaganda für gesteigerte Nativität weniger von der Sorge um das Wohl und das Glück der Familie ausgeht, als von der Auffassung, dass der einzelne in der nationalsozialistischen oder fascistischen Volksgemeinschaft eingeschlossene Mitbürger durch die Kinderproduktion eine unabweisbare Pflicht gegenüber dem Land und seinem Führer erfüllt»,³⁰⁾ welche Ansichten in der Propaganda in einem demokratischen Land nicht angewendet werden können. Immerhin hat »Svenska Familjevärnet», ein reichsumfassender, privater Familienschutzverein mit gutem Erfolg eine aktive Nativitätspropaganda ohne die rein politische Motivierung der fascistischen Länder durchgeführt.

Welche Wirkung die Aufklärung über Mittel und Ziele der Bevölkerungspolitik gehabt hat, ist schwer abzuschätzen. Man kann jedenfalls konstatieren, dass eine ziemlich allgemeine Kenntnis über die gewöhnlichsten Unterstützungs- und Hilfsformen wie Kinderkrippen, Beratungsstellen, Kinderbeiträge usw. verbreitet ist. In welchem Masse diese Kenntnis die ökonomisch begründete Zukunftsangst wegen der Kinder beseitigen und die allgemeine Einstellung zu Kindern und zur Familie ändern kann, ist fast unmöglich festzustellen. In unserem Interviewmaterial haben wir zwar versucht, zu einer Klärung dieses Punktes zu gelangen, aber das Material ist leider mengenmässig ungenügend, um diese Frage zureichend zu beantworten. Es scheint jedoch, dass die Aufklärung auch psychologisch nicht ungünstig gewirkt hat; für viele Leute hat sie bewusst oder unbewusst die Bedeutung einer Anerkennung der Kinder von seiten der Gemeinschaft demonstriert.

Trotz der sachlichen Arbeit der Bevölkerungskommission und den Massnahmen für Familienschutz und die Hebung der Nativität, welche darauf folgten, blieben noch die dreissiger Jahre und sogar die nächsten Jahre nach dem Kriegsausbruch von der »Bevölkerungskrise« überschattet. Zwar war die Nativität am Ende der dreissiger Jahre etwas gestiegen, aber die ersten Kriegsjahre brachten eine neuerliche Stagnation. Die Pressediskussion war noch rege und die Meinungsbildung lebhaft. In der Legislative waren die Ansichten in der Bevölkerungsfrage bis zu einem gewissen Grade den wirtschaftlichen Frontlinien entlang erstarrt, aber die Gefahr eines neuen Geburtenrückganges trieb den Reichstag, sich wieder mit der Bevölkerungsfrage zu beschäftigen, nachdem diese Frage wegen der dringlicheren Aufgaben, die der Krieg und die gespannte politische Lage mit sich geführt hatten, zunächst zurückgestellt worden war.

³⁰⁾ Bef.-kommissionens Slutbetänkande, S. 27.

Die eigentliche akute »Krise der Bevölkerungsfrage« begann nach 1938, nachdem die Bevölkerungskommission ihre Arbeit verrichtet hatte, abzuklingen; mit dem Krieg und den grossen weltpolitischen Problemen wäre es auch verständlich gewesen, dass die Aufmerksamkeit sich von der Bevölkerungsfrage definitiv abwandte. Dies war jedoch nicht der Fall. Nach einer Zeit der Unsicherheit der öffentlichen Meinung in der Frage, wurde sie wieder aktuell, teils weil die für den Staat sehr kostspielige Wehrbereitschaft die Verwirklichung des von der Bevölkerungskommission skizzierten Programms zwangsweise aufschob, obwohl eine aktivere Bevölkerungspolitik wünschenswert schien, teils weil mit dem Kriegsausbruch die Nativität wieder zu sinken anfang und man einen ähnlichen Rückgang wie während des ersten Weltkrieges fürchtete. 1941 flammte die Meinungskrise in der Bevölkerungsfrage zum letzten Mal wieder auf.

Im April 1941 interpellierte der Abgeordnete von Seth im Reichstag wegen der Vernachlässigung der für das Land lebenswichtigen Bevölkerungsfrage. Eine Petition wurde an den König eingereicht. Man verlangte, teils ein permanentes Organ einzurichten mit der Aufgabe, auf Grund sachverständiger Beobachtung regelmässig Vorschläge und Initiativen, wie sie die Lage forderte, dem Reichstag und der Administration vorzulegen, teils eine permanent betriebene Aufklärungstätigkeit in der Bevölkerungsfrage, die das ganze Volk erreichen sollte. Die Dringlichkeit dieser Massnahmen wurde unter anderem damit begründet, dass die jüngeren Altersklassen in Schweden noch sehr gross waren und Hilfe geleistet werden sollte, bevor noch die grossen Jahrgänge über das Fruchtbarkeitsalter hinausgekommen waren.

Kräftige Massnahmen mussten dringlichst unternommen werden. »Wenn die drohende Katastrophe abgewehrt und wenn die Abwendung des drohenden Volktodes ermöglicht werden soll, so müsse man beachten, dass dieses geschehen müsse, während noch eine relativ grosse Anzahl von Frauen sich im fruchtbaren Alter befindet,«³¹⁾ äusserte sich in einer neuen Interpellation der Abgeordnete von Seth als Vertreter einer Gruppe national gesinnter Politiker, die mit den Ergebnissen der Bevölkerungskommission nicht zufrieden waren. Von Seth hob noch hervor, dass die grosse Untersuchungarbeit der Bevölkerungskommission zwar zu einer Menge von Vorschlägen geführt hatte, die teilweise auch verwirklicht worden waren, »aber die Entwicklung der Geburtenzahl zeigt unerbittlich, dass die bis jetzt unternommenen Massnahmen nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt haben«. Er betonte auch, dass ein schwedisches Bevölkerungsvakuum »immer eine Versuchung zu machtpolitischen Eingriffen« von aussen und eine Gefahr für die schwedische Kultur bedeuten würde, denn

³¹⁾ Riksd. Prot. vid. lagtima Riksm. 1941, Saml. 6, A. K. nr 35.

»auch wenn die Selbstständigkeit bewahrt werden könnte, so wird die niedrige Fruchtbarkeit in der Länge zu einer Einwanderung und Infiltration von fremden Elementen im grossen Ausmass führen, wodurch unsere Kulturtradition, unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung Gefahr laufen, von innen aufgelöst und vernichtet zu werden.«³²⁾ Auch der Premierminister P. A. Hansson äusserte, dass »Massnahmen mit dem Ziel, einen Rückgang der Bevölkerungszahl Schwedens zu verhindern, von ausserordentlicher Wichtigkeit sind«. ³³⁾ Auch er befürwortete eine dringliche Untersuchung, aber betrachtete die Notwendigkeit einer permanenten Institution als fraglich.

Die Initiative vom Frühjahr 1943 ging von der Besorgnis um die rein quantitativen Bevölkerungsverhältnisse aus und liess den Anschluss an die sozialpolitischen Motivierungen vermissen, denen die »Bevölkerungskommission von 1935« so grosse Bedeutung beigemessen hatte. Die Initiative ging auch nicht von sozialistischen Kreisen aus. Es war deshalb mit einigen Schwierigkeiten verbunden, die sozialistischen Kreise, welche die Bevölkerungspolitik an ihr eigenes sozialpolitisches Programm binden wollten, für eine grossangelegte Aktion zu gewinnen. Man einigte sich dann auch auf die politisch neutrale Formel einer erneuten einmaligen Untersuchung. »Die 'Bevölkerungsuntersuchung' welche im Herbst 1941 eingesetzt wurde, hat ihrer prinzipiellen Einstellung in der Frage auch keinen Ausdruck gegeben, sondern sich mit der Ausarbeitung von Vorschlägen in einzelnen Fragen beschäftigt, wobei der Grundgedanke zu sein scheint, soweit möglich programmatistische Stellungnahmen zu vermeiden und statt dessen geeignete Kompromisse vorzuschlagen, um dann mit umso grösserer Sicherheit auf politische Unterstützung für ihre Durchführung rechnen zu können.« ³⁴⁾

Das Bevölkerungsproblem ist in vielen Ländern sehr akut und auch aktuell geworden; kaum in irgendeinem anderen Land hat es jedoch die Politik so beschäftigt. Diesem Umstand verdankt nun Schweden seine grossangelegte Familienpolitik, die in wesentlichen Zügen durch die Bevölkerungskrise geformt wurde. Die Arbeit der »Bevölkerungskommission« und der »Bevölkerungsuntersuchung« ist für die aus liberalen und sozialistischen Elementen gemischte Bevölkerungspolitik, die sich jetzt auch in den übrigen Staaten Skandinaviens anbahnt, beispielhaft gewesen.

Für Schweden selbst sind die Anregungen der Diskussion während der Bevölkerungskrise von bleibendem Wert und ausserordentlicher Bedeutung.

³²⁾ Ibid.

³³⁾ Ibid.

³⁴⁾ ALVA MYRDAL: Folk och familj. S. 205.

Das Ergebnis kommt in der Gesetzgebung und den Massnahmen zum Vorschein, die in einem späteren Kapitel ausführlicher erwähnt werden sollen. Wir möchten hier nur noch die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung richten, welche die krisenartige Besorgnis um die Bevölkerungsfrage für deren Aufklärung und Heraushebung aus der durch moralischen und patriotischen Dünkel verdunkelten Gefühlsphäre gehabt hat. Denn »die einzige traditionelle Linie, die Schweden hinsichtlich der bevölkerungspolitischen Ansichten besass, war nämlich die Konservative, die an und für sich, sowohl was Zielsetzung wie Methoden einer aktiven Bevölkerungspolitik betrifft, mehr der heutigen nationalistischen Einstellung anderer Länder verwandt war.«³⁵⁾

KAP. IV.

Zusammenfassung der Bevölkerungsgeschichte Schwedens.

1. *Von der Grossmachtzeit bis 1815 und die bevölkerungspolitischen Anschauungen dieser Periode.*

Über die Bevölkerungsverhältnisse Schwedens im Mittelalter oder in noch früheren Zeiten, über die Grösse, Dichte, Verteilung und Zusammensetzung der Bevölkerung, sind wir äusserst spärlich, wenn überhaupt, unterrichtet. Nur mit Schwierigkeit kann man ungefähr die schrittweise Ausbreitung der Siedlungsgebiete, die damals nur einen geringen Teil der heutigen ausmachten, durch Ausgrabungen u.ä. Methoden feststellen. Nur darüber ist man ganz sicher, dass die Bevölkerung eher spärlich gewesen sein muss, denn die geringe Ackerbaufläche des Landes kann bei der damals rein landwirtschaftlichen Wirtschaftsstruktur nur eine geringe Volksmenge ernährt haben.¹⁾ Der Bevölkerungsmangel wird auch immer wieder als eine Schwäche des Landes erwähnt. Die Könige treffen Massnahmen, um dem Übel Abhilfe zu leisten; nur ist ihr Erfolg gering. Man könnte unter anderem aus den Plakaten

³⁵⁾ ALVA MYRDAL: Befolkningskommissionens arbete . . . ; S. 191.

¹⁾ Der Mangel an schriftlichen Urkunden von der Zeit vor der Reformation macht es in Schweden schwerer als auf dem Kontinent, Schätzungen der Volksmenge für ältere Zeiten zu machen, wie sie z.B. für verschiedene Gebiete und Städte in Deutschland, Kantonen in der Schweiz usw. vorliegen. Vgl. BICKEL, besonders Exkurs 1.

Bahnbrechende Versuche anhand von Steuerregistern etc. sind in Schweden von HANS FORSSELL gemacht worden: »Anteckningar om Sveriges jordbruksnäring i sextonde seklet» und »Sverige 1571». Die Schwierigkeit, solche Schätzungen zu bewerten, liegt auf der Hand.

und Verordnungen der Wasa-Könige zahlreiche Äusserungen merkantilistischer Gedankengänge über die Bedeutung einer grösseren Bevölkerung für das Blühen und die Machtentfaltung des Reiches wiedergeben.

Am dringendsten war die Siedlungsfrage noch während der Grossmachtzeit. Wohl kein Regent seit Gustav Wasa unterliess es ganz, Massnahmen zur Besiedlung der grossen Waldgebiete zu unternehmen. Karl IX. und Gustav II. Adolf liessen Finnen als Neusiedler in die schwedischen Waldgebiete kommen. Auch das unbegüterte Landvolk versuchte man mit allerlei Mitteln zur Siedlung und zum Neubau zu locken. In die Städte rief man Deutsche und Flamen.²⁾ Der Erfolg blieb allerdings lange sehr mässig. Der Grossteil des schwedischen Volkes blieb zäh in den alten Ackerbaugebieten der Tiefebene, oder neigte gar zu einer Abwanderung nach Süden, nach dem Ausland, statt nach dem unbevölkerten Norrland. Die genauen Ursachen dafür sind unbekannt; sie können vielleicht mit der aus guten Gründen angenommenen fortschreitenden Klimaverschlechterung Schwedens bis ins 18. Jahrhundert hinein zusammenhängen.³⁾

Zusammenfassend kann man sagen, dass die ganze Grossmachtzeit — schon wegen dem ständigen Bedürfnis an Kriegsvolk — ein Untervölkerungsproblem kennt.

Man betrachtete früher die Bevölkerungsentwicklung als ein Naturphänomen. Sie war in den Jahrhunderten vor der industriellen Entwicklung auch mehr naturgebunden als jetzt. Die Bevölkerung nahm ab und nahm zu in einem langsamen Rhythmus der Gezeiten von Wohlstand oder von Krieg und Not. Von Jahrhundert zu Jahrhundert wuchs sie nur wenig. Der Regulator war der Tod. Die Regierenden hatten zwar einen offenen Blick für die Bedeutung der Volksvermehrung, aber sie sahen diese von der Vorsehung geregelt durch die engen Schranken, welche die Natur dem Auskommen der Menschen in einer Gesellschaft mit beschränkten technischen Mitteln unvermeidlich gesetzt hatte. Massnahmen zur Vermehrung der Bevölkerung bestanden darin, Wald zu roden, Sümpfe trockenzulegen oder Flussläufe zu regeln; dass die natürliche Vermehrung des Volkes die neuen Lebensmöglichkeiten verwenden sollte, betrachtete man als selbstverständlich.

²⁾ Bekannt ist u. a. die Einwanderung reformierter Wallonen als Schmiede und Bergleute im 17. Jh.

Die Schweden liessen sich seit altersher ungern in den Städten nieder. Im Mittelalter waren zeitweise die Deutschen in den Städten so zahlreich, dass man stipulierte, dass die Hälfte der Ratsherren Deutsche sein sollten.

³⁾ Seit etwa 2000 v. Ch. ging in Skandinavien eine Klimaverschlechterung vor sich, die durch Pollenuntersuchungen etc. heute sehr genau festgestellt worden ist. Der Wendepunkt liegt im 18. Jahrhundert und fällt zufällig ziemlich genau mit dem Zeitpunkt der zunehmenden Besiedlung Norrlands überein.

Man versuchte kaum, die Nativität zu beeinflussen, nicht einmal immer die Sterblichkeit herabzusetzen, sondern begnügte sich damit, besondere Uebelstände wie Epidemien, Hungersnöte usw. zu bekämpfen. Die moderne Einstellung findet sich erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Noch in dem Bericht der Tabellenkommission von 1761 heisst es: »Die Natur des Menschen ist eine solche, dass an welchem Ort die Verfassung ihm Raum zu Gewinn und Ehre gibt, dorthin wendet er stracks alle seine Spekulation, seinen Sinn und seine Verrichtungen.«⁴⁾

Nativität und Sterblichkeit waren unverrückbare Elemente in Gottes Weltordnung, die die ersten Statistiker zu ermitteln versuchten, wie der Titel der grossen Arbeit von J. P. Süssmilch, der auch in Schweden einen grossen Einfluss hatte, illustriert: »Die göttliche Ordnung in denen Veränderungen des menschlichen Geschlechts«.⁵⁾ Als ein Argument zur Gründung der Tabellen-Kommission wurde 1747 u.a. angeführt, dass man dadurch unterrichtet würde »über die väterliche Fürsorge und verwunderliche und herrliche Regierung des allweisen Gottes, in einer immer und überall gleichbefundenen, unveränderlichen und unablegbaren Ordnung in Entstehen, in Aufrechterhalten und Abgang des Menschengeschlechts, sowohl in Bezug auf das Geschlecht wie auf verschiedene Lebensalter«.⁶⁾

Hinsichtlich der Bevölkerungspolitik war die Lage in Schweden am Anfang des 18ten Jahrhunderts noch die gleiche wie früher. Nach dem Zusammenbruch der Grossmachtstellung Schwedens im grossen nordischen Krieg (1701—21) und dem Aufhören der expansiven Kriegspolitik begann in Schweden, sich ein erhöhtes Interesse für die Bevölkerungsfragen im modernen Sinne zu zeigen. Das besondere Gepräge, das die Aufklärungszeit in Schweden angenommen hatte und das in den beiden Bezeichnungen dieser Epoche in der schwedischen Geschichtschreibung, der Freiheitszeit oder der Zeit des Nutzens, Ausdruck findet, konnte — getragen von merkantilistischen und parlamentarisch-demokratischen Ideenströmungen — für die Bevölkerungsfragen auch nur förderlich sein. Jede Zunahme der Bevölkerung wurde mit Freuden gebucht. Das Land war spärlich bevölkert: für die Zeiten vor 1714 kann man von einer entschiedenen Untervölkerung reden, oder, wenn man es anders ausdrückt, von einer für die kulturellen Belange und die gesellschaftliche Organisation unteroptimalen Bevölkerungsdichte. Während der Grossmachtzeit und im grossen Nordischen Krieg, wo die Gegner zusammen über eine mehr als fünfzigfach grössere Bevölkerung verfügten, hat sich die geringe Volksmenge sehr fühlbar gemacht; und in der Nach-

⁴⁾ Tabell-Commissiones underdåniga Relation 1761; § 23.

⁵⁾ Berlin 1741. Süssmilch war preussischer Feldprediger.

⁶⁾ Nach A. HJELT: Det svenska tabellverkets uppkomst; s. 39.

kriegszeit fehlten für viele Aufgaben die Arme. »Kein Reich hat grössere Ursache, über Volksmangel zu klagen, als unser liebes Vaterland«, sagt ein Staatsmann des 18. Jahrhunderts. Das war gewiss die prävalente Meinung der führenden Kreise der Zeit. Aber jetzt konzentrierte sich das Interesse zunehmend auf die Arbeitskraft statt auf die kriegerische Stärke des Reiches.

Dazu kam noch die eigentümliche Vorstellung von einer früheren grösseren Bevölkerung, die im ganzen 18. Jahrhundert vorherrscht. Man konnte sich einfach nicht vorstellen, dass der relative Rückgang der politischen Bedeutung Schwedens andere Ursachen gehabt haben könnte als den Rückgang der Bevölkerung, und dass die kriegerischen Leistungen im 17. Jahrhundert und auch früher — etwa während der romantisierten Vikerzeit usw. — mit einer wesentlich kleineren Volkmenge möglich gewesen wären. Der Bericht der »Tabell-Commission« aus dem Jahre 1761 bringt auch eine Reihe von »Beweisen« für diese Auffassung.⁷⁾ Kurz es galt, mit allen Mitteln die Bevölkerung mindestens auf ihre angenommene frühere Höhe zu bringen. Ein treibendes Motiv beim Entstehen des Tabellenwerkes war wieder die Besorgnis um die zu kleine Bevölkerung. »Ein schwerer und drückender Volksmangel liegt uns hier bekläglich so vor den Augen, dass ein jeder, der weiss, dass eine zahlreiche Gemeinde der wesentlichste Reichtum und die vornehmste Kraft eines Landes und das unumgänglichste Hilfsmittel zur Förderung und Zuwachs aller sowohl Lands- wie Stadtnahrungen ist, sich nicht allein darüber grauen mag, sondern auch finden, dass die Not selbst die allerkräftigsten Massnahmen fordert, die nur erdenklich sind, um den Zuwachs des Volkshaufens zu fördern, sofern der öffentlichen Wirtschaft besser auf die Füsse geholfen werden soll.« So steht in einem Bericht an den König über das Tabellenwerk von 1755 zu lesen.⁸⁾

Was man dabei erzielen wollte, war nicht nur eine absolut grössere Bevölkerung, sondern auch eine grössere Bevölkerungsdichte. Der Bericht der Tabellen-Kommission von 1761 hebt nicht nur wie gewöhnlich die Bedeutung einer zahlreichen Bevölkerung hervor, sondern auch das Gewicht einer grösseren Bevölkerungsdichte und nimmt Grossbritannien und Frankreich als rühmenswerte Beispiele, deren »camerale Stärke weniger auf Naturreichtümern als auf Agglomeration der Bevölkerung beruht«. Die natürliche Stärke wird durch Vergleichen der Volksziffer, die es in verschiedenen Ländern auf dem gleichen Gebiet gibt, gemessen, aber die poli-

⁷⁾ op. cit.; §§ 6 u. 30.

⁸⁾ Ödmjukt betänkande om Tabellverket, 1755. In A. HJELT, 1899; S. 6.

tische Stärke wächst im allgemeinen in der grösseren Masse als die natürliche.⁹⁾

»Es mag sein, dass die ideenpolitischen Diskussionen in der Bevölkerungsfrage um die Jahrhundertwende in unserem Lande in dem Sinne mehr in die Tiefe gingen, als die Kenntnisse unserer schwedischen Bevölkerungsverhältnisse auf Grund der ungewöhnlich schönen Tradition und der hohen Entwicklung der schwedischen Bevölkerungsstatistik eingehender als vielerorts im Ausland waren, und man bei uns seit altersher an den demographischen Fragen besonders interessiert gewesen ist«¹⁰⁾, äusserte sich die Bevölkerungskommission von 1935 in ihrem bereits erwähnten Schlussbericht. Diese Behauptung stimmt zwar, aber erst für die Mitte des 18ten Jahrhunderts. Vorher war das Interesse unsystematisch, folgte dem traditionellen Verlangen nach einer grösseren Bevölkerung, ohne sich mit den Einzelheiten zu befassen. Erst die Aufklärungszeit brachte einen frischen Wind in die Diskussion hinein.

Um das Bevölkerungsproblem in seinen Einzelheiten zu erfassen, brauchte man also eine verbesserte Statistik. Die Anregungen dazu kamen vom Kontinent und aus England.¹¹⁾ Nach dem Kirchengesetz von 1686 war es den Pfarrern auferlegt worden, genaue nominative Gemeinderegister zu führen, worin Geburten, Trauungen, Todesfälle, Umzüge usw. verzeichnet wurden. Der Gedanke, die Eintragungen aus allen Gemeinden zu einer zentralen Statistik zu sammeln, um genaue Angaben über die Volksmenge des Reiches zu erhalten, lag auf der Hand. Ein Vorschlag in diesem Sinne wurde, soweit bekannt, zuerst von J. von HÖKERSTEDT 1728 gemacht, aber die Frage war zu früh geweckt, ein solches Vorhaben wurde angesehen »wie das Beispiel König Davids, als er das Volk zählen wollte«¹²⁾. 1734 verlangten die Stände, »die gerne wünschten, dass bei ihren Zusammenkünften sie im möglichsten Masse nicht nur über den Zustand des Landes im allgemeinen, unterrichtet werden sollten, sondern auch über jede Provinz besonders, ob sie zwischen den Reichstagen in ihrem Wohlstand zu-

⁹⁾ op. cit.; § 2.

¹⁰⁾ Bevolkningskom. Slutbetänkande; S. 23.

¹¹⁾ Ein früherer Anreger der Bevölk.statistik in Schweden war J. A. v. Lantingshausen. Die Gründer des Tabellenwerks Elvius und Wargentin berufen sich auf Halley, Kersseboom, Deparcieux, Simpson, Graunt, Petty, Süssmilch u.a., aber fügen zu: »Aber niemand hat genügende und sichere Observationen in diesem Fach vom flachen Land, wo an der Ordnung der Natur in dieser Angelegenheit am wenigsten gerüttelt wird.« WARGENTIN: Anmärkningar om nyttan af årliga Förteckningar på födda och döda, 1755.

Über die Anfänge der modernen Bevölkerungsstatistik und die Verbreitung der stat. Technik s. Westergaard: Die Lehre von der Mortalität und Morbilität, Kap. II.

¹²⁾ Nach A. HJELT, op. cit.; S. 7.

oder abgenommen haben», dass Bevölkerungsangaben gesammelt werden sollten.¹³⁾ Aber auch dieser Vorschlag versandete schliesslich, wie eine Reihe anderer¹⁴⁾ ähnlicher Initiativen in der nächstfolgenden Zeit, bis 1748 das Tabellenwerk gegründet wurde. Immerhin hatten diese verschiedenen Bemühungen zu einer ersten Generalschätzung der Bevölkerung für 1744 (von P. ELVIUS ausgestellt) geführt. Das Ergebnis von 2.097.000 Einwohnern für das ganze Reich zusammen mit Finnland wurde aus politischen Gründen streng geheimgehalten.¹⁵⁾ Wie unsicher übrigens die sonst damals gebräuchlichen Methoden zur Schätzung der Bevölkerung waren, zeigt die etwa gleichzeitige Berechnung von A. BERCH in seiner 1746 in Stockholm erschienenen Schrift über politische Arithmetik. BERCH kommt zu der Zahl 2.648.000, wogegen das Tabellenwerk für 1748 nur 2.132.000 errechnet.¹⁶⁾

Das 1748 gegründete Tabellenwerk, später Tabellenkommission (Tabell-Commission) genannt, begann seine Tätigkeit im folgenden Jahr 1749.¹⁷⁾ Von nun an wird das Interesse für die Bevölkerung sehr lebhaft; eine Reihe von statistischen Bearbeitungen des Materials werden mit der Unterstützung der schwedischen Akademie der Wissenschaften publiziert und auch in fremde Sprachen übersetzt.¹⁸⁾

In erster Linie interessierte man sich für die Mortalität, namentlich die Todesursachen. Die schwedische Statistik bestätigt nun, was wir auch aus anderen Ländern kennen, dass Hunger und Not, Krieg und Seuchen, kurz die Sterblichkeit die Bevölkerungsentwicklung bis etwas nach 1800 bestimmt. Die demographischen Faktoren zeigen eine sowohl absolute wie relative Variabilität, die sie später nie mehr aufgewiesen haben. Die Variationen der Sterblichkeit waren ausserordentlich gross. Es genügt, einige Zahlen zu geben.

¹³⁾ *ibid.* S. 12.

¹⁴⁾ Die 1737 errichtete »Gesundheitskommission« versuchte während einiger Zeit die Statistik zu ordnen, aber ohne Erfolg.

Sehr energisch wurde eine verbesserte Statistik von J. A. v. LANTINGSHAUSEN vorgeschlagen, der mit der Kameralwissenschaft in Frankreich vertraut worden war. Er muss als einer der wichtigsten Anreger des Tabellenwerks angesehen werden.

¹⁵⁾ P. ELVIUS gebührt auch die Ehre, die erste demographische Arbeit in Schweden publiziert zu haben, »Förteckning uppå Barnens årliga antal, som äro födde uti U... Stad...«, Stockholm 1744.

¹⁶⁾ A. Berch: Sätt, att igenom Politisk Arithmetica utröna länders hushållning. 1746.

¹⁷⁾ Über das Zustandekommen dieses statistischen Amtes s. HJELT, *op. cit.*

¹⁸⁾ Ins Deutsche wurden die von der Akademie herausgegebenen demographischen Werke laufend übersetzt von dem Göttinger Professor A. G. KÄSTNER und unter dem Titel »Der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften Abhandlungen aus Naturlehre, Haushaltungskunst und Mechanik« gesammelt.

Sterblichkeit in Schweden 1749—1810.¹⁹⁾

Jahr	Absolute Zahl der Gestorbenen	0/00	Ernte
1749	49500	28.9	2
50	47600	27.	9
51	46900	26.	6
52	49500	27.6	
53	43900	24.3	9
54	48600	26.6	6
55	51100	27.7	6
56	52000	28.	1
57	55800	29.9	1
58	60500	32.4	6
59	40100	26.3	9
60	46700	24.8	6
61	49100	25.8	1—2
62	60000	31.2	0
63	64200	33.2	1—2
64	53300	27.4	1
65	54500	27.8	6
66	49700	25.2	6
67	51200	25.7	6
68	54700	27.3	9
69	55000	27.	9
70	53000	26.2	6
71	56800	27.9	0
72	76000	37.6	1
73	105100	52.6	6
74	44400	22.4	6
75	49900	24.9	1
1806	65700	27.1	6
07	62300	25.6	5
08	82300	33.9	3—4
09	93500	39.	8
10	75600	31.8	8
12	73100	30.4	1
15	57800	23.6	8

Die Ernteziffern geben die relative Grösse und Qualität der Ernte an in einer Skala von 0 bis 9. 0 = Hungersnot, totale Missernte; 9 = gute, reichliche Ernte.

Es war also kein Zufall, dass die Sterblichkeit derart im Zentrum der Aufmerksamkeit stand, dass WARGENTIN und andere ihre grössten Bemühungen der Erforschung der Mortalität und Todesursachen widmeten.²⁰⁾ Die Sterblichkeit war für unsere Verhältnisse verheerend: normalerweise unge-

¹⁹⁾ Die Zahlen umgerechnet auf das heutige Reichsgebiet. Nach F. Th. BERG, 1878.

²⁰⁾ WARGENTIN greift sofort diese Probleme an und hofft, dass auch die »Herren Medici« von seiner Arbeit Nutzen ziehen sollen. WARGENTIN: Mortaliteten i Sverige, Sthlm 1766. Noch in dem Bericht der Tabellenkommission für 1816—20 wird der Untersuchung der Mortalität der bei weitem grösste Raum gewidmet.

fähr 270/00, betrug sie oft über 300/00, bisweilen an die 40 oder 500/00, wie 1773 und 1809, als sie 52,6 respektive 390/00 erreichte. D.h. 1773 starb jeder 20ste Einwohner des Landes. 1809 war ein Kriegsjahr, aber die Ziffer 93.500 drückt nur die Zahl der zivilen Gestorbenen aus. (In dieser Hinsicht ist die Statistik irreführend: Militärpersonen, die in aktivem Dienst gestorben waren, entschlüpften der zivilen Bevölkerungsregistratur, sofern sie ausserhalb des Reichsgebiets waren. Die Folge war natürlich eine Untersterblichkeit der männlichen Bevölkerung.)

Die Säuglingssterblichkeit betrug ungefähr 200/00. In Stockholm betrug sie zeitweise fast 500/0,²¹⁾ wie in der Hauptstadt die mittlere Lebensdauer für das männliche Geschlecht 1755—57 nur 17.6 Jahre und 1758—60 16.8 Jahre war.²²⁾ 1741—50 war die Sterblichkeit in Stockholm durchschnitlich 530/00.²³⁾ WARGENTIN versucht diese Tatsache damit zu entschuldigen, dass viele Fremde und Leute vom Land in Stockholm starben;²⁴⁾ aber der Ruf als Peststätten, den die grösseren Städte damals hatten, lässt uns annehmen, dass es sich doch um eine reguläre Sterblichkeit gehandelt hat.

Es galt nun, diese erhöhte Sterblichkeit zu bewältigen. Man hatte die Auffassung, dass es ausser einer »natürlichen« Sterblichkeit noch eine nicht notwendige, von Lastern und Misswirtschaft verursachte gab. So sagt darüber die Tabellenkommission in ihrem Bericht von 1761: »Sintemalen durch zweckdienliche Anstalten nicht nur Auszüge zuvorgekommen werden können, sondern auch manche Krankheiten, insbesondere die, welche viele von der Natur zum Leben beabsichtigte Kinder wegrücken, könnten bedeutend vermindert werden; denn es scheint, wir könnten durch Menschen-Gesetze fast ebenso viele beim Leben erhalten, wie die sind, zu denen nach der Ordnung der Natur der Tod ein untadeliges Recht hat.«²⁵⁾ Es war also diese überflüssige Sterblichkeit, der man beikommen wollte, obwohl wir vielleicht in der Erklärung der Tabellenkommission auch einen Versuch sehen können, die Zweifel derjenigen orthodoxen Pfarrer zu beschwichtigen, die in den bevölkerungspolitischen Massnahmen einen unerlaubten Eingriff in die göttliche Weltordnung sahen.

Der Erfolg blieb auch nicht aus, denn die Sterblichkeit ging während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts langsam zurück.

Allerdings hatte man noch nicht alle Mittel in der Hand, um wirklich

²¹⁾ E. F. HECKSCHER: Stådernas plats i Sveriges samhällshistoria.

²²⁾ WARGENTIN, op. cit.; S. 17.

²³⁾ HECKSCHER, op. cit.

²⁴⁾ W. nimmt auch an, dass die Bevölkerung Stockholms durch viel fahrendes Volk, das sich in der Grosstadt anhäuft, etc. zu niedrig angeschlagen sei; daher die Sterblichkeit so hoch. Sehr viel kann es jedenfalls nicht ausgemacht haben, WARGENTIN, op. cit. S. 30, 31.

²⁵⁾ op. cit., § 91.

effektiv einzugreifen. Schweden war im 18. Jahrhundert noch ein ganz überwiegend agrarisches Land, wo die Landwirtschaft etwa 80 % der Leute beschäftigte — die heute wichtigste Industrie des Landes, die Eisen-, Gruben- und Hüttenindustrie beschäftigte damals nur 3 % der Bevölkerung.²⁶⁾ Es ist also selbstverständlich, dass die Ernteverhältnisse eine ausserordentlich wichtige Rolle spielten. Missernten bewirkten sofort eine höhere Sterblichkeit, aber auch herabgesetzte Heiratsfrequenz und Nativität. Die Tabellenkommission stellte in ihren Berichten stets die Tendenzen der Bevölkerungsbewegung in Zusammenhang mit der Ernte, und in ihren Übersichtstabellen für mehrere Jahre wurden später die Ernteverhältnisse für jedes Jahr mit einer Vergleichsziffer versehen. Wie die oben angeführte Übersicht der Sterblichkeit zeigt, waren die Jahre mit der grössten Mortalität fast immer solche, die auf Missernten folgten. Die Missernten wirkten allerdings weniger direkt als durch die Seuchen, die ihnen auf dem Fusse folgten. Das arme Volk auf dem Lande war dann gezwungen, Brot aus Halm, Rinde u.a. zu backen und auch sonst ungeeignete Nahrungsmittel zu geniessen, die seine Widerstandskraft herabsetzten, was regelmässig Typhus-, Ruhr-, Cholera- oder »englisches Fieber«-Epidemien zur Folge hatte. Se sehen wir, dass die Rekordsterblichkeit 1773 von 52,6 ‰ auf zwei Jahre Missernte folgt. So auch 1758, dem zwei Missernten voraus gehen. Dazu kam noch der Krieg. 1758 wurde aber die Ernte ungewöhnlich gut, und die Sterblichkeit ging rasch zurück. Es folgten dann wieder Missernten 1761 und 62 was sofort wieder eine erhöhte Sterblichkeit bewirkte.²⁷⁾

Nicht nur die Sterblichkeit war von dem Ernteergebnis abhängig. Diese Naturgebundenheit galt sämtlichen Bevölkerungsfaktoren. Es ist E. Heckscher gelungen die Kongruenz der Erntekurve mit den Kurven der Bevölkerungsbewegung für das ganze 18. und einen Teil des 19. Jahrhunderts zu zeigen.²⁸⁾ Aber auch schon die Zeitgenossen hatten dieses Verhältnis bemerkt, wie aus den Berichten der Tabellenkommission oft genug hervorgeht. So wird z.B. 1751 angesichts der guten Ernte und der fallenden Ge-

²⁶⁾ HECKSCHER: Svenska järnhanterings historia S. 27.

²⁷⁾ P. WARGENTIN hofft 1766 bei der Erwähnung der hohen Sterblichkeit der vorangegangenen Jahre, »dass durch Gottes Segen und gute Anstalten, wenn die Lebensmittelteuerung wieder aufhört, der Tod wieder mehr schonend werden soll.« Op. cit.; S. 31.

²⁸⁾ E. F. HECKSCHER: Malthus och den svenska befolkningens utvecklingen. Heckscher sieht zwar die Abhängigkeit des ganzen Wirtschaftslebens von dem Ergebnis der Landwirtschaft in dem naturalwirtschaftlich organisierten Schweden des 18ten Jhs. als selbstverständlich an, aber hält die Ansicht von Malthus über die schwedischen Bevölkerungsverhältnisse jener Zeit für falsch, da diese Abhängigkeit in der Naturalwirtschaft immer besteht, ganz unabhängig von der Bevölkerungsgrösse. Er kommt also eher dazu, die Bevölkerungspolitik des 18ten Jhs. zu bejahen.

treidepreise folgende Reflexion gemacht: »Sofort waren Mägde und Knechte fertig, sich ins Ehebett zu verdingen, wie auch die eheliche Liebestricks freudiger zu brennen begann.«²⁹⁾ Oder für das schlechte Jahr 1761: »Dass Missernten und schwere Jahre die Vereinigung in neuen Ehen hindern, bedarf des Beweises nicht. Aber dass das Bett der schon Verhehelichten davon nicht so oft blüht, kann man schon verstehen, wenn man bedenkt, dass ein paar Thaler Teuerung des Getreides sowohl Mann wie Weib beide auf seine Art nach Verdienst zu suchen zwingt.«³⁰⁾ In dem umfassenden Sammelbericht von diesem Jahr wird das Thema mehrmals aufgegriffen, und es heisst dort, »dass ein beständiger aber nicht niedriger Preis des Getreides den Volkhaufen, die Heiraten und die Geburten vermehrt.«³¹⁾

Die obenerwähnten und andere Äusserungen der Tabellenkommission sind bedeutungsvoll, weil sie einerseits zeigen, dass man eine primitive Geburtenkontrolle in Notzeiten voraussetzt, andererseits die Tatsache der fruchtbarkeitshemmenden Wirkungen der Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen erkennt.³²⁾ Die Tabellkommission ist manchmal überraschend modern in ihren Ansichten und Schlussfolgerungen, aber es wäre unrichtig daraus zu folgern, dass ihre Meinungen immer von den Zeitgenossen geteilt wurden. Die Berichte führen ja meistens nur die Tatsachen an, und die Tatsachen scheinen in der Bevölkerungsfrage meistens der Meinung um eine Generation voraus zu sein.

Allerdings wird die Situation noch etwas verkannt, wenn die Tabellenkommission den Hauptgrund der Schwierigkeiten im Preiswechsel sieht: »Wahnpreis und Teuerung sind deshalb gleich schädlich für die Landwirtschaft und gleich hinderlich für die Vermehrung des Volkes.«³³⁾ Die Bevölkerungsverhältnisse Schwedens waren wahrscheinlich noch viel unmittelbarer gebunden an die Gegebenheiten der Natur als die letzte Aussage wahrhaben will, wie es übrigens MALTHUS schon annimmt, wenn er gegen die schwedische Bevölkerungspolitik polemisiert.³⁴⁾

MALTHUS schliesst, wahrscheinlich nicht mit Unrecht, dass, da Schweden ein Agrarland ist, in dem die städtische Bevölkerung nur 1/13 der gesamten Bevölkerung ausmacht, und da die Städte allgemein die weit grössere

²⁹⁾ Zitiert nach WAHLUND: *Medan patienten väntar*; S. 180.

³⁰⁾ Bericht der Tabellenkommission. § 48.

³¹⁾ *ibid.*

³²⁾ Der erste, der in Skandinavien auch für ältere Zeiten eine Praxis der Geburtenkontrolle erwähnt, ist der Däne Ad. JENSEN. Siehe E. HECKSCHER, »Malthus och den sv. bef.«

³³⁾ *Op. cit.*, § 48.

³⁴⁾ In der 2. Ausgabe 1803 und am ausgiebigsten in der 7. Ausgabe 1826, Buch II, Kap. 2. - M. hatte 1799 eine Reise nach Norwegen und Schweden unternommen und dabei viele sehr treffende Beobachtungen gemacht. Die lebhafteste Bevölkerungspropaganda in Schweden missfiel ihm natürlich.

Mortalität haben (im 18. Jahrh.), die Sterblichkeit Schwedens, die gleich gross oder grösser als die mehr verstädterter Länder ist, zu hoch sei, was Zeichen dafür sei, dass die Bevölkerung gegen die Grenzen ihres natürlichen Nahrungsspielraums drücke.³⁵⁾ Er betont, dass die Landwirtschaft zu rückständig sei, um eine grössere Bevölkerung zu ernähren; schon in guten Jahren bleibe von der Ernte nichts übrig, in schlechten Jahren müsse Getreide importiert werden. Und er tadelt daher die Regierung: »Yet notwithstanding this constant and striking tendency to overflowing members, strange to say: the government and the political economists of Sweden are continually calling out for population, population!«³⁶⁾

Es mag hier nebenbei bemerkt werden, dass wir für andere Länder für die gleiche Zeit eine ähnliche klimatische Gebundenheit der Bevölkerungsverhältnisse kennen, wie etwa in Schottland, das — so weit das unvollständige Material reicht — eine gewisse Parallelität zu den schwedischen Verhältnissen aufweist. Die physiokratischen Lehrmeinungen waren in früheren Jahrhunderten offenbar besser begründet, als wir heute einsehen, und der Schotte MALTHUS hatte die Erfahrungsgrundlagen zu seinem Prinzip sehr nahe an der Hand gehabt.³⁷⁾

Es ist heute schwer zu sagen, wie weit Schweden tatsächlich im 18. Jahrhundert übervölkert war und wie weit dieser Zustand einfach eine Folge wirtschaftlicher Rückständigkeit und Misstände war. Es darf nicht vergessen werden, dass die Verkehrsmöglichkeiten damals unvergleichlich viel schlechter waren als heute und dass Schweden besonders schlechte Verkehrsverhältnisse hatte. Der Transport von Getreide aus den reichen

³⁵⁾ MALTHUS, 7th ed. 1826: »It is difficult therefore entirely to account for the mortality of Sweden without supposing that the habits of the people, and the continual cry of the government for an increase of subjects, tend to press the population too hard against the limits of subsistence, and consequently to produce diseases, which are the necessary effect of poverty and bad nourishment; and this from observation, appears to be really the case.« S. 153.

³⁶⁾ *ibid.* S. 156.

³⁷⁾ Der Einfluss der Ernte auf die demographische Entwicklung in der bäuerlichen Naturalwirtschaft ist mehrmals und für die meisten europäischen Länder nachgewiesen worden. MALTHUS erwähnt ihn natürlich, wie dieser Einfluss ja auch den klassischen Nationalökonomien bekannt ist. Statistische Darstellungen sind in Schweden von HECKSCHER u.a. gemacht worden. Macdonald bezeugt die betr. Erscheinung für Schottland, wo teilweise die schlechten Jahre mit den schwedischen zusammenfallen — z.B. 1782—83. S.a. LÖSCH, S. 65; BICKEL, S. 21 etc

Am bekanntesten sind die Folgen der Hungerjahre auf Irland 1845 und die nächstfolgenden Jahre, als die Kartoffelernte fehlschlug. Durch Hunger, Seuchen und in noch viel höherem Masse durch Emigration wurde die Bevölkerung in wenigen Jahren von dem Maximum 8.3 Mill. 1845 auf weniger als 7 später auf etwas über 4 Mill. reduziert.

Landwirtschaftsgebieten des Südens bis nach Norrland war z.B. im Winter fast ein Ding der Unmöglichkeit.

Es wird daher immer wieder das Anlegen von Getreidevorräten in verschiedenen Landesteilen, der Ausbau der Verkehrsmittel, besonders des »cabotinage« auch und gerade als bevölkerungspolitisches Mittel vorgeschlagen.³⁸⁾ Wieder ein Zitat aus dem ersten längeren Sammelbericht der Tabellenkommission: »Hunger und Teuerung nehmen erst die Fruchtbarkeit in den alten Ehen, daraufhin hindern sie neue, dann vermehren sie die Sterblichkeit, und schliesslich treiben sie die Bevölkerung ausser Landes.«³⁹⁾ Aber sogar MALTHUS gibt zu, dass ein Grund der Armut in Schweden die grossen Entfernungen zwischen den Dörfern und Ortschaften seien, sodass keine genügende Arbeitsteilung entstehen könne.⁴⁰⁾ Es scheint, dass die schwedischen Behörden doch nicht ganz unrecht hatten, als sie die Bevölkerung als unteroptimal ansahen.

Im Ganzen kann man der schwedischen Regierung nicht den Erfolg ihrer Bevölkerungspolitik absprechen, obwohl er in einigen Punkten heute bisweilen in Abrede gestellt wird.⁴¹⁾ Die Bevölkerung nahm zu, ihre Lebensmöglichkeiten besserten sich einigermassen trotz dem Verlust der Besitzungen auf dem Kontinent, die Sterblichkeit ging zurück. Der Krieg mit Russland 1808—9 brachte eine etwas gesteigerte Mortalität, aber sonst blieb das Jahr 1812 mit 73.100 Sterbefälle das letzte mit einer Mortalität von über 30 0/00. Eine Verminderung der Volkmenge des Landes wurde zwar noch für 9 Jahre notiert: 1758, 1772, 1773, 1789, 1790, 1800, 1808, 1809 und 1810, aber für die ganze Periode 1720—1815 berechnet HECKSCHER einen Bevölkerungszuwachs von 70 0/0.⁴²⁾ Dass nun die Nativität und die Heiratsfrequenz nicht stiegen, kann man der Bevölkerungspolitik der Zeit nicht zum Vorwurf machen, da sie sich auf diesem Gebiet auf fromme Wünsche beschränkte. Diese Seite der Bevölkerungsfrage überliess man der Natur.

Man versuchte immerhin auch die Nativität nicht ganz aus dem Auge zu lassen, namentlich keine Beschränkungen zu tolerieren. So sagt der Bericht der Tabellenkommission von 1761 u.a.: »Pastores auf dem Lande, die am ehesten sowohl die politischen wie die moralischen Sünden der Bauernschaft kennen, dürften zu den Hauptursachen der Verminderung der Zeugung rechnen, dass der Bauer nicht ohne fühlbaren Schaden

³⁸⁾ Ein Transport der für die Eisenverhüttung notwendigen Holzkohlen von über 10 Km wurde schon unrentabel. Siehe HECKSCHER: Svenska järnhanterings historia; S. 28.

³⁹⁾ Op. cit., § 51.

⁴⁰⁾ MALTHUS, op. cit. S. 158.

⁴¹⁾ Z. B.: A. MONTGOMERY: Befolkningskommissionen och befolkningsfrågan.

⁴²⁾ E. F. HECKSCHER: Det svenska jordbrukets äldre ekon. historia.

in seinem Haushalt seine Frau in gesegneten Umständen sehen kann, und noch weniger sieht er sich dazu fähig, Zeit und Pflege auf die Zucht der kleinen Kinder zu verlieren. Wenn dem so ist, können politische Verfassungen die Einwohner zu schweren Sünden zwingen, und der Staat verliert gegen jede Sünde etwas von seiner Stärke.» ⁴³⁾

Wie es sich mit der in älteren Berichten oft erwähnten Emigration der Schweden nach Dänemark, Deutschland, England usw. wirklich verhalten hat, ist von heute aus gesehen schwer einzuschätzen. ⁴⁴⁾ Möglicherweise sind die Klagen, die darüber gemacht wurden, übertrieben. ⁴⁵⁾ Besonders zur Zeit des dreissigjährigen Krieges und etwas nachher muss sie wohl bestanden haben. Wahrscheinlich ist aber, dass sie von einer entsprechenden Einwanderung aus Deutschland aufgehoben wurde; jedenfalls bot die damalige Stellung Schwedens jungen Leuten gute Gelegenheit zu einer Karriere im Ausland. Auch als Seeleute verdingten sich Schweden gerne. ⁴⁶⁾ In ihrem Bericht von 1795 erklärt aber die »Tabell-Commission« die Annahmen über die Auswanderung für übertrieben. Es wird erwähnt, dass die Berichte über grosse Zahlen von schwedischen Handwerkern und Seeleuten im Ausland wohl auf einer Täuschung beruhten, da einzelne Reisende in den Grosstädten, wo sowieso Volk aus allen Ländern versammelt ist, schwedische Arbeiter gesehen und daraus geschlossen hätten, dass sie im ganzen Land zu finden seien. Die »Tabell-Commission« weist die Beschuldigung zurück, dass »unsere Nation mehr als andere dazu geneigt wäre, das Vaterland zu verlassen«. ⁴⁷⁾ Bedeutungsvoll ist in dem Bericht auch die Feststellung, dass die meisten aus Neugier ins Ausland gehen und dann zurückkehren, da »man ebensogut zu Hause glücklich werden kann«. Es werden auch keine Verbote oder ähnliche Massnahmen gegen die Emigration mehr vorgeschlagen, was im scharfen Gegensatz zu den Vorschlägen WARGENTINS steht, der seinerzeit die allgemeine Einführung von Pässen, Verbote für Auslandsreisen, Geldstrafen für die zurückgebliebenen Angehörigen Ausgewanderter und andere an die modernen totalitären Staaten erinnernde Massnahmen

⁴³⁾ Op. cit., § 51.

⁴⁴⁾ P. WARGENTIN versuchte die Emigration zu bekämpfen und verfasste eine Schrift, in der das Problem vom Gesichtspunkt der Zeit resümiert wird. WARGENTIN: Undersökning om Folk-utflyttningen.

⁴⁵⁾ Diese Klagen wiederholen sich in den meisten älteren Berichten. Der Bericht der Tabellenkommission vom Jahre 1761 (»Tabelcommissionens underdåniga Relation af år 1761«) widmet dem mehrere Seiten, §§ 44—46. Der Zusammenhang dieser Befürchtungen mit den merkantilistischen und populationistischen Anschauungen der Zeit wurde bald auch für die Tabellenkommission durchsichtig.

⁴⁶⁾ Nach einem 1757 in London errichteten Verzeichnis über Seeleute in England sollten angeblich 5000 aus Schweden stammen.

⁴⁷⁾ Tabell Commissionens Underdåniga Berättelse 1785.

Tabelle.

Übersicht über die Veränderungen der Volkmenge in Schweden 1751—1943.

	Mittl. Jahresbev.	Eheschl. 0/00	Native. 0/00	Aussereh. % der Geb.	Mortalit. 0/00	Kindersterbl. % der Geb.	J. Bev. übersch. 0/00	Emigr. 0/00	Immigr. 0/00	Netto. Bev.- zuwachs 0/00
1751/60	1862347	8.99	35.67	2.37	27.24	20.46	8.43			7.76
1761/70	1982355	8.52	34.17	2.55	27.57	21.61	6.60			5.92
1771/80	2042296	8.49	33.01	2.94	28.87	20.18	4.14			3.71
1781/90	2158900	7.88	31.95	3.89	27.92	19.99	4.03			3.22
1791/00	2282896	8.55	33.31	5.02	25.35	19.61	7.96			6.99
1801/10	2400349	8.27	30.86	6.14	28.23	19.87	2.63			2.04
1811/20	2477506	8.73	33.31	6.78	25.79	18.34	7.52			7.60
1821/30	2752330	8.32	34.63	6.63	23.63	16.73	11.00			11.02
1831/40	3013722	7.14	31.47	6.72	22.78	16.68	8.69			8.32
1841/50	3306269	4.27	31.10	8.64	20.59	15.32	10.51			10.39
1851/60	3642221	7.61	32.79	9.05	21.69	14.69	11.10	.46		10.36
1861/70	4079233	6.54	31.40	9.57	20.16	13.89	11.24	3.00		7.57
1871/80	4386953	6.81	30.48	10.36	18.27	12.99	3.43			9.05
1881/90	4673225	6.26	29.06	10.22	16.94	11.05	12.12	8.05	1.02	4.69
1891/00	4931944	5.94	27.14	10.87	16.36	10.16	10.78	5.00	1.60	7.13
1901/10	5310120	6.00	25.77	12.72	14.89	8.45	10.88	4.85	1.59	7.27
1911/20	5712967	6.26	22.11	15.01	14.29	6.93	7.82	2.07	1.32	6.69
1921/30	6044818	6.49	17.51	15.38	12.07	5.88	5.44	2.13	1.03	3.87
1931/40	6250790	8.24	14.45	13.92	11.67	4.58	2.78	.41	1.03	3.67
1931	6152319	6.97	14.80	16.31	12.54	5.66	2.26	.48	1.36	3.29
1932	6176405	6.75	14.54	15.96	11.57	5.07	2.97	.34	1.46	4.52
1933	6200905	7.00	13.71	15.49	11.23	4.95	2.48	.39	1.17	3.42
1934	6222328	7.73	13.68	14.45	11.24	4.72	2.44	.39	.92	3.46
1935	6241798	8.22	13.76	13.76	11.67	4.59	2.09	.39	.87	2.79
1936	6258637	8.51	14.21	13.37	11.96	4.34	2.25	.38	.75	2.62
1937	6275805	8.86	14.40	12.94	12.01	4.52	2.39	.36	.71	2.84
1938	6297468	9.23	14.92	12.37	11.54	4.25	3.38	.33	.91	4.05
1939	6425759	9.70	15.39	12.38	11.52	3.95	3.87	.57	1.11	4.91
1940	6356368	9.31	15.07	11.76	11.44	3.92	3.63	.49	1.07	4.74
1941	6388953	9.09	15.56	10.87	11.26	3.70	4.33	.17	.67	6.48
1942	6432337	9.70	17.66	9.06	9.89	2.91	7.77	.15	.47	8.04
1943	6490514	9.49	19.35	8.55	10.14	3.89	9.11	.11	.96	9.96
1944	6560088	9.85	20.58	9.05	11.02	3.11	9.56	.08	2.03	11.42
1945	6635548	9.51	20.16	9.19	10.73	2.99	9.43	1.24	3.18	11.58
1946	6718717	9.29	19.61	8.99	10.48	2.65	9.13	1.03	4.68	13.48

befürwortet hatte.⁴⁸⁾ Es geht daraus ziemlich klar hervor, dass die Emigration, ob sie nun in grösserem Masse bestanden hatte oder nicht, jedenfalls am Ende des Jahrhunderts aufgehört hatte. Die Siedlungs- und Bevölkerungspolitik hatte ihre Früchte getragen.

Aus den ersten Bevölkerungstabellen wird deutlich ersichtlich, dass die Siedlung immerhin keine Tendenz gezeigt hatte, die Richtung gegen Norrland und die finnischen Einöden zu nehmen. Weite Gebiete waren fast unbewohnt. In der zweiten Hälfte des 18ten Jahrhunderts ist nun ein akumulierter Zuwachs eben in diesen Gegenden zu verzeichnen. Es ist nicht unmöglich, dass diese Binnensiedlung zusammen mit dem Aufblühen des Handels und der Industrie die Emigration unterbunden hat.

Die bevölkerungspolitischen Ansichten des 18. Jhdts., die oft mit so viel Eifer verkündet wurden, sind für die Einstellung in der Bevölkerungsfrage in Schweden bis zu der neuesten Zeit grundlegend und musterhaft geblieben, und zwar in einem Masse, das die weniger entschiedene Meinungsbildung des folgenden Jahrhunderts nicht erreicht hat. Die Bevölkerungsgeschichte des 18. Jhdts. gewinnt deshalb für das Verständnis der modernen öffentl. Meinung in der Frage eine verhältnismässig grössere Bedeutung, als angesichts der wesentlich besser dokumentierten Entwicklung nach 1815 der Fall sein sollte.

KAP. V.

Fortsetzung der Zusammenfassung der Bevölkerungsgeschichte Schwedens,

2. Von 1816 bis zur Gegenwart.

Die Bekämpfung der Sterblichkeit im achtzehnten Jahrhundert — und alles andere was in Zusammenhang damit geschah — blieb nicht ohne Erfolg; vom Anfang des neunzehnten Jahrhunderts an begann die Bevölkerung immer kräftiger zu wachsen. »Dank dem Frieden, dem Vakzin und den Kartoffeln«¹⁾ setzte eine rapide Vermehrung der Bevölkerung ein, die bald zu ernststen sozialen Problemen führen musste. Im Jahre 1750 betrug die Bevölkerung 1 3/4 Mill., im Jahre 1800 ca 2 1/3 Mill., 1850 schliesslich 3 1/2 Millionen. Die Einfügung dieser Millionen in die bestehende

⁴⁸⁾ »Ich finde unwiderruflich, dass... alle, die ohne Pass und Erlaubnis heimlich sich aus dem Reich begeben, oder länger im Ausland bleiben, als im Pass gestattet ist, als Deserteure angesehen werden sollen...» P. WARGENTIN: Ödmjukt Memorial, 1755.

¹⁾ Diese oft wiederholte Formulierung stammt von Tegnér,

Gesellschaft erklärt die Veränderung der sozialen Struktur des schwedischen Volkes. Man hätte schon rein theoretisch annehmen können, dass der rasche Bevölkerungszuwachs einen Druck auf die Lebensmöglichkeiten des Volkes ausüben würde, und eine Untersuchung der sozialen Verhältnisse Schwedens im vorigen Jahrhundert bestätigt diese Vermutung durchwegs. Der landwirtschaftliche Besitz konnte nicht ins Unendliche aufgeteilt werden, der Handel öffnete noch keine sonderlichen Möglichkeiten, die Industrie war noch in ihren Anfängen, eine Massenproduktion gab es nicht; kurz gesagt, Schweden am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts kann als ein Beispiel der Pauperisierung gelten, die nach den Theorien von Malthus eine unabwehrbare Folge der ungehemmten Vermehrung eines Volkes ist.

Die Folgen der Bevölkerungsvermehrung blieben nicht aus. Die Durchforschung der ökonomischen Verhältnisse Schwedens im neunzehnten Jahrhundert ist zu einer Exaktheit der Ergebnisse fortgeschritten, die die prinzipielle Schwierigkeit, den relativen Wohlstand einer früheren Epoche zu messen, praktisch beseitigt hat und dazu berechtigt, die Zeit, in der das Schlagwort »die schwedische Armut« aufkam, wirklich für eine Pauperisierungsperiode zu halten. Zwar wurde sehr viel für die Landwirtschaft getan: Bodenverbesserungen, Kanalisierungen usw. Der Reichtum des Landes war auch seit 1714 in stetem Wachsen begriffen, aber das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung war zu langsam, um mit dem Zuwachs des Volkes Schritt zu halten. Das Volk wurde immer ärmer. Auch die Verteilung des Nationaleinkommens entwickelte sich zum Schlechteren.

Esaias TEGNÉR hat in einem bekannten Aufsatz »Om fattigvården i Vexjö stift« die damalige Lage in einer schönen Formulierung gut zusammengefasst. Er sagt dort, »dass die Zunahme der Armut augenscheinlich ist, auch ohne jede zahlenmässige Berechnung.«

»Die Ursachen dazu können vielerlei sein; aber die nächste und leichteste, glaubt man, liege in einer überaus erleichterten Teilung des Bodens, in verminderten Ansprüchen der Begüterung unter dem Bauerntum und vor allem in dem Umstand, dass man, besonders in den letzten 10 Jahren, die alten wohlbedachten Verordnungen betr. Ausweisungsfähigkeit aufgehoben oder gemildert hat. In Zusammenhang hiermit hat man auf jede Weise gesucht die Heiraten zu ermuntern und zu erleichtern, ohne dass die Kontrahenten für ihren und der Ihrigen Unterhalt der Gemeinde andere Garantien als die Armenpflege zu geben gezwungen sind. Mit Hilfe des Friedens, des Vakzins und der Kartoffeln ist es auch in hohem Grade gelungen, die Menge der Bevölkerung zu steigern; aber da man nicht im selben Masse neue Nahrungsquellen für eine so vermehrte und treibhausmässig zustandegekommene Generation öffnen wollte oder konnte, haben sich die Folgen eines so einseitigen und schlecht berechneten Systems überall zu zeigen begonnen. Das Land wird überfüllt von Hütten, bewohnt von einem Geschlecht, das kein anderes Vermögen als seine Arbeitskraft besitzt . . . Schweden läuft die Gefahr, etwas zu bekommen, was es mindestens bisher nie gegeben hat, einen Pöbel . . .«²

²) Tegnér; S. 321.

Die besitzlose landwirtschaftliche Bevölkerung, die früher eine ganz unbedeutende Schicht gewesen war, nahm nun kräftig zu, wie überhaupt der Bevölkerungszuwachs etwa bis 1860—80 hauptsächlich die Landbevölkerung betraf. Schweden war seit alters her ein Land von selbstständigen Bauern mit mittelgrossen Besitz. Da es nicht wirtschaftlich war, den Besitz zu viel zu teilen, und es auf die Länge ausser in den unfruchtbaren nördlichen Gauen nicht genügend Land für alle gab, so musste an der Peripherie der alten, stabilen, selbstständigen und patriarchalischen Bauerngesellschaft ein landwirtschaftliches Proletariat entstehen, dass seinerseits als immer zugängliche Arbeitskraft der Entwicklung des Grossgrundbesitzes sehr förderlich war. So berechnet WOHLIN³⁾, dass von 1775 bis 1870 die besitzlose landwirtschaftliche Bevölkerung von 549000 auf 1.288000 zugenommen hatte, während in derselben Zeit die selbstständige Bauernbevölkerung nur von 1.053000 auf 1.396000 gewachsen war. Es war beinahe eine neue Klasse entstanden, denn die besitzlose landwirtschaftliche Bevölkerung, welche die Statistik früher umfasst hatte, bestand meistens aus unverheirateten Mägden und Knechten, wogegen es im 19ten Jahrhundert mehr verheiratete Landarbeiter waren. Mit dieser Entwicklung hängt natürlich das Steigen der Armenpflegekosten in den kommunalen Budgets dieser Zeit zusammen.

Dass die Bevölkerung zunahm, bedeutete, wie aus dem Diagram S. 58 hervorgeht, dass vor allem die Landbevölkerung zunahm. Die Landbevölkerung nahm in 110 Jahren um rund 50 % zu: von 1.4 Mill 1750 auf 2.0 Mill. 1860. Man fragt sich, wie das in einem relativ kargen und klimatisch wenig begünstigten Lande wie Schweden, das heute eine viel kleinere Landbevölkerung zeitweise mit Subventionen und Hilfsmassnahmen verschiedener Art hat durchfüttern müssen, möglich war. Das Maximum wurde um 1880 erreicht, als Schweden mit einer Anbaufläche, die kaum 2/3 der heutigen, und einer Ernte, die nur die Hälfte der unserer Tage war, eine Landbevölkerung von 3.1 Mill. zu ernähren hatte. Mit den technischen Mitteln, die der damaligen extensiven Landwirtschaft zur Verfügung standen, muss die Tragfähigkeit der Landwirtschaft noch angespannter gewesen sein, als aus den Zahlen hervorgeht. Die schwedische Landwirtschaft stand im 19ten Jahrhundert wahrscheinlich mehrmals dicht vor einer Übervölkerungskatastrophe, vor der sie nur die Emigration rettete. Damals war Schweden tatsächlich in einem gewissen Sinne übervölkert. Man konnte in dem Sinne von einer Uebervölkerung reden, als die Landbevölkerung in ihrem Lebensstandard auf ein bedrohlich niedriges Niveau heruntergedrückt worden war und als

³⁾ In »Emigrationsutredningen».

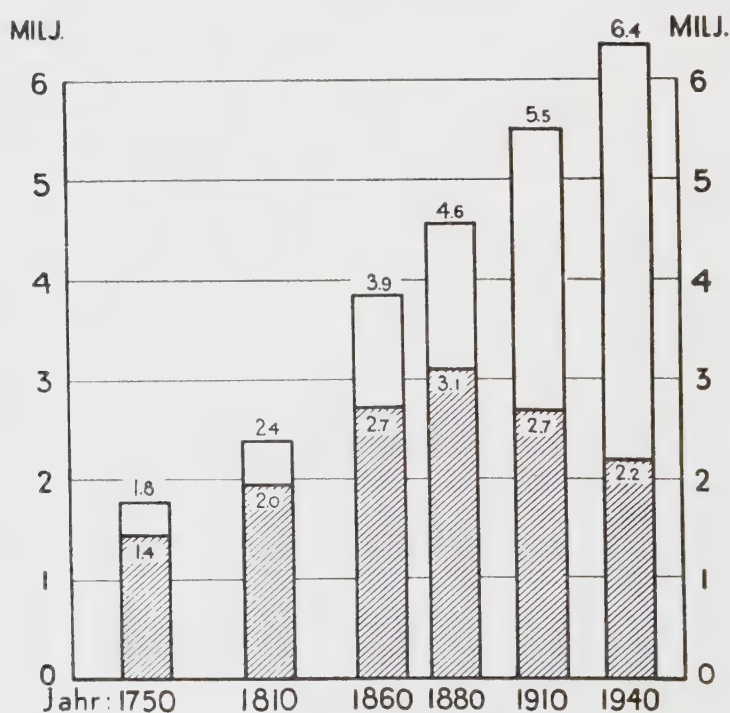
für die zahlreiche aufwachsende Landjugend die Möglichkeiten eines genügenden Auskommens in der Heimat versperrt waren. Die Landwirtschaft dieser Zeit war hauptsächlich auf Getreideanbau eingestellt. Aber die Schwankungen, denen der Getreideanbau zufolge der Witterung u.a. Faktoren ausgesetzt ist, machten die Lage besonders der Kleinbauern sehr unsicher. Die Armut der Bauernschaft des 19ten Jahrhunderts darf vielleicht auch mit dem Mangel an Bargeld erklärt werden, da die Geldeinnahmen hauptsächlich vom Getreideverkauf herrührten. Das schwedische Klima ist nicht sehr geeignet für Getreideanbau, doch konnte in guten Jahren der Getreidepreis infolge des grossen Angebots derart sinken, dass ein bedeutender Export möglich wurde — trotz der eigenen Knappheit der Landbevölkerung. In dieser einzigen Periode des Getreideexports in der schwedischen Wirtschaftsgeschichte erreichte der Export von Getreide in den 60er Jahren durchschnittlich 1.855.000 Dplz und in den 70er Jahren 3.800.000 Dplz jährlich.

Die Bevölkerungszunahme war natürlich nicht gleichmässig im ganzen Reich, sondern mit der sozialen und wirtschaftlichen Umstrukturierung infolge der Bevölkerungsvermehrung ging auch eine territoriale Verlagerung der Bevölkerung einher. Die Städte wuchsen zwar, aber diese Veränderung war am Anfang unbedeutend. Als weit wichtiger muss die Verschiebung der Bevölkerung zwischen den verschiedenen Gauen angesehen werden. Die schon lange erwünschte Besiedlung der nördlichen und nördlichsten Landesteile nahm jetzt ein grösseres Ausmass an. 1821—30 betrug die jährliche Zunahme in Västerbotten 21,63 0/00, in Norbotten 16,53, in Västernorrland 15,59. Da die Vermehrung der Bevölkerung daneben in den westlichen Teilen wie Värmland, Jämtland etc. sehr stark war, verschob sich das Bevölkerungszentrum eigentlich nur wenig, aber es fand eine Verlagerung der Bevölkerung gegen die Peripherie statt. Das relative zahlenmässige Uebergewicht der Mälargaue ging in der ersten Hälfte des Jahrhunderts zurück.

Die massgebenden Kreise des Landes hatten jetzt keinen Grund mehr, mit der Bevölkerungsvermehrung unzufrieden zu sein. Die »Königliche Allgemeine Magazinsdirektion«, die das Land in schlechten Jahren mit Getreide versorgen sollte, hatte mit allem Erfolg gearbeitet, und als dann in dem Jahrzehnt 1831—40 der Kartoffelanbau einen grossen Aufschwung nahm, sah es aus, als würde die Versorgungslage Schwedens gesichert sein — nur drängte eine ständig zunehmende Bevölkerung auf Ernährung. Infolge der Emigration ging die Heiratsfrequenz schon jetzt etwas zurück. Ausser der Emigration wirkte auch die zunehmende Armut in derselben Richtung. Die Armut war die natürliche Folge der Zunahme der Landbevölkerung; da die Bauernhöfe nicht unbeschränkt geteilt werden konnten, gab die Zunahme der Landbevölkerung Anlass zum Entstehen einer zahlreichen

Klasse von landlosen Kättern und Tagelöhnern. Die populationistische Tradition war aber stark genug, so dass man die Pauperisierung als Folge der Bevölkerungsvermehrung noch ignorieren konnte. Im Gegenteil kam die Not der Unbemittelten und Landlosen der vorwiegend merkantilistischen Denkweise der Zeit mit ihren Anklängen an eine autokratisch-bäuerliche Sozialphilosophie sogar recht wünschenswert vor: »Die Armen sind nie so strebsam, wie wenn die Arbeitskraft billig und das Getreide teuer ist»; oder »harte Zeiten sind ein Segen, denn dann werden die Armen zu Fleiss gehalten«, hiess es damals.

Aber der Volkshaushalt erweiterte sich nicht schnell genug, um der »Strebsamkeit der Armen« genügend Raum zu gewähren; der Bevölkerungsdruck wurde immer stärker. Zwar hatte man 1832 den »Göta Kanal«, eine Verbindung zwischen den wichtigsten Seesystemen des Landes, gebaut, aber dafür hatte man andere Verkehrsmittel versäumt. Namentlich dauerte es noch lange, bis das Eisenbahnnetz ausgebaut wurde. Wie wenig der Ausbau der Wirtschaft eigentlich fortgeschritten war, zeigt die Berufsverteilung: 1751 waren 79,80 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig,



Totale Bevölkerung und landwirtschaftliche Bevölkerung in Schweden. Schraffiert Landwirtschaftsbevölkerung. (Diagramm nach WAHLUND op. cit. S. 191).

1840 waren es 80,90 %. Dass bei dieser vorwiegenden Abhängigkeit von der Landwirtschaft die Ernteergebnisse noch ein demographischer Faktor ersten Ranges sein mussten, versteht sich von selbst. Die schlimmste Periode der landwirtschaftlichen Uebervölkerung 1814 — 70 fiel nicht zufällig mit dem Durchbruch und dem Aufschwung humanitärer Ideen zusammen. Doch den neuen Ideen, die 1864 in der Wirtschaftsfreiheit einen angemessenen Ausdruck fanden, war es nicht vergönnt, die Lösung der unhaltbaren Situation der Landwirtschaft zu Wege zu bringen.

Die Emigration hatte schon wirksame Hilfe gebracht. Eine Erleichterung kam noch durch die Nahrungsfreiheitsgesetze von 1846 und 1864. Sehr günstig für die Erleichterung der Lage waren die verbesserten Verkehrsmittel, namentlich die Eisenbahnen, wodurch früher entlegene und isolierte Gegenden ihren Bevölkerungsüberfluss ableiten konnten. In Massen wanderte die ländliche Jugend mit Hilfe zahlreicher Emigrationsagenten nach den Vereinigten Staaten aus, mit dem Ziel, in Übersee ein besseres Auskommen zu finden.

Die Emigration ist ein zu wichtiger Faktor in der Bevölkerungsentwicklung Schwedens, um nicht näher behandelt zu werden. In grossen Zügen der kontinentaleuropäischen Emigration ähnlich, verlief sie, wie die meisten Auswanderungsbewegungen, in Wellen. Die Anfänge waren zögernd und verglichen mit übrigen Ländern spät. Die erste grosse Welle begann in den 60er Jahren und ebte in den 70er Jahren aus:

Periode	Jährl. Auswanderung	Periode	Jährl. Auswanderung
1865—67	7.700	1871—73	15.600
1868—70	28.700	1874—76	9.000

Süd- und Westschweden, wo die Bevölkerungszunahme am stärksten und die Zerstückelung des Landbesitzes am ausgeprägtesten waren, waren dementsprechend an der ersten Emigrationswelle am meisten beteiligt. Den Anstoss hatte eine Missernte im Jahre 1867 gegeben.

Die nächste Welle kam 1880. Die Emigration setzte sich dann kräftig fort:

Periode	Jährl. Auswanderung	Periode	Jährl. Auswanderung
1877—79	8.700	1895—97	9.600
1880—82	42.900	1898—1900	9.000
1883—85	21.300	1901—03	23.700
1886—88	39.800	1904—06	14.600
1889—91	31.900	1907—09	10.200
1892—94	25.100	1910—12	13.900

Die grosse Emigrationswelle der achziger Jahre mit ihren zwei Spitzen am Anfang und am Ende des Jahrzehnts scheint der Emigration für das ganze Jahrhundert einen kräftigen Anstoss gegeben zu haben, der von dem Verbreitungszentrum der Auswanderungsbewegung im südwestlichen Schweden — besonders Småland und Wästergötland — allmählich die Bewegung über das ganze Land hinaustrieb. Eine letzte, regional nicht lokalisierbare Emigrationswelle folgte noch kurz vor dem Ausbruch des ersten Weltkriegs, aber damit war auch die Rolle Schwedens als Emigrationsland ausgespielt.

Wie in fast allen anderen Emigrationsländern ist auch in Schweden die ungleichmässige regionale Verteilung der Emigration bemerkenswert. Die westlichen Landesteile waren immer mehr als die übrigen an der Emigration beteiligt, und ausser den reichsten wurden auch die ärmsten Gaue davon am wenigsten berührt. Ganz Nordschweden — Norrland — hatte eine auffallend geringe Auswanderung. Dies beruhte vielleicht darauf, dass dieser ärmste und unentwickeltste Teil des Landes sich in der relativ stärksten ökonomischen Expansion befand, so dass sogar gewisse Gebiete Norrlands — die der aufblühenden Holzindustrie und der Erzgruben — lange Zeit ein Ziel der inneren Wanderung waren ⁴⁾, zum Teil wirkten wohl auch schlechte Verkehrsmittel, Tradition und Gewohnheit mit.

Stellen wir die Zahlen der Emigration in ihren demographischen Rahmen hinein, so entdecken wir ausser der geographischen auch die wichtigere Ungleichförmigkeit der Altersverteilung der Auswanderer. Die jungen Leute emigrieren. Es waren die jungen und kräftigen Leute am Anfang ihres produktiven Alters, die über die See hinauswanderten, zudem mehr die Männer als die Frauen. In Schweden kam praktisch keine Familienemigration vor. Das Land verlor also durch die Emigration seine wertvollste Arbeitskraft, nachdem es ihre Ausbildung und Erziehung bezahlt hatte. Es war ein unsichtbarer Aderlass an ausgebliebener Arbeitsleistung, der schwer zu erfassen war. Die Einsicht in die Bedeutung der Wanderungsverluste wurde auch bisweilen überschattet von der Freude über die Geldsendungen aus Übersee. Wenn man also die Verarmung durch die Emigration nicht merken konnte, konnte man jedenfalls die demographischen Konsequenzen leicht feststellen: es gab in den Gebieten, aus denen die meisten jungen Männer emigrierten, eine sinkende Heiratsfrequenz. Vielleicht darf man sogar die niedrige Heiratsfrequenz Schweden als einen nachschleppenden Zug der Emigrationsperiode betrachten. Diesen Zug teilt nämlich Schweden mit anderen Auswanderungsländern, z.B. Irland, wo eine sehr niedrige Heiratsfrequenz auch Jahrzehnte nach dem Aufhören der eigentlichen Emigration

⁴⁾ Siehe MONTGOMERY: *Industrialismens genombrott*. Auch »Population Movements and Industrialization.«

weiterbesteht. In Schweden war zur Zeit der grössten Emigration die Zahl der jährlich geschlossenen Ehen niedriger als die Zahl der jährlich Ausgewanderten. Die mittleren und späteren Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts hatten eine ziemlich hohe Nativität und meistens einen bedeutenden Bevölkerungsüberschuss, der allerdings von Jahr zu Jahr stark wechselte. Der ausschlaggebende Faktor der Bevölkerungsentwicklung war nicht mehr die Sterblichkeit, sondern die Auswanderung.

Es war in dieser Lage, dass der Malthusianismus in Schweden erst hervortrat. Ideen, die zu dem Gedankenkreis des Malthusianismus gerechnet werden können, ob sie nun ihren Ursprung bei Malthus oder bei anderen — früheren — Denkern hatten, begannen sich mit dem Durchbruch des Liberalismus sporadisch zu äussern. Esaias Tegnér veröffentlichte z.B. schon 1833 seine bekannten Gedanken über die Armut. Er sagt dort u.a.: »In dieser Weise ist die Menge der Bevölkerung gestiegen und steigt jährlich, aber im selben Verhältnis steigt die Armut, und das Tabellenamt wird allmählich zu einer Armenliste verwandelt.«⁵⁾ Sehr ähnlich äusserte sich ein paar Jahrzehnte später A. Strindberg. In einem statistischen Werk über Schweden von Agardh und Ljungberg heisst es: »Der in älteren Zeiten von Staatsmännern und Philosophen wie ein Axiom aufgefasste Grundsatz, dass die Volksmenge an und für sich die Stärke eines Landes ausmacht, hat wohl nunmehr gesünderen Ansichten Platz gemacht, und es wird heutzutage allgemein eingesehen, dass die erste Aufgabe des Gesetzgebers nicht ist, auf jede mögliche Weise die Bevölkerung zu vermehren, sondern ihr nur die Mittel zu ihrem Aufenthalt zu bereiten und die Hindernisse, welche schlimmstenfalls ihren natürlichen Zuwachs hemmen können, zu beseitigen.«⁶⁾ Meinungen wie diese waren noch kein Neomalthusianismus, und das gefährliche Wort Geburtenkontrolle war noch nicht in die Diskussion geworfen worden. Die zitierten liberalen Äusserungen wollten nur die Geburtenfreiheit und die Emigration verteidigen; Geburtenkontrolle wurde gar nicht erwähnt; also ein liberals Programm.

Der Neomalthusianismus wurde in Schweden eigentlich erst mit der Übersetzung von einigen Schriften des neomalthusianischen Arztes George Drysdale ins Schwedische eingeführt. Aus dieser Quelle wurden die Ideen von dem ersten neomalthusianischen Propagandisten in Schweden, dem Volkswirtschaftler K. Wicksell, aufgenommen. Wicksell hielt an vielen Orten Propagandavorträge -- später im Druck erschienen unter dem Titel »Über die Gesellschaftsungleiche Trunksucht, Prostitution, Doppelmoral

⁵⁾ TEGNÉR: Skrifter IV. S. 163. Die Klarsichtigkeit TEGNÉRS wurde natürlich nur von einer geringen Elite geteilt, zu gleicher Zeit aber entspricht die Grundauffassung Ts. der sozial und wirtschaftlich aufgeklärten Meinung der Zeit. Aus der Erkenntnis der Pauperisierung schöpfte besonders der damals aufkommende Liberalismus seine Argumente.

⁶⁾ AGARDH und LJUNGBERG, Zitiert nach WAHLUND (1944).

und späte Ehen und deren Ursache, die Armut» — in denen er offen für Geburtenkontrolle plädierte und sich mit der Bitte an die Ärzte wandte, »ohne Rücksicht und Vorurteile« die Armen darüber aufzuklären. Die Wicksell'schen Vorträge erregten heftigen Widerspruch, und der Autor selbst erlag dem sozialen Ostrazismus als ein Mann, der für Moral und Gesellschaft gefährliche Lehren verbreitet. Die Ärzteschaft erklärte in Konformität mit der damals im Lande herrschenden Meinung, die Geburtenkontrolle, ausser durch Abstinenz, sei gefährlich, und dass sie ausserdem »einem Laster Tür und Tor öffnet, über dessen widerwärtige Verirrungen die Geschichte der Medizin berichtet«, wie sich der Ärzteverein der Universität Upsala in seiner offiziellen Stellungnahme ausdrückte.⁷⁾ Die persönliche Diskriminierung von K. Wicksell genügte allerdings nicht, um dem Lauf der neomalthusianischen Ideen Einhalt zu tun; besonders nicht mehr, als die bürgerliche und offizielle Ablehnung der Neomalthusianer diese in das radikale Lager getrieben hatte und ihre Ideen von der sozialistischen Partei aufgenommen worden waren. Getragen von dieser grossen Partei machten die neomalthusianischen Ideen den Aufstieg des Sozialismus mit. Sie wurden ausserordentlich verbreitet. Zu Beginn dieses Jahrhunderts gehörte es zu den Propagandazielen der radikalen Kreise der Sozialisten, nicht nur die erwähnten Ideen zu legitimieren, sondern sie noch als eine Pflicht der Solidarität der Arbeiterklasse zu empfehlen. (Diese Forderung ist im Schwedischen Sozialismus mit dem Namen Hinke Berggrens verbunden.)

Es wurde zu einem dogmatischen Satz der Radikalen, dass die Arbeitersolidarität eine weitgehende Geburtenbeschränkung fordere: »Je mehr Kinder in dieser Gesellschaft geboren werden, desto mehr Sklaven und desto billiger die Arbeitskraft, und damit nehmen die Möglichkeiten zu vermehrtem Profit für die Besitzer der Produktionsmittel zu. Es sind diese, die die Macht in der heutigen Gesellschaft haben. Die Arbeitskraft ist eine Ware wie andere Waren. Wenn ein Überschuss von der Ware entstanden ist, sinkt sie im Preis. Und dieses bedeutet mehr Hunger und Armut für die Arbeiterklasse.«⁸⁾ Dazu fand man es ungünstig für die Arbeiter, in Streikzeiten mit einer Familie belastet zu sein. »Ein Familienvater bedenkt sich einige Male, bevor er in den Lohnkampf zieht.«⁹⁾ Der Streik fordere eine Solidarität, von der keiner sich drücken könne. Es macht den Eindruck, als hätte die sozialdemokratische Partei Schwedens, und namentlich ihr linker Flügel, die Forderung auf Kinderbeschränkung mehr angenommen, als es die sozialistischen Bewegungen auf dem Kontinent taten. Immerhin stellt diese neomalthusianische Propaganda der Sozialisten die

⁷⁾ »Granskning af Herr Kand. K. Wicksells arbete om Samhällsolyckarnas viktigaste orsak och botemedel etc.»

⁸⁾ Nach WAHLUND Medan pat. väntar. Die Formulierung dürfte ursprünglich aus einer Rede von Hinke Berggren stammen.

⁹⁾ ibid

bedeutungsvollste bevölkerungspolitische Strömung Schwedens am Anfang des 20. Jahrhunderts dar.

Die andere wichtige bevölkerungspolitische Grundfrage dieser Zeit war die Emigrationsfrage. Sie war nun endlich zu einer Ursache lebhafter Unruhe in weitesten Kreisen geworden. Jetzt, als schon die Auswanderung definitiv abzuebben begann, wurden Untersuchungen und Massnahmen von einer ziemlich einigen öffentlichen Meinung gefordert. Die Einsicht in die Unwirtschaftlichkeit der Emigration, worüber bisher die »Emigranten-gelder« auch die Gebildeten teilweise hinweggetäuscht hatten, war schliesslich allgemein durchgedrungen. Eine offizielle Untersuchung unter der Leitung des Statistikers Gustaf Sundbärg wurde unternommen, aber als der Schlussbericht mit zwanzig Bänden Beilagen 1913 endlich vorlag (eine ausserordentlich gründliche Arbeit, auf der die Bevölkerungsuntersuchung 20 Jahre später weiterbauen konnte), war die Emigration bereits eine historische Erscheinung und die wohlgedachten Massnahmen, wie innere Kolonisation etc., womit man das Übel beheben wollte, gegenstandslos geworden, da die gesellschaftliche Selbstanpassung der Planung vorausgegangen war. In dem Aktionsprogramm der Emigrationsuntersuchung lagen immerhin bedeutungsvolle Ansätze, welche die mehr zielbewusste Bevölkerungspolitik der dreissiger Jahre verwerten konnte. Dazu vermittelte sie die wichtige Lehre, dass, wenn man die Bevölkerungsentwicklung lenken will, man nicht die Massnahmen auf unbestimmte Zeit verschieben kann, ein Argument, das in der Bevölkerungsdiskussion der letzten Jahrzehnte immer wieder geäussert worden ist.

Wir wollen jetzt versuchen, die Wechselwirkung der Bevölkerungsbewegung und der bevölkerungspolitischen Meinungsströmungen hervorzuheben. Wiederholen wir daher nochmals die statistischen Ausgangsdaten. Vor 1810 standen weder Sterblichkeit noch Nativität unter Kontrolle. In der ersten Hälfte des 19ten Jahrhunderts begann man, den Tod zu kontrollieren; in der zweiten Hälfte war die Nativität daran, allmählich unter Kontrolle zu geraten. Ungefähr 1870 begann die eheliche Fruchtbarkeit — vorläufig nur in den höheren Klassen — etwas zu sinken, und etwa 1910 fing auch die absolute Zahl der Geburten an zu sinken — die Arbeiterklasse war an die Reihe gekommen:

Periode	Durchschn. jährl. Zahl	Geburten 0/00	Periode	Durchschn. jährl. Zahl	Geburten 0/00
1906—10	137.500	25.43	1923—24	111.400	18.47
1911—15	129.700	23.08	1925—26	104.100	17.20
1916—17	121.300	21.06	1927—28	97.900	16.08
1918—19	116.600	20.03	1929—30	93.500	15.28
1920	138.800	23.61	1931—32	90.400	14.67
1921—22	122.300	20.56	1933—34	85.000	13.69 ¹⁰⁾

¹⁰⁾ Tabelle nach WAHLUND op. cit.

Das Wesentliche dieser Zahlenreihe ist das gleichmässige Fallen von 1910 bis zum Tiefpunkt 1934. Eine Ausnahme bildet einzig das in vielen Beziehungen aus dem Rahmen fallende Jahr 1920, das deutlich eine Anhäufung sog. aufgesparter Geburten aufweist. In der Zwischenkriegszeit macht die Geburtenkurve einen sehr schnellen Fall, der so steil wirkt, dass wir ihn eigentlich von Jahr zu Jahr studieren müssten, damit nicht wesentliche Einzelheiten der demographischen Entwicklung verlorengehen. Da dies in einem späteren Kapitel gemacht werden soll, gehen wir hier nur auf die allgemeine Tendenz ein und können dabei konstatieren, dass sie in der Plötzlichkeit des Abstiegs, verglichen mit Verhältnissen anderer europäischer Länder, einen Extremfall darstellt. Dies ist um so bemerkenswerter, weil ja Schweden in anderen Beziehungen eine besonders ruhige und harmonische soziale Entwicklung durchgemacht hat, sogar in dem Masse, dass man es das Land des Mittelwegs genannt hat.¹¹⁾ Man versteht, dass diese allzu extreme Entwicklung wie eine drohende Wolke an dem ruhigen sozialen Horizont Schwedens besonders beunruhigend auf die wirken musste, welche die Bedeutung der Frage verstehen konnten.

In Zusammenhang mit der Entwicklung der letzten Jahre, die wir schon anlässlich der Bevölkerungskrise behandelt haben, steht auch die Bevölkerungsentwicklung der Kriegsjahre. Diese ist bekanntlich auch in anderen Ländern nicht derjenigen des ersten Weltkriegs parallel gelaufen, sondern trägt ein ganz eigenes Gesicht, das zu analysieren uns hier der Raum fehlt. Jedenfalls ist in Schweden vorerst die Tatsache zu bemerken, dass die Bevölkerungsentwicklung dieser Jahre dauernder politischer Spannung erstaunlich wenig von den aussenpolitischen Verhältnissen beeinflusst wurde. Während im vorigen Weltkrieg, als Schweden doch mehr abseits vom Kriegsgeschehen stand, die Geburtenziffern ausserordentlich schnell zu sinken anfangen und dauernd niedrig blieben, hatte der Kriegsausbruch dieses Mal keine solche demographischen Folgen; in der Tat sank die Nativität während des ganzen Krieges nur in dem letzten Quartal 1940 und im ersten Quartal 1941, was als eine Reaktion auf die Ausdehnung der Kriegshandlungen auf skandinavischen Boden in Norwegen und Finnland im ersten Halbjahr 1940 anzusehen ist. Die Tendenz von 1940 an ist über den ganzen Krieg hindurch — und zwar trotz der allmählich ungünstigeren Altersverteilung der Bevölkerung — eine steigende gewesen. Der jähe Aufschwung der Geburtenkurve von 1920 ist aber ohne Parallele geblieben, voraus man schliessen kann, dass in den hohen Geburtenziffern der Nachkriegsjahre 1946—47 keine grössere Zahl sog. »aufgesparter Geburten« enthalten ist.

Ein Vergleich mit den Verhältnissen in Norwegen und Dänemark, die zwar vom Kriege betroffen, aber in demographischer Hinsicht ungewöhn-

¹¹⁾ Marquis W. Childs.

lich wenig berührt worden sind, zeigt, wie die Bevölkerungsentwicklung in Schweden fast vollständig bezuglos zu den aussenpolitischen Verhältnissen verlaufen ist.

	<i>Nativität</i>			<i>Mortalität</i>		
	Schw.	Norw.	Dän.	Schw.	Norw.	Dän.
1931—35	14.1	15.5	17.8	11.6	10.4	10.9
1936—40	14.8	15.5	18.0	11.7	10.4	10.5
1939	15.4	15.9	17.8	11.5	10.9	10.1
1940	15.1	16.3	18.3	11.5	11.	10.4
1941	15.6	15.5	18.5	11.3	10.9	10.3
1942	17.7	17.9	20.4	9.9	10.8	9.6
1943	19.3	19.1	21.4	10.2	10.5	9.6
1944	20.6	20.5	22.6	11.	10.8	10.2
1945	20.4	20.9	23.5	10.8	9.8	10.5
1946	19.6	22.5	23.4	10.5	9.2	10.2
1947	18.9	21.6	22.1	10.8	9.5	9.7
1948	18.5			9.9		

Bei diesen Zahlen fällt sofort die (auf Grund der aufgesparten Geburten in Norwegen und Dänemark bedingte) ansteigende Nativität nach dem Krieg auf. Es fällt weiter auf, dass trotz des Krieges, trotz kleinerer Mittel und trotz Mangel an einer systematischen Bevölkerungspolitik Norwegen und Dänemark die ganzen Kriegsjahre hindurch eine gleichhohe Nativität — Dänemark sogar eine höhere — wie Schweden beibehalten haben. Bei der sehr ähnlichen kulturellen und sozialen Struktur der drei Länder ist es schwer zu entscheiden, welche Faktoren hier den grössten Einfluss haben. Statistisch fällt es auf, dass, wie C.-E. QUENSEL es ausdrückt, »die Zunahme der dreissiger Jahre kein Ausdruck einer erwünschten Fruchtbarkeit in der Ehe, sondern nur eine Folge der erhöhten Ehefrequenz und der in Zusammenhang damit stehenden grösseren Anzahl jüngerer Ehen war«. ¹²⁾ In Norwegen und Dänemark dagegen sind es die zweiten und dritten Geburten, die am meisten zunehmen. ¹³⁾

Eine Ursache der Nativitätszunahme in Schweden ist weiterhin das niedrigere Heiratsalter, wodurch natürlich die Dauer der fruchtbaren Periode der Ehen entsprechend steigt. Um eine Übersicht über die Wirkung der verschiedenen Faktoren auf die Zunahme der Nativität zu geben, geben wir eine Aufstellung von H. HYRENIUS ¹⁴⁾ für die Jahre 1933—41:

¹²⁾ C. E. QUENSEL: Nativiteten under efterkrigstiden.

¹³⁾ In Norwegen nahmen 1936—45 die 1. Geburten 22 0/0, die 2. 41 0/0 die 3. 31 0/0, die 4. 14 0/0 zu. In Dänemark waren die entsprechenden Zahlen 20, 34, 32, und 24 0/0.

¹⁴⁾ H. HYRENIUS: De senaste årens nativitetsuppgång.

	0/00
Totale Bevölkerung	+ 3.0
Altersverteilung	+ 2.5
Zivilstandsverteilung	+ 10.2
Verjüngung des Ehebestandes	+ 6.4
Eheliche Fruchtbarkeit	— 5.1
Aussereheliche Fruchtbar.	— 1.1

Auch diese Zahlen bestätigen die vorher angeführte Ansicht, dass die Zunahme der schwedischen Nativität hauptsächlich eine Folge der erhöhten Heiratsfrequenz und — fundamental — der Ueberrepräsentation der heiratsfähigen Altersklassen ist.

KAP. VI.

Die Bevölkerungsprognosen in Schweden und ihre Bedeutung.

Die Bevölkerungspolitik richtet sich nicht nur nach den aktuellen Verhältnissen, sondern auch nach den Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung, die man ja eben durch die bevölkerungspolitischen Massnahmen beeinflussen will. Die Bevölkerungskrise in Schweden von 1939 wurde ja nicht nur durch die niedrigen Geburtenzahlen dieser Zeit ausgelöst, sondern auch und vor allem durch die sehr pessimistischen Voraussagen, die eben zu dieser Zeit gemacht worden waren. Es verlohnt sich deshalb, diese sowie auch die neueren Bevölkerungsprognosen, die für die Bevölkerungspolitik bestimmend sind, etwas näher zu analysieren.

Die Bevölkerungsverhältnisse sind in erster Linie ein Produkt der früheren Bevölkerungsentwicklung eines Volkes oder eines Gebietes, und wie wir im vorigen Kapitel zu zeigen versucht haben, gehört als ein wesentlicher Faktor zu dieser Entwicklung auch die öffentliche Meinung in der Bevölkerungsfrage mit hinzu, die sich in jedem Moment mit der physisch-ökonomischen Kausalität der Bevölkerungsfrage verstrickt. In jedem Moment sind die Zukunftsvorstellungen eines Volkes und seiner politischen Leitung mitbestimmend für diese Zukunft selbst. So haben wir dargelegt, dass das treibende Moment der schwedischen »Krise in der Bevölkerungsfrage« gleichmässig in den finsternen Zukunftsaussichten wie in der tatsächlicher Lage lag, denn wie schlecht die demographischen Verhältnisse in den Jahren 1933—35 auch waren, kamen sie damals noch nicht deutlich zum Vorschein, da die Bevölkerung augenscheinlich noch — wenn auch wenig — zunahm. Die Unruhe

wegen der Zukunft breitete sich erst von den allerengsten Kreisen der Fachleute über die Politiker durch die Presse auf ein ziemlich breites Publikum aus.¹⁾

Die Prognosen der dreissiger Jahre waren besonders pessimistisch. Aus welchen Gründen, ist schon erwähnt worden: man stellte sich vor, dass sich die fallende Tendenz der Nativität in der gleichen Weise auf unbestimmte Zeit fortsetzen würde. Mehrere Statistiker leisteten durch äusserst pessimistische Prognosen dieser Auffassung Vorschub, wie die bereits zitierte von Prof. Linders²⁾ illustriert. Diese Prognosen waren weitgehend

¹⁾ Wie die Vorstellungen, d.h. hier die Kollektivvorstellungen, die tatsächliche bestehende Gesellschaft in ihrer physischen Wirklichkeit, ihren Sachbeständen beeinflussen, konstituiert einen zentralen Problemkomplex der Soziologie, mit dem selbstverständlich alle Fragen der öffentlichen Meinung, der Attitüde etc. innig verstrickt sind. Die Lösungsversuche waren bisher weitgehend schulmässig gebunden und konnten daher für die Behandlung der Probleme der Bildung der öffentlichen Meinung und des Einflusses der öffentlichen Meinung auf die Einstellung und Handlungsbereitschaft der Einzelnen in ihrer Privatsphäre keine einheitliche wissenschaftliche Terminologie liefern.

Dass die Fruchtbarkeit und das Gebären von Kindern in erster Linie rein persönliche, tief in der Triebstruktur des Menschen wurzelnde Phänomene sind, scheint offenbar zu sein. Fortpflanzung und Sexualleben sind hinter der äusseren Form der Ehe in ganz Europa, besonders aber in den protestantischen Ländern, minimal institutionalisiert. Wir empfinden es daher als einen Fehler, die Untersuchung nicht gleichzeitig von der tiefenpsychologischen wie von der soziologischen Seite her anzufangen, um den Punkt annähernd bestimmen zu können, wo der Einfluss der öffentlichen Meinung in dem psychologischen Spannungsfeld der Familie statistisch feststellbar wird. Diesen Fehler hat unsere Untersuchung allerdings mit sozusagen sämtlichen anderen Untersuchungen auf diesem Gebiet gemeinsam.

Jedenfalls muss man hier in Erinnerung behalten, dass die Attitüden in Bez. auf die Vermehrung und die Bevölkerungsfrage keineswegs einheitlich sind. Die TiefEinstellung ist restlos bedingt durch die Grundstruktur des Charakters und die teilweise unbewussten Wertvorstellungen und Handlungsmuster des Kindheitsmilieus; die, welche wir hier untersuchen, sind die im gewöhnlichen Sinne dem Einfluss der öffentlichen Meinung unterworfenen sozialen Handlungsbereitschaften.

²⁾ F. J. Linders op. cit. Dazu Linders: Bilaga ang. beräknat antal barn i folkskolan under åren 1931—55. Die Zahl der Kinder, geboren 1936—40, wird hier auf 72.000 berechnet, 1941—45 60.000, 1946—50 50.000—58.000, 1951—55 47.000—53.000. Ähnlich Quensel.

Vgl. auch die Zukunftsprognosen in »Betänkande med vissa demogr. utredningar».

Die beklemmend pessimistischen Ergebnisse der Berechnungen dieser Zeit stehen teils in Zusammenhang mit den benützten statistischen Methoden, teils mit mangelnder Einsicht in die soziologischen Verhältnisse, welche die Bevölkerungsentwicklung bestimmen. Man hat die Entwicklung als endgültig angesehen, auch die Einwirkung der ökonomischen Krise nicht in den Berechnungsvoraussetzungen abgrenzen können. Zweifelsohne war die Nativität damals im Sinken begriffen und ist es wohl in beschränktem Masse noch immer, aber neue Untersuchungen, die auf Nettoreproduktionszahlen abgeschlossener Generationen basiert sind, haben gezeigt, dass die Reproduktionszahlen der Generationen relativ stabil sind. Siehe Woofter, Completed Generations Reproduction Rates,

Schuld an der Panikstimmung in der Bevölkerungsfrage. Als dann die Geburtenzahlen wieder etwas stiegen, brachten die Zeitungen diese Neuigkeiten, die inzwischen Nachrichtenwert bekommen hatten, auf der ersten Seite. Und für eine kurze Zeit glaubte man dann ziemlich allgemein, dass alle Gefahren überstanden seien, bis die Fachleute wieder mit düsteren Prognosen aufwarteten, usw. Dies erklärt die oft vollständig unberechtigten Schwankungen zwischen Optimismus und Pessimismus in der Presse über die Bevölkerungsfrage in den dreissiger Jahren, während die tatsächlichen Lageveränderungen doch viel langsamer kamen. Die Zeitungen hatten in den Krisenjahren 1933 — 35 öfters sehr pessimistische Rubriken, aber als die Geburtenzahl später stieg, wurde die Stimmung übertrieben optimistisch. Überschriften wie »Grösste Zahl von Geburten seit 15 Jahren« u.ä. waren dann häufig.

Die eigentlichen Bevölkerungsprognosen bedeuten eine Verlängerung der heutigen Bevölkerungsverhältnisse, nicht aber unbedingt der heutigen demographischen *Tendenzen*. Der Ausgangspunkt ist also die heute lebende Bevölkerung und ihre Verteilung auf Altersgruppen, Geschlechter und Zivilstände. Primär ist es das Schicksal der heute lebenden Bevölkerung, ihre Heiraten und Geburten, ihr Altern und Sterben, das die Grösse und Zusammensetzung der zukünftigen Bevölkerung bestimmt. Die neuen Generationen, die jedes Jahr hinzukommen und ihr von verschiedenen Faktoren bestimmter Lebenslauf werden allmählich von Bedeutung für die Bevölkerung. Eine Bevölkerungsprognose ist also in gewissem Sinne nichts als eine Extrapolation der Bevölkerungsentwicklung, vorgenommen unter gewissen bestimmten Annahmen über die Bevölkerungsfaktoren. Eine Prognose ist regelmässig zuverlässiger für die Richtung der Entwicklung als für die kurzfristigen Veränderungen, und ihr Sicherheitsgrad nimmt natürlich ab mit der Länge der Zeitdauer, für welche sie gelten soll. Die Prognose hat neben ihrem Wert als Voraussage noch einen anderen wissenschaftlichen Wert: Sie zeigt die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen demographischen Faktoren und die Wirkungen dieser Zusammenhänge. Der

der auf Grund seiner amerikanischen Zahlen zu dem Schluss einer unerwarteten Stabilität der Nettoreproduktionszahlen der nach 1915 in die Maturität eingetretenen Frauen kommt und daraus schliesst, dass der eigentliche Rückgang der Fertilität schon vor 1910 begonnen habe. »An outstanding characteristic of the generation rates is their relative stability« (S. 135). Weiter: »If predictions as to future fertility had been based on the calendar years gross reproduction rate of 105 in 1935 the outlook would have been very gloomy.« (S. 143.) Das war in Schweden der Fall. Es fragt sich aber, warum man in Schweden nicht von der an Kalenderjahre gebundenen Berechnungsweise loskommen konnte, da bestimmt die technischen Voraussetzungen dafür gegeben waren. War es wegen der gedrückten Stimmung während der Krise?

Wert der Prognose als Zukunftsvoraussage ist direkt abhängig von der Übereinstimmung der Entwicklung der Veränderungsfaktoren mit den Annahmen, die der Prognose zu Grunde gelegt worden sind, wogegen der wissenschaftliche Wert nicht von der Richtigkeit der Prognose beschränkt wird. Der praktische Fehler der obenerwähnten schwedischen Prognosen bestand darin, dass sie den Schwerpunkt auf das variabelste Moment der Bevölkerungsentwicklung, die Nativität, legten, dessen Veränderungsfaktoren mangels soziologischer Untersuchungen des Nativitätsproblems nicht genau schätzbar waren.

Für unsere Zwecke sind sowohl die praktischen Gesichtspunkte der Prognosen nach ihrer Uebereinstimmung mit der tatsächlichen Entwicklung, wie auch ihr rein wissenschaftlicher Wert nur sekundär von Interesse; für uns bleibt ihre meinungsbildende Fähigkeit ausschlaggebend. Es gehört zu der Aufgabe bei einer Untersuchung der Bevölkerungsprognosen, die Grundannahmen einer Analyse nach ökonomischen, soziologischen und sozialpsychologischen Gesichtspunkten zu unterwerfen; und zu diesen Annahmen sollte man allenfalls auch die Vorstellungen der politisch massgebenden Kreise, der Regierung und Behörden von der Zukunft des Volkes rechnen, also mitunter die Rückspiegelung der Prognosen selbst. Diese schwer fassbare soziologische Bedeutung der Prognosen wird natürlich in Krisenzeiten besonders aktuell. Eben weil (pessimistische) Zukunftsvorstellungen immer einen integrierenden Teil einer Krise ausmachen, werden wir auch die Prognosen in ihrer Eigenschaft als Meinungsfaktoren studieren müssen.

Betrachten wir zuerst die einzelnen Annahmen, von denen die Voraussagen ausgehen. Manche dieser Annahmen besitzen einen sehr hohen Grad von Wahrscheinlichkeit, so besonders die, welche die Sterblichkeit betreffen. Die Sterblichkeit der ersten Lebensjahre und die Säuglingssterblichkeit haben sich in den letzten Jahren nur unbedeutend geändert. Auf Grund dessen ist es möglich gewesen, die Grösse der zukünftigen arbeitsfähigen Bevölkerung mit ziemlicher Exaktheit etwa zwei Dezennien in voraus zu errechnen. Eine solche Voraussage betrifft ja ausschliesslich Personen, die schon in der heutigen Bevölkerung enthalten sind und deren Zahl also von den Fluktuationen der Nativität unabhängig sind. Solche Voraussagen über die zukünftige Grösse der Bevölkerung des Landes, eines Landesteils oder einer bestimmten Gruppe werden in ihrer Zuverlässigkeit durch die innere und äussere Migration beeinträchtigt, so dass man als Soziologe geradezu vermuten kann, dass sich die politische Berücksichtigung solcher Prognosen auf die Länge migrationsfeindlich und damit auch hemmend auf die soziale Mobilität auswirken wird.

Ausserordentlich bedeutungsvoll waren die Prognosen, welche der Bevölkerungskommission (teilweise auch den Büchern von G. und A. MYRDAL)

als Grundlage dienen.³⁾ Da besonders die sehr gründlichen Prognosen von S. WICKSELL die Auffassung von der Bevölkerungsfrage beeinflusst haben, müssen wir sie hier kurz berühren. Obwohl die Prognosen WickSELLs ziemlich optimistisch sind, jedenfalls optimistischer als die gleichzeitigen von Edin, Linders und Quensel, so finden wir doch bei WICKSELL die These, dass in jedem Falle die absolute Grösse der Bevölkerung abnehmen wird.⁴⁾

Um seine Prognosen nicht an ein einziges System von Annahmen zu binden, stellte WICKSELL 4 Serien von Annahmen auf. Jedenfalls nahm er an, dass die Ein- und Auswanderung keine grosse Rolle mehr spielen werde. Die Emigration ist in der Tat kein Problem mehr; schon 1930 wurde sie von der Immigration übertroffen. Der Immigration selbst misst aber WICKSELL auch keine sonderliche Bedeutung zu. Doch ist sie für Schweden nicht ohne Konsequenzen geblieben. WICKSELL aber nahm als einzige Quelle der Immigration, die in Betracht kommen konnte, die Rückwanderung aus den Vereinigten Staaten an. Zu dieser — die schon wieder ausgesetzt hat — sind aber in Form von Flüchtlingen vom Kontinent und von den Nachbarländern während des Krieges und zum Ursprungsland zurückkehrenden Schweden aus Finnland neuerdings noch andere Immigrationsquellen getreten. Ein beträchtlicher Teil — sogar die meisten — der Einwanderer, steht dazu im reproduktionsfähigen Alter.

Auch die Annahme WICKSELLS, dass die Sterblichkeit sich auf dem Niveau von 1933 stabilisieren werde, scheint heute pessimistisch. In der Tat ist das mittlere Alter der Bevölkerung in der Zwischenzeit beträchtlich gestiegen. Grundlegend für alle vier Hypothesen ist, dass die Zahl der Personen im reproduktionsfähigen Alter — wie wir aus der heutigen Bevölkerung leicht errechnen können — jedenfalls sinken wird. Z.B. wird es 1960 nur 193.200 Frauen im Alter von 25—30 Jahren geben gegen 268.600 in Jahre 1940.

Die erste Hypothese WICKSELLS nimmt an, dass die Fruchtbarkeit für alle Frauen weiter sinken werde. Nach dieser Hypothese würde die Geburtenzahl 1985 — das letzte Jahr der Prognose — 6,4, die absolute Zahl der Geburten 29.400 betragen. Das Bevölkerungsmaximum wäre also 1940 erreicht, die Bevölkerung würde 1960 knapp 6, 1985 etwas über 4 Millionen zählen. Die zweite Hypothese sieht eine stabile Fruchtbarkeit (gerechnet per 1.000 Frauen im Alter von 15—45) auf dem Niveau von 1933 und eine stabile Ehefrequenz auf dem Niveau von 1901—10 voraus. Das Ergebnis: das Bevölkerungsmaximum mit etwa 6.4 Millionen würde 1950 erreicht sein;

³⁾ In erster Linie S. WICKSELL, in *Bet. m. vissa dem, utredningar etc.*

⁴⁾ Die Prognosen WICKSELLS werden in A. MYRDAL, »*Nation and Family*» ausführlich behandelt.

1985 würde die Bevölkerung 5.4 Millionen, die Geburtenzahl 10.5 oder 57.900 Geburten zählen. Bei der dritten Hypothese wurden die selben Annahmen gemacht wie bei der vorigen Hypothese, mit dem Unterschied aber, dass mit einer um 25 % gesteigerten Ehefrequenz gerechnet wurde. Die Ergebnisse waren ungefähr die gleichen. Nach der günstigen vierten Hypothese, die mit einer konstanten ehelichen Fruchtbarkeit — dagegen einer sinkenden ausserehelichen Fruchtbarkeit — und einer von dem Niveau von 1901 — 10 um 50 % gesteigerten Ehefrequenz rechnet, wird der Höhepunkt der Bevölkerung erst 1955 mit 6.6 Millionen (also weniger als jetzt!) erreicht und sinkt dann bis 1985 unter den 6-Millionenstrich mit einer Geburtenzahl von 12.2. Die erste Hypothese würde eine Netto-reproduktionszahl von weniger als 530 voraussetzen, was so viel bedeuten würde, dass die schwedische Bevölkerung in jeder Generation um die Hälfte dezimiert würde, und auch die letzte und günstigste Hypothese würde nur einer Netto-reproduktionszahl von 820 entsprechen.

Wie wir sehen, sind die drei ersten Hypothesen offenbar zu pessimistisch, aber auch die Vierte, die auf Annahmen aufgebaut ist, welche den wirklichen Verhältnissen ziemlich genau entsprechen dürften, ja als sie gemacht wurden, sogar zu optimistisch waren, ist schliesslich von den wirklichen Verhältnissen weit übertroffen worden, indem schon 1946 das in der Hypothese für 1955 vorausgesagte Maximum von 6.6 Millionen erreicht wurde und die Nativität sich durchwegs günstiger entwickelt hat. Man kann die günstige Entwicklung u.a. mit der konjunkturbedingten Ehehauss und mit der Immigration erklären, aber man muss wohl auch den bevölkerungspolitischen Massnahmen Kredit geben — Massnahmen, die nie so rasch und gründlich vorgenommen worden wären, wenn nicht sämtliche Prognosen so schlecht gewesen wären.

Mindestens ebenso wichtig wie die Prognosen der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung sind die Prognosen der Altersverteilung gewesen (die z.T. gleichzeitig Prognosen der Berufs- und regionalen Verteilung gewesen sind). Auf die Konsequenzen der veränderten Altersverteilung hat besonders G. MYRDAL aufmerksam gemacht, der sich immerhin auf ältere Prognosen gestützt hat. Die zuverlässigsten Prognosen auf diesem Gebiet stammen von S. WAHLUND, der gezeigt hat, dass die Abnahme der arbeitsfähigen Altersklassen schon für die Jahrgänge im Alter von 10 — 30 im Gang ist.⁵⁾ Die Zahl der 20—35-jährigen wird von 1940 bis 1950 um 160.000 abnehmen und von 1950 bis 60 um 220.000 —, für eine Bevölkerung von kaum 7 Mill. eine recht beträchtliche Abnahme. Die folgende Tabelle illustriert die Entwicklung:

⁵⁾ WAHLUND: Medan patienten väntar.

Altersklasse	1940	1950	1960	1970	1980
0—10 Jahre	854.400				
11—20	966.800	840.300			
21—30	1193.500	943.700	820.600		
31—40	1042.700	1151.800	915.800	796.700	
41—50	858.300	1000.500	1008.900	872.200	764.500
51—60	687.700	795.000	926.500	933.600	811.700
61—70	500.700	522.400	673.400	783.300	788.600
71—80	281.000	325.900	378.600	438.000	509.300

Wenn wir dagegen die gesamte Bevölkerung im Pensionsalter — zu der ja noch alle die, welche vorzeitig in den Ruhestand getreten sind, und die Invaliden hinzukommen — zeigen wollen, bekommen wir folgende Tabelle:

1940	599.000
1945	640.000
1950	686.000
1955	740.000
1960	795.000
1965	857.000
1970	924.000
1975	995.000
1980	1038.000
1985	1051.000

Aus der ersten Tabelle können wir herauslesen, dass die ganze arbeitsfähige Bevölkerung noch 1950—60 etwas zunehmen wird, weil die hinzukommenden Jahrgänge immer noch grösser sind als die abscheidenden, aber diese kleine Zunahme betrifft nur die höheren Altersklassen, wogegen die jüngere Arbeitskraft stetig spärlicher wird. Die Altersklassen über 65 Jahre werden dagegen schon von 1940 bis 1950 um 87.000 Personen zunehmen und um 109.000 bis 1960, wonach die Zunahme in noch rascherem Tempo fortfahren wird. Daraus folgt, dass in Zukunft immer mehr unproduktive Personen auf die produktive Bevölkerung entfallen werden. In den nächsten Dezennien steht zu erwarten, dass auf ungefähr jeden dritten oder vierten Arbeitenden eine Person von über 65 Jahren kommen wird. Für 1985 ist die Zahl der Leute über 65 auf 1.051.000 berechnet worden. Wenn man dazu noch die Kinder rechnet — und das Land muss mehr Kinder haben als in den letzten Dezennien, um eine Umkehr in der demographischen Entwicklung erwarten zu dürfen — wird die Hälfte der Bevölkerung unproduktiv sein. Dies wird besonders die grösseren Städte treffen. Die Prognosen der Altersverteilung zeigen deutlich, dass Schweden vergreist werden wird.

Die Vergreisung wird viele Folgen haben. Am einsichtigsten ist die, welche die grosse unproduktive Bevölkerung ohne jeden Zweifel verursachen

wird. Die Altersverschiebung der Bevölkerung wird natürlich auch eine Veränderung der Konsumgewohnheiten des Volkes bewirken, die man aber bedauerlicherweise noch sehr wenig kennt. Soziale Hilfe und Krankenpflege werden mehr in Anspruch genommen werden als früher. Ebenso werden natürlich alle anderen Dienste und Produktionszweige, die überwiegend für eine ältere Kundschaft arbeiten, mit einem grösseren Volumen rechnen können, umgekehrt aber diejenigen, die für die jugendlichen Altersklassen wirken, an Bedeutung absolut und relativ abnehmen. Sie werden sich, wenn der Staat nicht regulativ eingreift, sogar einschränken oder sich umstellen müssen. Diese Erwägungen werden schon jetzt für die wohnungswirtschaftliche Planung in Schweden verwendet, welche die veränderte Altersstruktur der Bevölkerung berücksichtigt und für neue Projekte benützt. Auch in gewissen anderen Branchen fängt man an, diese Probleme zu berücksichtigen, so z.B. für die Lebensmittelversorgung; der Lebensmittelkonsum der Alten ist kleiner als der der jugendlichen und mittleren Jahrgänge. Für den Lebensmittelkonsum kann man sich ziemlich gut an die für die kleineren Kinder geltende 2/3-Regel halten. Hier werden also die Kosten sinken. Wie erwähnt, werden dagegen die sozialen Pflegekosten stark steigen, auch werden die Unterstützungsformen mehr solche sein, wie sie höherem Alter angepasst sind. Am wichtigsten bleibt jedenfalls der Ausfall an Produktion, oder richtiger das veränderte Verhältnis von Produktion und Konsum pro caput; dieses Verhältnis, rechnet man ⁶⁾, wird schon 1960 um 10 % ungünstiger sein als heute. Wenn keine Rationalisierung den Produktionswert der Werktätigen kompensierend erhöht, wird also der Lebensstandard gleichfalls um 10 % sinken.

Die Expansion des Wirtschaftsleben wird natürlich mit einer stagnierenden, alternden Bevölkerung ebenfalls aufhören. Eine besondere ökonomische Gefahr, die in der schwedischen Wohnungsproduktion etwas zu früh antizipiert worden ist und durch zu vorsichtige Planung Wohnungsnot verursacht hat, liegt darin, dass jede Fehlinvestierung zur Katastrophe zu werden droht. Wenn die Bevölkerung aufhört zu wachsen, wächst das expansierende Wirtschaftsleben nicht mehr in eine Fehlinvestierung hinein, wogegen eine wachsende und expansive Bevölkerung mit ihrem wachsenden Bedarf auch einen zu gross ausgebauten Wirtschaftszweig einholt und saniert. Diese automatische Lösung einer Krise fällt bei einer stabilen Bevölkerung weg, weshalb von sozialistischer Seite betont worden ist, dass das Wirtschaftsleben immer weniger auf den regulierenden Eingriff des Staates verzichten kann. Man weist u.a. darauf hin, dass sich die ganze Expansion der liberalen Wirtschaft in Europa gleichzeitig mit dem grössten Zuwachs der Bevölkerung entfaltet hat. Jedenfalls muss der

⁶⁾ WAHLUND: Skogsbrukets arbetskraftsproblem.

Rückgang der Investierung mit oder ohne Planung auf das Wirtschaftsleben hemmend wirken.

Auch die Konsequenzen des Alterns und Abnehmens der Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt werden tiefgreifend sein. Man hat zwar geglaubt, dass damit mindestens die Arbeitslosigkeit verschwinden wird. Aber auch das ist ein Wunschtraum. Die Arbeitslosigkeit wird zwar immer am kleinsten sein, wenn die wirtschaftliche und demographische Struktur der Gesellschaft möglichst stabil ist; aber sie wird nicht mit Bestimmtheit kleiner, nur weil die Bevölkerung älter wird — oder nur weil sie kleiner wird —, obwohl eine solche Altersverteilung, wie man sie für Schweden erwartet, ein Regulativ für die Arbeitslosigkeit bedeuten kann. Nämlich dann, wenn man eben die höheren Altersklassen dazu benützt, den Konjunkturschwankungen die Spitze abzurechen, indem man sie in schlechten Zeiten zunehmend aus dem Wirtschaftsleben in den Ruhestand überführt, um sie bei Hochkonjunktur länger im Betrieb zu halten — eventuell unter Zuhilfenahme von Halbtagsanstellungen, ein System, das schon von mehreren schwedischen Industrien praktiziert wird. Wie schon im ersten Kapitel erwähnt wurde, sind die Experten heute davon überzeugt, dass eine schrumpfende Bevölkerung keineswegs eine kleinere relative Arbeitslosigkeit oder Krisenfestigkeit bedeuten muss; desgleichen auch nicht die Vergreisung der Bevölkerung. Diese bedeutet dagegen etwas anderes, nämlich eine Verlagerung der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsmöglichkeiten. Die Jugendarbeitslosigkeit, welche in Schweden während der grossen Wirtschaftskrise 1933 — 35 vorherrschend war, wird verschwinden. In der Tat verschwindet sie schon jetzt. Durch die Unterrepräsentation der jüngeren Altersklassen ist ein Mangel in den besonderen Jugendberufen schon seit mehreren Jahren eingetreten und hat zu verhältnismässig sehr hohen Löhnen für Lehrlinge, Laufburschen usw. geführt. Auch fehlt in vielen Berufen der Nachwuchs. Die Tendenz ist für die Jungen, immer leichter hereinzukommen, für die Ältern, immer leichter ausgeschaltet zu werden und immer schwerer zu avancieren, da die älteren Jahrgänge schon zu reichlich vertreten sind.

Die zunehmende Vergreisung wird schliesslich die ganze Mentalität des Volkes verändern und die öffentliche Meinung beeinflussen. Die psychischen Eigenschaften alter Leute werden in zunehmendem Masse das öffentliche Leben prägen: ein vorsichtiger, misstrauischer Konservatismus wird sich ohne Zweifel über alle Klassen und Parteien und innerhalb aller Gruppen verbreiten. Der etwas misstrauische, nörglerische und rechthaberische Zug, den man jetzt — wohl meistens in polemischer Absicht — dem schwedischen Beamtentum nachsagt, wird sich dann erst recht verbreiten. Der Optimismus und der starke Reformwille, die jetzt in dem öffentlichen Leben Schwedens sowohl wie im Wirtschaftsleben vorherr-

schen, werden anderen Einstellungen Platz machen. Eine stagnierende und überalterte Bevölkerung wird meistens beherrscht von Pessimismus und Selbstgenugtuung. Sie hat darin auch nicht objektiv unrecht, denn es wird für Reformen und neue Initiativen wenig Raum geben und sie werden meistens von Anfang an zum Misslingen verurteilt sein.

Die Aussichten der Altersentwicklung des schwedischen Volkes haben sich in den letzten Jahren wenig verändert, so wie auch die Einstellung zu der in Zukunft veränderten Bevölkerungsstruktur gleich geblieben ist. Man befindet sich ja auch hier, was das statistische Ausgangsmaterial betrifft, auf einem bedeutend sichereren Boden als bei den zahlenmässigen Voraussagen der Geburtlichkeit. Die niedrige Sterblichkeit allein würde genügen, um eine Überalterung der Bevölkerung zu bewirken. Die Geburtenzahl bleibt zwar auch niedrig — aber die Nettoreproduktionszahl steigt. Und die Nettoreproduktionszahl ist ja eine Art Zukunftsprognose, auf eine Vergleichszahl zusammengepresst. Die Wohnungs- und Familienpolitik Schwedens ist darauf eingestellt, dass die Altersverteilung sich verändere und die Familienzahl zunehme, wie auch immer die Grösse der Bevölkerung sich gestalten wird. ⁷⁾

Die quantitativen Prognosen dagegen haben sehr gewechselt. Es erstaunt festzustellen, dass man nach den früheren, überwiegend pessimistischen Prognosen wieder mit Vertrauen in die Zukunft sieht. Es hat sich geradezu eine Umkehr zum Optimismus vollzogen, zu der sich neuerdings auch die ersten Experten bekennen. Die Nativität ist ja in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen, und man könnte annehmen, dass die neuen Familienschutz- und -unterstützungsmassnahmen wirksam genug sind, um sie auf ihrem heutigen Niveau zu halten, wenn nicht sogar zu erhöhen. Die Frage ist natürlich heikel, da die Nativität von allen Faktoren der Bevölkerungsentwicklung die grösste Inkonstanz aufgewiesen hat und die grösste Fehlerquelle aller Bevölkerungsprognosen ist. Man geht vielleicht nicht fehl, wenn man — ohne damit den realen, objektiven Hintergrund und die Berechtigung neuer Prognosen zu bezweifeln — auch hier wieder

7) ALF JOHANSSON: De demografiska betingelserna för bostadsmarknadens och bostadsstandardens utveckling. Bostadssociala utredningen, Bil. 4.

»Es ist deutlich, dass die Wohndichte in dominierendem Grad, vielleicht ganz, damit zusammenhängt, dass das Verhältnis zwischen der Zahl der Familien und der Totalbevölkerung stark verschoben worden ist.« S. 139. Die Untersuchung stellt dazu fest, dass die Wohnungsproduktion mit dem Zuwachs der Bevölkerung, aber nicht mit dem Zuwachs der Zahl der Familien Schritt gehalten hat.

Hier wird also die sinkende Familiengrösse als eine Primärursache der Wohnungsnot betrachtet, was in einem gewissen Widerspruch zu der Auffassung A. MYRDALS steht, dass die kleinen Wohnungen teilweise Schuld an der Geburtenbeschränkung sind. Wahrscheinlich besteht tatsächlich eine Wechselwirkung.

eine Wechselwirkung zwischen der Meinungslage und der Zukunfterwartung erblickt. In der Krisenzeit, während der wirtschaftlichen Depression mit grosser Arbeitslosigkeit und sinkenden Geburtenziffern, projizierte man die Tagestendenzen unter dem Einfluss der Depressionstimmung unbeschränkt in die Zukunft hinein und konnte diese nicht schwarz genug sehen: in der Tat prophezeiten die Experten ziemlich einig den baldigen Ruin des Landes. Die heutigen Prognosen sehen schon bedeutend besser aus. Es ist also nicht nur das kurzsichtige »grosse Publikum«, das schwankt. Die Statistiker tun es auch.

Nehmen wir als Exponenten der neuesten Prognosen z.B. die von S. WAHLUND⁸⁾, die auch den Vorteil hat, die Unterteilungen auf Landesteile, Klassen etc. zu berücksichtigen. Die Nativität sollte nach diesem Autor ungefähr auf dem Niveau der vierziger Jahre bleiben; die grösseren Jahrgänge, die jetzt folgen, sollten der Nation allmählich eine normale Altersstruktur verleihen. Die sehr niedrige Nativität der dreissiger Jahre würde als eine Einschnürung der Bevölkerungspyramide noch statistisch sichtbar bleiben, eine Einschnürung, die sich durch die zu kleine Elterngeneration wieder in vermindertem Masse eine Generation später wiederholen werde. Aber das Wichtige ist, dass das graphische Bild der Bevölkerung eine Pyramide darstellen und nicht die ominöse, sog. Urnenform annehmen wird, d.h. dass die älteren Jahrgänge nicht grösser als die Jüngeren sein werden. Die Nativität werde relativ klein bleiben, besonders die relative Geburtenzahl (auf 1.000 der Gesamtbevölkerung gerechnet) wird auf Grund des hohen mittleren Alters klein sein, aber immer noch genügend, um eine langlebige Bevölkerung zu erhalten. Für 1960 sagt Wahlund eine Bevölkerung von 7.170.000 voraus, für 1980 7.640.000, jedenfalls erheblich mehr als das von WICKSELL 10 Jahre früher für den günstigsten Fall errechnete Maximum. WAHLUND hat auch die gute Idee und den Mut, für die Zwischenjahre mit ihrem Mangel an Jugend und ihren zu kleinen heranwachsenden Jahrgängen eine erweiterte Immigration vorzuschlagen, damit der für die heutigen Bevölkerungsverhältnisse zu grosse wirtschaftliche Apparat Schwedens im Gang gehalten und ausgebaut wird für die Zeit, wenn er für die Versorgung eines grösseren Volkshaushalts mit einer relativ grösseren Zahl von Kindern wie von Alten bereit stehen muss. Auf dieses Ziel scheint sich seit den letzten Jahren die schwedische Sozialpolitik auf lange Zeit hin zu richten. Die Bevölkerungspolitik steht hier weniger denn je isoliert, sie beginnt zu einer zwar bislang noch vorsichtig tastenden Gesellschaftsplanung auf lange Sicht ausgebaut zu werden.

Von den neuesten Prognosen gilt es, dass sie, da sie mit grosser Sorgfalt und Berücksichtigung der soziologischen Verhältnisse aufgestellt sind, aller Wahrscheinlichkeit nach stimmen werden, solange die heutige positive Einstellung zu Familie und Kindern anhält und die bevölkerungs-

⁸⁾ WAHLUND; Skogsbrukets achetskraftsproblem.

politischen Massnahmen sich als wirksam erweisen. Sonst werden sie wahrscheinlich den weniger günstigen der dreissiger Jahre teilweise weichen müssen.

KAP. VII.

Die öffentliche Meinung in der Bevölkerungsfrage.

Die öffentliche Meinung ist in einem demokratischen Staate für die soziale Entwicklung ebenso wichtig — oder wichtiger — als die offiziellen politischen Strömungen, wie sie sich in Verordnungen, Erlassen und administrativen Massnahmen äussern. Wir haben deshalb in dem historischen Überblick über die Entwicklung der Bevölkerungsfrage in Schweden versucht, soweit als möglich die öffentliche Meinung in der Bevölkerungsfrage — auch die Meinung breiterer Bevölkerungsschichten — zu berücksichtigen, und werden jetzt versuchen, eine ähnliche Parallele zu den bevölkerungspolitischen Massnahmen zu geben.

Unter der öffentlichen Meinung verstehen wir hier die Volksmeinung, entsprechend dem soziologischen Meinungsbegriff, nicht aber, wie in nicht-soziologischen Zusammenhängen häufig geschieht, die Meinung der Presse. Die öffentliche Meinung, »public opinion«, ist die Meinung, welche Leute über bestimmte Fragen im alltäglichen Gespräch oder auf Befragung äussern. Wir möchten hier nicht auf die Theorien der öffentlichen Meinung näher eingehen.¹⁾ Es genügt uns festzustellen, dass die öffentliche Meinung, wie sie durch Enqueten ermittelt wird, für unsere Zwecke gültig ist und die Volksmeinung repräsentiert. Es muss nur vorausgeschickt werden, dass es nicht immer selbstverständlich ist, dass diese öffentliche Meinung einheitlich ist, weil sie die Meinung der Majorität ist. Die Ansicht der Majorität kann immer in Untergruppen aufgespalten werden. Sie gilt nur für eine bestimmte Frage in einer bestimmten Formulierung und kann bedeutende Minoritätenansichten in sich als deren Mittelwert enthalten. Es vertritt natürlich die Majoritätsmeinung, wie jede öffentliche Meinung, eine öffentliche oder halböffentliche Stellungnahme und keine innerste Einstellung. Diese gehört überhaupt nicht in die Meinungsforschung, sondern in die Psychologie. Die Kritik der Meinungsforschung, die auf die Diskrepanz zwischen der vorgetragenen Ansicht der Interviewantwort und der inneren Einstellung Bezug nimmt, ist somit gegenstandslos. Auf die Gründe der Fortpflanzung und der Familienbildung, die ihre Wurzeln in den Tiefen des Trieblebens haben, können wir leider hier nicht eingehen; unsere Untersuchung erstreckt sich nur auf Ansichten, die auf einem durchaus sozialisierten Niveau liegen, den Spielraum und

¹⁾ Über die Benützung von Enqueten zur Ermittlung der öffentlichen Meinung und den Gebrauch dieser Methode in der Soziologie siehe z.B. JEAN STÖTZEL: *Theories des Opinions*, Paris 1943.

die Regulative der Instinktfaktoren betreffen und selbst als solche soziale Regulative wirken. Zwar ist es durch eine verfeinerte Befragungstechnik möglich, die Interviews so durchzuführen, dass wir weit mehr als nur eine Ansicht, vielmehr eine Tiefeneinstellung aus dem Befragten heraus-holen. Aber das, was aus den Tiefen-Interviews über die gesuchte Stellungnahme hervorgeht, fällt eben darum in so viele individuelle Haltungen auseinander, dass wir die Ergebnisse aus diesen — wie aus anderen technischen Gründen — nicht erfolgreich statistisch verwerten können.

Das schwedische Meinungsforschungsinstitut (Svenska Gallupinstitutet) hat mehrere landesumfassende Enqueten vorgenommen, um die öffentliche Meinung über die Bevölkerungspolitik und die sozialen Attitüden gegenüber der Familienbildung zu untersuchen. Die affektive Einstellung ist gemäss den gestellten Aufgaben unbeachtet gelassen, und die Fragen sind rein sachlich gefasst. Die erste Enquete, vom August 1942, enthält folgende Fragen: Finden Sie weitere Steuererleichterungen für Familien mit Kindern erforderlich? (Wenn ja:) Sind Sie der Ansicht, dass solche Steuererleichterungen durch die Einführung einer besonderen, sog. Jungesellensteuer, ermöglicht werden sollten? (Wenn ja:) Sind Sie der Ansicht, dass diese Steuer nicht nur von unverheirateten, sondern auch von verheirateten kinderlosen Personen getragen werden sollte? Eine Enquete in Dezember 1942 umfasste folgende Fragen: Welches, finden Sie, ist der Grund, weshalb die Kinderzahl im 20. Jahrhundert gesunken ist? Wissen Sie, wie viele Kinder pro Ehe notwendig sind, damit die Bevölkerungszahl nicht abnimmt? Wie gross soll nach ihrer Ansicht die Wohnung sein, die eine Familie von 2 Erwachsenen und 3 Kindern mindestens braucht? Und im Februar 1943: Wenn der Staat für jedes Kind einen Beitrag von 20 Kr. monatlich zahlen würde, würden Sie dann mehr Kinder haben wollen, als Sie sich sonst gedacht haben? Schliesslich folgte in Juli 1947 eine für mehrere Länder gemeinsame Enquete: Welches ist die ideale Kinderzahl in einer Familie? ²⁾

Die wichtigste dieser Enqueten ist die von Dezember 1943. Sie stösst am weitesten zu den Hauptproblemen vor und lehnt sich in der Form stark an die Fragestellungen der Bevölkerungskommission von 1935 an. Die erste Frage dieser Enquete sucht festzustellen, wie weit das Publikum über die Bevölkerungsfrage orientiert ist und dazu Stellung genommen hat. Die Frage war ja seit 1935 in der Presse so ausgiebig behandelt worden — mit oder ohne aufklärerische oder propagandistische Färbung — dass man annehmen konnte, dass mindestens die Zeitungsleser darüber

²⁾ Die Enqueten des Schwedischen Gallup-Instituts werden laufend von einer Reihe darauf abonnierter Zeitungen, u.a. Dagens Nyheter in Stockholm, publiziert. Da aber die Untersuchungen des Instituts von der Presse redaktionell bearbeitet und einzelne Fragen mangels Interesse weggelassen werden, haben wir hier durchwegs die von dem Schwedischen Gallup-Institut freundlichst zu Verfügung gestellten, ungedruckten, vollständigen Originalberichte der Enqueten als Quelle benützt.

eine Meinung haben sollten. Diese Frage ist aber nicht nur beschränkt auf den Kreis von Zeitungslesern. Allen älteren Leuten müsste es aufgefallen sein, wie die Kinderzahl in den Ehen mit der Zeit gesunken ist, und sie müssen oft genug Gelegenheit zu Reflexionen darüber gehabt haben, wie man durch Gespräche mit älteren Leuten auf dem Lande sich leicht überzeugen kann. Da das Zeitungslesen in Schweden auch auf dem Lande ausserordentlich allgemein ist, konnte man annehmen, dass sich die meisten Leute, mindestens die Männer, schon auf diesem Wege irgendeine, wenn auch noch so vage Ansicht über die Ursachen des Geburtenrückgangs gebildet hatten. Die Frage zielt natürlich erstens dahin, eine Meinung, gleichgültig welche, über den Geburtenrückgang zu ermitteln, zweitens aber auch dahin, eigene Erfahrungen der Befragten, besonders der Verheirateten, ans Licht zu bringen. Zwischen diesen beiden Einstellungen wird aber nicht unterschieden, obwohl andere Befragungen ähnlicher Art, ja sogar dieselbe Frage bei einer anderen Enquete, den Beweis erbracht haben, dass hier etwas verschieden geantwortet wird, je nachdem die Antwort allgemein oder persönlich aufgefasst wird.

Dieser Unterschied erscheint jetzt nicht in der Tabelle:

Sämtliche Befragte	Total	Städte	Land	Bes- serg.	Mittel- st.	Arbei- ter
Unwillen, den Standard zu senken	16	19	14	26	19	12
Erwerbsarbeit der Frau	5	8	3	13	4	5
Enge Wohnungsverhältn.	3	5	2	4	3	4
Unwillen gegen Kinder	2	2	2	3	3	2
Abneigung der Frau geg. die Arbeit, die Mühe u. die Gefahren, die mit Kindern verbunden sind	8	5	10	12	10	6
Rücksichten auf eigene Zukunft	9	10	8	3	6	13
Rücksichten auf die Zukunft der Kinder ..	13	10	15	6	11	14
Abtreibung und div. Urs.	3	3	3	5	4	2
Ohne Meinung, weiss nicht	41	38	43	28	40	42
	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Verheiratete	Männer	Frauen	Kinder- lose	1—2 Kinder	3 Kinder o. mehr
Unwillen, den Standard herabzusetzen	18	14	17	16	15
Erwerbsarbeit der Frau	4	5	6	5	3
Enge Wohnungsverhältn.	4	4	2	4	3
Abneig. gegen Kinder	2	3	3	2	3
Abneigung der Frau geg. die Arbeit, die Mühe, Gefahren, die Kinder bringen .. verbunden sind	9	9	5	9	11
Rücksichten auf die eig. Zukunft	10	9	10	10	9
Rücksichten auf die Zukunft der Kinder ..	12	14	12	15	12
Abtreibung, div. and. Urs.	3	1	2	2	3
Ohne Meinung, weiss nicht	38	41	43	37	41
	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Was uns hier sofort auffällt, ist die relativ sehr grosse Zahl der — trotz aller Aufklärungstätigkeit — Unsicheren, die mit »ich weiss nicht« antworten. Bevor wir das Ergebnis analysieren, empfiehlt es sich daher, die Antworttabelle der zweiten Frage dieser Enquete, »wissen Sie, wieviele Kinder pro Ehe erwünscht sind, damit die Bevölkerung des Landes nicht sinken soll?« hinzuzufügen, da diese Frage eine reine Kontrollfrage auf den Stand der Aufklärung des Publikums in der Bevölkerungsfrage darstellt und uns daher erlaubt, eine Grenze zwischen Unkenntnis und Meinungslosigkeit zu ziehen. Eine Stellungnahme oder Ansicht wird ja bei dieser Frage nicht verlangt; sie soll lediglich den Stand der Aufklärung in Bezug auf dieses für das ganze Volk so wichtige Problem übermitteln. Die Antworten verteilen sich wie folgt:

	Total	Bessergest.	Mittelst.	Arbeiter
2 Kinder	4	1	3	5
3 »	25	29	26	23
4 »	31	43	32	30
5 » o. mehr	8	9	9	7
»Weiss nicht«	32	18	30	35
	100 %	100 %	100 %	100 %

Das Ergebnis ist unklar, ein grosser Teil der Befragten antwortet korrekt: 4 Kinder; aber total bleibt doch die Gruppe der Unsicheren die Grösste — obwohl nur um 1 % grösser als die Vorige. In Anbetracht der intensiven Aufklärungstätigkeit und der Zeitungsdiskussion der dreissiger Jahre ist das Resultat immerhin nicht so gut, wie man es gewünscht hätte. Alle, die regelmässig Zeitungen lesen, sollten von der Minimalzahl der Kinder pro Familie gehört haben. (Eine Durchsicht der schwedischen Presse, um die Aktualität der Bevölkerungsfrage während des Jahres 1943 festzustellen, ergab, dass nicht nur die grösseren Zeitungen sondern auch fast alle die kleinen Provinzblätter in jenem Jahre mehrere Artikel über die Bevölkerungsfrage gebracht hatten.) Dazu wurde in Radiovorträgen, bei Arbeiterversammlungen, bürgerlichen Anlässen aller Art nicht versäumt, diese »Minimalzahl« zu erwähnen, und sie wurde nicht selten als bürgerliche Pflichtforderung hingestellt.

Ganz unbefriedigend ist das Ergebnis aber auch nicht, denn fast 60 % der Befragten antworten 3 oder 4. Da diese vielbesprochene »Minimalzahl« ursprünglich 3.7 war, man aber in der Praxis keine halbe oder zehntel-Kinder haben kann, antworteten die meisten Leute logisch, die Zahl nach oben abrundend, vier; andere aber rundeten die Zahl nach unten ab und antworteten 3, was auch nicht ganz unrichtig ist, besonders seitdem dank der höheren Ehefrequenz und der niedrigeren Sterblichkeit die errechnete Minimalzahl sich im steten Sinken gegen 3 befindet. Manche raten natür-

lich, was als Fehlerquelle in Betracht kommen muss. Die Arbeiterklasse hat den grössten Prozentsatz »weiss nicht«; dieses wiederholt sich bei der ersten Frage.

Damit kommen wir wieder auf die ersten Enquetefrage zurück. Die Gruppe der Antworten »weiss nicht« und »ohne Meinung« umfasst hier über 40 % der Befragten, bei der Landbevölkerung sogar 43, bei den Arbeitern 42 %. Die Gruppe der Unentschiedenen ist zu gross, als dass wir sie nicht als Fehlerquelle in Betracht ziehen müssten. In ihr können sich sehr verschiedene Meinungen verbergen. Immerhin entspricht die Zahl derer, die eine Meinung geäussert haben, recht gut der Zahl der informierten Beantworter der zweiten Frage: annähernd 60 %. Wir können also immerhin hinter den gegebenen spezifizierten Antworten eine begründete Meinung vermuten. Sie repräsentieren mit grösster Wahrscheinlichkeit wirklich die öffentliche Meinung, und die 41 % der Unsicheren (38 % unter den Verheirateten) umfassen allem Anschein nach wirklich überwiegend die Meinungslosen. Wir können also die Zahlen als schlüssig betrachten und sie als vollwertige Basis für unsere Analyse benützen.

Der erste Grund, warum nicht mehr Kinder erwünscht werden, liegt in dem Unwillen, den Lebensstandard herabzusetzen. Dies ist an sich nicht verwunderlich, da dies Motiv in der Literatur schon derart hervorgehoben wurde, dass man mit Recht den Verdacht hegen kann, ob dieses Moment nicht durch das Schrifttum, mindestens durch Presse und Radiopolemik besonders bewusst gemacht worden ist. Man hätte eher mehr als weniger wie 16 % für diese Ansicht vermutet. Diese Meinung wird jedenfalls durch offiziöse Anerkennung sozusagen moralisch legitimiert, und sie könnte auch aus diesem Grund zu oberst an der Liste stehen. Es ist nämlich zu bemerken, dass im Gegensatz zu vielen anderen Ländern in Schweden weder die Bevölkerungskommission, die führenden Autoren auf diesem Gebiet, noch die Vorkämpfer einer höheren Nativität bereit gewesen sind, etwas von dem erhöhten Lebensstandard, den man mitunter auch durch die Beschränkung der Kinderzahl geniesst, aufzugeben. Die Analyse der Enqueten zeigt überhaupt, wie sehr die öffentliche Meinung in der Bevölkerungsfrage von der Pressediskussion beeinflusst worden ist. Die Meinungsbildung läuft durchaus parallel mit den von den Politikern und Volkswirtschaftlern gezogenen Linien. Der Eindruck wird zwar durch die Fragestellungen verstärkt, die natürlich nach der Polemik gerichtet sind. Das Gallupinstitut hat hier nicht selbständig gearbeitet. Es ist schade, dass kein Versuch unternommen wurde, die persönlichen Ansichten und Stellungnahmen ausserhalb der Tagesaktualität zu erfassen, um auch etwas von den tieferliegenden Motiven zu erfahren, soweit es die Methode erlaubt. Auch gewisse Verdeutlichungen wären hier am Platz. Man mag z. B. unter dem ersten Moment vieles mitverstanden haben, was gar nicht

dazu gehört, wie Bequemlichkeitsrücksichten usw., die — als weniger honett — nicht so gern eingestanden werden.

Es fällt auf, dass von den Bessergestellten 26 %, während von der ökonomischen Mittelschicht nur 19 % und von den Arbeitern nur 12 % den Grund in den Befürchtungen um den Lebensstandard sehen. Diese Ziffern geben am ehesten den Kritikern der offiziellen, auf eine Erhöhung des Lebensstandards hinauslaufenden Bevölkerungspolitik recht, die darauf hinweisen, dass schon immer, oder mindestens in den meisten bekannten Fällen, eine Erhöhung des Lebensstandards mit einem Sinken der Nativität einhergegangen sei. Die Antworten unter dieser Rubrik hängen eng mit denen unter der Rubrik »Abneigung der Frau gegen die Arbeit, die Mühe und die Gefahren, welche die Kindern bringen«, zusammen, und man könnte sich vorstellen, dass sich viele Minderbemittelte, bei denen ja diese »Arbeit und Mühe« besonders belastend sind und im Sinne einer Standardherabsetzung wirken, sich realistisch für dieses Motiv entschieden hätten. Aber die Zahlen widerlegen eine solche Vermutung. Auch hier gehen die Bessergestellten voran; die Arbeiterbevölkerung schreckt offenbar nicht vor den Mühen und Schwierigkeiten zurück; dagegen scheint die Landbevölkerung dieses Motiv hervorzuheben (10 % gegen 5 % in den Städten). Die oft recht primitiven hygienischen Verhältnisse auf dem Lande, die die Pflege von Kleinkindern erschweren, mögen zu diesem Ergebnis beigetragen haben; wahrscheinlich spielt es auch eine Rolle, dass die Kinderreichen auf dem Lande viel reichlicher vertreten sind. Unter den Verheirateten mit 3 Kindern oder mehr sprechen sich nämlich 11 % für dieses Motiv aus. Die Erfahrung spricht! Dass diese Erfahrung, von der die Kinderreichen selbst so gut unterrichtet sind, auch bei anderen noch öfters vorliegt, ist eigentlich bemerkenswerter als die Stellungnahme selbst. Die Kinderreichen scheinen auch nicht sehr an das Motiv des Unwillens, den Standard zu senken, zu glauben. Die Stellungnahme der Kinderlosen, der 1-bis-2-Kinder-Familien und der Kinderreichen ist die gleiche; es besteht sogar eine Neigung zu einer fallenden Serie.

Die Hervorhebung der Angst um das Niveau der Lebenshaltung als ein Leitmotiv der Kinderbeschränkung, welche in der ganzen Debatte und in den Untersuchungen über die Bevölkerungsfrage in Schweden im Vordergrund stand, hat vielleicht — ausser natürlich politischen Rücksichten — einen wichtigen Grund darin gehabt, dass die Beamten und Akademiker, die sich am meisten in der Debatte engagiert hatten, selbst zu der Schicht gehören, die in der Gallupuntersuchung als »Bessergestellte« figuriert. Es ist auch in dieser Gruppe, dass »Erwerbsarbeit der Frau« mit 13 % als Motiv an zweiter Stelle kommt. Die doppelverdienenden Familien des oberen Mittelstandes werden durch viele Kinder ökonomisch relativ mehr

beeinträchtigt als die Arbeiter. Auch spielen hier die mit dem Lebensstandard eng verknüpften Prestigerücksichten eine wichtige Rolle.

Die »Abneigung der Frau gegen die Arbeit, die Mühe und die Gefahren, die die Kinder verursachen«, ist sehr wahrscheinlich in der Antworttabelle unterrepräsentiert, weil ja in der Sozialpsychologie der Satz von der Bewusstseinsdominanz der ethisch und kulturell höherstehenden Motive gilt, und dieses Motiv nicht als moralisch genug empfunden wird. Ist es doch eben Aufgabe der Frau, die Sorge um die Kinder zu haben! Wir denken, dass einige präsumptive Antworten dieser Rubrik unter »weiss nicht« geschlüpft sind.

Zu diesem Motiv noch eine kurze Bemerkung: Dass es doppelt so oft auf dem Lande wie in den Städten angeführt wird, ist, wie oben erwähnt wurde, wahrscheinlich auf die häufigen Schwierigkeiten der Kleinkinderpflege auf dem Lande zurückzuführen, die im Gegensatz zu der Erhaltung älterer Kinder im Vergleich zu der Stadt dort ungünstig ist. Ein beachtlicher Fingerzeig für die Theoretiker, deren Ausführungen die grössere Nativität auf dem Lande hauptsächlich auf die geringere Mühe zurückführen, welche das Erhalten und Erziehen der Kinder dort verursachen soll.

Die zweitwichtigste Ursache der Kinderbeschränkung, die angegeben wird, ist Sorge um die Zukunft der Kinder. Diese Antwort ist in den Städten, wie erwartet, weniger häufig als auf dem Lande, wo bekanntlich im allgemeinen nur ein Kind — ausnahmsweise zwei — auf dem Heimwesen bleiben können und die anderen ihr Auskommen anderswo, meistens in der Stadt suchen müssen. Alle Beobachter scheinen sich darüber einig zu sein, dass auf dem flachen Lande in Schweden unter der jüngeren und aufgeweckteren Bevölkerung, besonders den selbständigen Bauern (der Majorität) eine zunehmende Tendenz zum Zweikindersystem (und zum Einkindersystem) besteht. Unter der Landbevölkerung, wie unter den Arbeitern, kommt die Antwort »Sorge um die Zukunft der Kinder« an erster Stelle. Wir dürfen allerdings die moralische Zugkraft dieser Antwort nicht vergessen. Antworten von einem hohen ethischen Niveau werden bei Enqueten immer etwas häufiger als andere gegeben. Die 14 %, die diese Antwort bei den Arbeitern erzielt hat, wiegen deshalb bestimmt nicht schwerer als die 13 % »Rücksichten auf eigene Zukunft«. Diese Antwort wird am häufigsten eben bei den Arbeitern gegeben. Darin, nehmen wir an, kommt die Beeinträchtigung, die die Arbeiter mehr als andere Bevölkerungsschichten durch eine grosse Familie verspüren, zum Ausdruck. In Zeiten von Arbeitslosigkeit, bei Stellenwechsel usw. sind die Kinder für den Arbeiter besonders belastend. Die Bevölkerungsfrage wird wahrscheinlich immer mehr zu einer Arbeiterfrage, und man hat in diesem Sinne — ganz abgesehen von politischer Stellungnahme — recht getan, wenn man bei der

Durchführung der Stützmassnahmen für Kinder und Familie besonders die Verhältnisse der Arbeiter berücksichtigt hat. Andererseits muss hervorgehoben werden, dass die Vorstellung der Beeinträchtigung durch die Kinder bei vielen Vertretern der Arbeiterklasse als eine Reminiszenz der Propaganda vom Anfang des Jahrhunderts noch überakzentuiert ist — in der Tat erschwert eine Familie mit mehreren Kindern die Anstellungsaussichten eines durchschnittlichen Arbeiters heute nicht — im Gegenteil! Aber sie hemmt natürlich doch die Beweglichkeit.

Auf die Rubrik »Erwerbsarbeit der Frau« werden wir noch in anderem Zusammenhang zurückkommen; dass diese Antwort besonders von den Bessergestellten gegeben wird, wurde bereits erwähnt. Es sei hier nur darauf hingewiesen, dass die Antwort viel öfter in den Städten gegeben wird — 8 % — als auf dem Land — 3 % —, wo die Frau mindestens so viel arbeitet wie in der Stadt, aber zuhause.

Die letzte Rubrik »Abtreibung und div. Ursachen« ist zahlenmässig zu klein und umschliesst zu verschiedenartige Antworten, um weitgehend analysiert werden zu können. Man merkt hier nur einen logischen Fehler der Untersuchung: Abtreibung ist ein Mittel der Geburtenverhütung, das Desperateste, das man aus irgendeinem Grund benützt, kein Motiv der Geburtenkontrolle. (Es sollte vielmehr untersucht werden, warum und in welchen Fällen Leute zu diesem letzten, nicht ungefährlichen und inkriminierten Ausweg Zuflucht nehmen.)

Die Enquete vom Dezember 1942 enthielt noch eine dritte Frage, welche das Bevölkerungsproblem betrifft: »Eine wie grosse Wohnung finden Sie, dass eine Familie von 2 Erwachsenen und 3 Kindern mindestens braucht?« Man hatte die Wohnungsnot und den angeblich relativ niedrigen Wohnungsstandard in Schweden (nicht ohne politische Nebenabsichten) für den Geburtenrückgang verantwortlich gemacht. Um diesen Tatbestand zu beleuchten, wurde die Frage der Enquete ziemlich unnötigerweise zugefügt, denn, wie wir bald sehen werden, besagt sie ausserordentlich wenig. Der Untersuchung ist hier ein technischer Fehler unterlaufen. Die Gallup-Untersuchungen werden für die Presse gemacht, müssen daher aktuell oder von allgemeinem Interesse sein und lehnen ihre Fragestellungen der Pressediskussion an. Soziologische Rücksichten kommen wenig in Betracht. So hat man hier nicht die verschiedenen Wohnungstypen in den Städten und auf dem Lande oder in den verschiedenen Landesteilen berücksichtigt. Durch die Bitte um einige aufklärende Angaben und eine Begründung der Meinung — was allerdings die Enquete statistisch komplizierter und kostspieliger gemacht hätte — hätte man hier eine soziologisch wertvolle Untersuchung über die Meinungslage in der Wohnungsfrage erzielen können. Stattdessen wird hier unerlaubt simplifiziert. Auf dem Lande hat man nicht eine Wohnung, sondern ein Haus. Es gibt auch grosse regionale Verschieden-

heiten; man spricht auch seltener von Küche und Zimmern als von Stube und Kammern, was nicht dasselbe ist. Die »Stube«, Küche, Wohnstube und Speisezimmer zusammen, ist oft sehr gross, die Kammern sind oft sehr klein; dazu gibt es meistens Dachkammern für den Sommergebrauch. Kurz, die Frage impliziert eine Standardisierung, die es in dem an sich sehr standardisierten Schweden noch nicht gibt; dazu ist sie psychologisch unrichtig gestellt, und zwar aus demselben Grund wie die Frage: »wie viel Geld brauchen Sie?« unrichtig gestellt ist. Jeder wird mehr antworten als er hat — und womit er also auskommt. Trotz dieser Kritik wollen wir hier doch die Antworttabelle wiedergeben:

	Total	Stadt	Land	Besser- gest.	Mittel- stand	Arbei- ter	Unverhei- ratete	Verh.	Verh. m 3 Kinder
1 Z & Küche	1	1	1	1	1	2	1	1	2
2 Z & Küche	61	56	65	36	55	68	57	63	70
3 Z & Küche	34	38	31	51	39	28	37	32	26
4 Z & Küche	4	5	3	12	5	2	4	4	2
	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Man hat die Wohnungsfrage wiederholt als eine Spitzenfrage der Bevölkerungsfrage hingestellt. In dieser Enquete kommt es nicht zum Vorschein. Schon die erste Frage räumt als dritte Rubrik die Antwort »enge Wohnungsverhältnisse« ein — 3 %. Sogar in den Grosstädten, wo seit einem Jahrzehnt die Wohnungsnot aktuell ist und wirklich oft die Ehen hinausschiebt, bleibt sie in der Auffassung des Publikums unbedeutend. Diese Einstellung scheint ungefähr der Auffassung zu entsprechen, dass man, wenn man schon einmal eine Wohnung besitzt, Kinder immer »irgendwo« unterbringen kann. Die bescheidenen Ansprüche der 3-Kinder-Familien bestätigen diese Ansicht. Auf dem Lande ist man trotz dem in der Frage liegenden Anreiz, mehr zu beanspruchen, offenbar mit der verbreiteten Wohnungsform von Stube-Küche und zwei Kammern zufrieden.

Das schwedische Gallup-Institut machte im August 1942 eine Untersuchung über die Ansichten betr. die sog. Junggesellensteuer, eine Steuerform, die ursprünglich den Zweck hatte, Familien mit Kindern von den hohen Abgaben an den Fiskus zu entlasten. Das Ergebnis war ziemlich eindeutig; anders war es auch nicht zu erwarten. Presse und Regierungspropaganda hatten die Kommissionsvorschläge »populär« gemacht — so populär wie etwa neue Steuervorschläge werden können.

Man hatte vom Standpunkt der Bevölkerungsfrage argumentiert, dass in der modernen, industrialisierten Gesellschaft mit ihrer konsequent durchgeführten Geldwirtschaft die relativen Kosten für die Kinder grösser werden als früher, dass folglich der relative Unterschied im Lebensstandard zwischen Familien mit Kindern und Unverheirateten resp.

Kinderlosen auch grösser wird und berechtigterweise auf dem Steuerwege kompensiert werden sollte; ein Ausweg, der sich fast spontan ergibt, wenn man bedenkt, dass die zahlreichen sozialen Massnahmen für die Kinder, die die Kosten für die Kinder für den Einzelnen zwar herabsetzen, schliesslich doch auf dem Steuerzettel verrechnet werden. Das Publikum, oder sagen wir das Volk, hat eine solche indirekte Partizipation der Unverheirateten und Kinderlosen an den Kosten für die Kinder richtig gefunden. In anderen Ländern ist die selbe Frage diskutiert und in einigen Fällen durch sog. Familienausgleichskassen (Frankreich, Belgien, Schweiz) gelöst worden. Diese Alternative wurde, wohl aus politischen Gründen, in Schweden nie ernsthaft diskutiert; das Publikum ist damit nicht vertraut gewesen, weshalb die Enquete nur eine Stellungnahme für ein Prinzip, nicht für eine Methode zeigt. Die Ergebnisse:

Finden sie noch (zusätzliche) Steuererleichterungen für Kinderfamilien erforderlich?			
	Total %	Verh. %	Unverh. %
ja	70	61	73
nein	14	18	13
weiss nicht	16	21	14

(Wenn ja) Finden Sie, dass solche Steuererleichterungen durch eine besondere Junggesellensteuer ermöglicht werden sollen?

	Total %	Verh. %		Unverh. %	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen
ja	45	49	46	28	49
nein	37	36	29	63	32
weiss nicht	18	15	25	9	19

(Wenn ja) Sind Sie der Meinung, dass diese Steuer nicht nur Unverheiratete, sondern auch verheiratete Kinderlose betreffen sollte?

	Total %	Verh. %		Unverh. %	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen
ja	84	86	82	88	84
nein	8	8	8	6	8
weiss nicht	8	6	10	6	8

Das sind Zahlen, aus denen zur Klärung der Einstellung in der Bevölkerungsfrage eigentlich nichts Weiteres herauszuholen ist.

Kurz nach der Enquete über die Junggesellensteuer folgte im Februar 1943 im Zusammenhang mit derselben Kampagne der »Bevölkerungsuntersuchung von Jahre 1941« eine Enquete über die Einstellung zur Einführung

von Kinderbeiträgen. Sie beschränkt sich auf eine einzige Frage: »Wenn der Staat für jedes Kind einen Beitrag von 20 Kr. monatlich zahlen würde, würden Sie dann mehr Kinder haben (wollen), als Sie sich sonst gedacht haben?« Sie wurde einer kommerziellen Enquete zugefügt und nur an Ehepaare, bei denen die Frauen unter 45 Jahre alt waren, gestellt. Man merkt hier wieder die psychologische Unbeholfenheit, mit der zu dieser Zeit die Enqueten durchgeführt wurden. Wo die Frage ernst genommen wird — viele finden sie lächerlich — muss sie entweder als Suggestivfrage wirken — schon ihrer Natur nach, nicht nur wegen der Formulierung, oder aber mit Affekt abgelehnt werden. Dieses ist auch der Fall gewesen. Eine Konsultation der Notizen der Enqueteure zeigt, dass sich eine grosse Zahl der Befragten in sehr gefühlvollen Wendungen ausgedrückt hat. Der Charakter der Suggestivfrage wird auch von der Enquete bestätigt, u.a. durch die positivere Beantwortung in den Städten, ein Zug, der allen Suggestivfragen, abgesehen von Inhalt, gemeinsam ist. Die Städter waren immer suggestibler als die Landbevölkerung; deshalb antworten sie auch hier 20% ja, obwohl 20 Kr. nur einen Tagesverdienst eines Facharbeiters ausmachen, während auf dem Lande, wo bekanntlich Bargeld immer besonders willkommen ist, nur 7 % ja antworten.

Die Presse war im allgemeinen — und ist noch heute — ziemlich einig gegen die Kinderbeiträge eingestellt; der Vorschlag war aber zu dieser Zeit noch kaum diskutiert worden, sodass das Publikum in dieser Frage noch wenig beeinflusst war. Die lebhafteste Diskussion fing erst nach dieser Enquete an. Auch die Experten waren ganz überwiegend gegen Kinderbeiträge, so z.B. A. und G. MYRDAL; aber dass ihre Stellungnahme schon die Meinungen im Volk ernsthaft beeinflusst hätte, ist zu bezweifeln. Die relativ kleine Zahl der »weiss nicht« ist hier das Resultat einer spontanen Stellungnahme, die bei dieser Frage leicht erfolgt. Die Antworten:

	%							
	Total	Städte	Land	Männer	Frauen	Bes. sit.	Mst.	Arbeiter
ja	12	20	7	11	13	5	10	14
nein	68	65	70	68	68	85	72	64
weiss n.	20	15	23	21	19	10	18	22

Die Enquete ist in der Form, in der ihre Ergebnisse vorliegen, kaum weiterhin analysierbar, aber sie lässt doch eine Reihe von Kommentaren zu. Erstens was das Verhältnis Stadt-Land betrifft: auffallenderweise sind die Arbeiter als Gesamtgruppe weniger positiv eingestellt als die Städter (14 gegen 20 % ja). Das zeigt, dass die Arbeiter auf dem Lande stark negativ gewesen sein müssen und es sich also nicht, wie man später angedeutet hat, hauptsächlich um eine Klassenfrage handelt, obwohl natürlich die Arbeiter positiver zu dem Vorschlag stehen als andere Gruppen. (Die

Kinderbeiträge wurden von linksstehenden Politikern befürwortet.) Das flache Land zeigt im allgemeinen in allen Bevölkerungsschichten eine konservativere Grundhaltung als die Städte. Man müsste diese Tendenz von der verschieden starken Wirkung des Suggestivfaktors unterscheiden können, was leider nicht möglich ist, da das Material zu grob ist, um eine verfeinerte Analyse zu erlauben. Unter anderem wäre es nötig, die Ergebnisse der in demographischer Hinsicht auch auf dem Land städtisch gearteten Mälargaue separat zu verrechnen, um den eventuellen Einfluss der Sozialstruktur zu erfassen.

Die Veröffentlichung der Enquete veranlasste seinerzeit eine lebhaft Polemik in der Presse. ALVA MYRDAL behandelte die Enquete in einem kritischen Artikel in *Afton-Tidningen*.³⁾ Sie fand das Ergebnis wenig anregend. Auf Grund der Kinderbeiträge würde man kaum mehr Kinder bekommen. Die Enquete bestätigte leider diese Vermutung. Ein sicherer Gewinn wären nur die wenigen Leute, die erklärt hatten, keine Kinder haben zu wollen, aber bereit waren, sich durch einen Erziehungsbeitrag umstimmen zu lassen — im ganzen etwa 3 %. Und der Nachwuchs, den man in diesem Falle bekommen würde, wäre wahrscheinlich vom eugenischen Standpunkt nicht der wünschenswerteste, obwohl bei dem sehr niedrigen Stand der schwedischen Nativität alles willkommen sein sollte. Die Reflexion ist richtig, nur macht die Verfasserin den Fehler, die Erklärungen der Befragten ohne weiteres ernst zu nehmen. Von der positiven Enqueteantwort bis zum Kind ist ein langer Weg, und es ist sehr wahrscheinlich, dass es bei den positiv Eingestellten sich eben um die Suggestiblen handelte. Die Attitüde, wie sie in der Enquete zum Ausdruck kommt, bedeutet höchstens eine Handlungsbereitschaft.

War die Einstellung in dem Artikel von ALVA MYRDAL kritisch, so waren die Kommentare in der übrigen, besonders der bürgerlichen Presse durchwegs ablehnend. Auch die an die Blätter gerichteten Meinungsäußerungen des Publikums waren sehr scharf. Sie bieten ein sehr instruktives Material und decken sich gut mit dem, was in den Aussagen der Befragten vorkommt. Die Ablehnung ist spontaner, prononzierter und heftiger, als es sonst bei den Gallup-Antworten im allgemeinen der Fall ist. Man empört sich über das »Kaufen von Kindern«, über die Staatseinnischung. »Der Staat kann keine Kinder kaufen« heisst es einmal; »es ist grauenhaft, durch Prämierung Kinder zu schaffen«, sagt ein Befragter; »Ich bin kein Zuchtstier« ein Anderer. Man nannte den Vorschlag »Kaninchenzucht«. Viele meinen, dass sie lieber »selbst für die Kinder sorgen«, usw.⁴⁾

Offenbar hatten die Kinderbeiträge 1943 die Meinung gegen sich, und sie hatten eine schlechte Presse. Fünf Jahre später wurden sie doch einge-

³⁾ *Afton Tidningen*, 2. 5. 1943.

⁴⁾ Angaben der Befragter im ungedruckten Bericht des Gallup-Instituts,

führt, und man verspürte keine nennenswerte Opposition — allerdings auch keine merkliche Begeisterung. Die Presse war noch immer etwas kritisch, aber im Grunde, wenn man die Bedeutung der Massnahme bedenkt, recht uninteressiert. Was war geschehen?

Es war eben nichts geschehen, ausser dass man keine grossen Erwartungen mehr an die Kinderbeiträge knüpfte. Auch die positive Kritik hatte eingesehen, »dass man nicht Kinder kaufen kann«, aber sie hielt doch die Kinderbeiträge für ein notwendiges und nützliches Glied in einer Reihe von Massnahmen, die dahin zielen, die Kosten und die Verantwortung für die Kinder immer mehr von dem Einzelnen auf den Staat überzuleiten. Eingebettet in das System der sozialistischen Sozialpolitik, wurden die Kinderbeiträge als direkte bevölkerungspolitische Massnahme gar nicht mehr in den Vordergrund gestellt. Ein unmittelbares Ansteigen der Nativität erwartete man nicht mehr davon.

Das schwedische Gallup-Institut hat noch eine Enquete über die Bevölkerungsfrage ausgearbeitet: das Institut führte am 31. 7. 1947 den schwedischen Teil einer internationalen Enquete über die ideale Kinderzahl aus. Die Frage lautete: »Welches ist die ideale Zahl der Kinder für eine Familie?« Im Durchschnitt lautete die Antwort 2.9 — also nicht genug für die Reproduktion der Bevölkerung. Die Antworten verteilten sich wie folgt:

	Total	Bessergst.	M. stand	Arbeiter
	$\frac{0}{0}$	$\frac{0}{0}$	$\frac{0}{0}$	$\frac{0}{0}$
1 Kind	3	1	2	4
2 Kinder	35	18	32	38
3 Kinder	29	38	31	27
4 Kinder	15	28	16	14
5 Kinder	3	8	3	2
6 o mehr Kinder	2	4	2	2
keine Ansicht	13	3	14	13
	100 $\frac{0}{0}$	100 $\frac{0}{0}$	100 $\frac{0}{0}$	100 $\frac{0}{0}$

Im Durchschnitt sind die, die keine Kinder wünschen nicht mitgerechnet

	$\frac{0}{0}$ der Befragten
kein K	2
	—
	1
	2

Es fallen hier erstens die Klassenunterschiede auf; dann, dass unter denen, die sich Kinder wünschen — und 2 $\frac{0}{0}$ wünschen sich keine — der Durchschnitt nur 2.9 ist. Dies ist wie oben erwähnt ungenügend. Das schlechte Resultat hängt offenbar von der Arbeiterklasse ab. So zeigt es sich immer wieder, dass die Bevölkerungsfrage in erster Linie eine Frage der Arbeiterklasse ist, oder, wie man es auch ausdrücken könnte, die Frage von der Erhaltung des schwedischen Arbeiterstammes durch Immigration oder Fortpflanzung. Es ist das verbreitetste Ideal der Arbeiter, zwei Kinder zu haben, nämlich 38 $\frac{0}{0}$. (Man hat in diesem Zusammenhang in Amerika die

Reklameindustrie angeklagt, die die »Idealfamilie« immer mit zwei Kindern darstellt. Nun, in der Tat haben die schlechtergestellten Arbeiter mehr Kinder, als sie sich wünschen, und die Bessergestellten weniger. Wird sich dieses Verhältnis ändern? ALVA MYRDAL behauptet es, was die Arbeiter betrifft, jedenfalls, und was die »Bessergestellten« betrifft, sind sie auf dem guten Wege, eine Klasse von Kinderreichen zu werden. Der Bevölkerungsteil, der am entschiedensten hinter seinen geäußerten Wünschen zurück bleibt, ist der Mittelstand; man vergleiche z.B. die Untersuchung von FRITZ CRONER ⁵⁾).

Wovon hängt die »Kinderfreudigkeit« der »Bessergestellten« ab? Von den besseren Möglichkeiten, für die Kinder aufzukommen? Kaum. Von einer konservativeren Lebenseinstellung? Ebenso wenig. Es dürfte eine Frage der ganzen soziologischen Struktur und des mehr entwickelten Familiensinns der Oberklasse sein. Die Enquete gibt darüber natürlich keinen Aufschluss. Das Ergebnis als solches ist aber von grossem Interesse und das Problem sollte weiter verfolgt werden. Man könnte sich auch fragen, welche Gründe die regionalen Unterschiede haben, die bei dieser Enquete hervortreten. Der Durchschnitt war für folgende Länder wie folgt:

Schweden	2.9
Frankreich	2.9
England	2.9
U.S.A	3.4
Holland	3.6
Canada	3.9
Australien	3.9

KAP. VIII.

Die schwedische Bevölkerungspolitik und die bevölkerungspolitischen Massnahmen der letzten Jahre.

Um den Geburtenrückgang zu beheben, waren sich alle verantwortlichen Kreise in Schweden — in der Administration, in der Presse und der Politik — über die Notwendigkeit einer positiven Bevölkerungspolitik einig. Sie bejahten die Massnahmen in grossen Zügen, wie sie von der Bevölkerungskommission vorgeschlagen wurden.

Bevölkerungspolitik ist Sozialpolitik. Sie ist sogar im extremen Fall eine Gesellschaftsplanung. Auf lange Sicht steigt die Bevölkerungspolitik jedenfalls aus dem blossen sozialpolitischen Rahmen heraus und setzt eine gewisse Planung voraus, und in Schweden hat man, zwar nicht ohne Zögern, diesen Weg bewusst eingeschlagen. Man hat versucht, die Gesellschaft so

⁵⁾ FRITZ CRONER, *De privatanställda*, S. 392.

umzugestalten, dass Kinder nicht mehr eine zu grosse Belastung für ihre Eltern darstellen.

Der Hauptweg, den man betreten hat, ist der der Sozialpolitik für die Kinder, d.h. Durchführung einer Reihe von Massnahmen für die Kinder selbst. Besonders anfänglich war dieser Weg dominierend. Durch direkte und indirekte Unterstützung der Kinder versuchte man, die Kosten für die Kinder kleiner zu machen und gewissermassen auf die Gesellschaft überzuwälzen statt die Familien mit Kindern mit Barbeträgen oder auf andere Weise zu unterstützen. Deshalb fliesst faktisch die Bevölkerungspolitik am Anfang derart mit anderen sozialen Hilfsmassnahmen zusammen, dass man in den aktuellen Massnahmen nur mit Schwierigkeit eigentlich bevölkerungspolitische und rein soziale Zielsetzungen unterscheiden kann. Wenn dieser Umstand vom Standpunkt der klassifikatorischen Klarheit den Überblick erschwert, so hat er dagegen die Durchführung des bevölkerungspolitischen Programms um so leichter gemacht, da man es stufenweise, anfänglich in Form von kleinen sozialpolitischen Reformen, die nicht zu kostspielig wurden, durchführen konnte. Dies war auch eine Notwendigkeit, da die Bevölkerungspolitik teilweise während des Krieges im Rahmen eines überlasteten Kriegsbudgets durchgeführt werden musste. Auf Grund dessen, dass jede einzelne Massnahme einen sozialpolitischen Eigenwert besass, hoffte man zudem für jeden Fall die nötige Majorität zu bekommen. Wenn wir hier die verschiedenen Massnahmen aufzählen, ist es deshalb unmöglich, immer ein definitives Datum der Durchführung anzugeben; die heutige Durchführungsform einer bestimmten Unterstützung kann aus mehr allgemeinen sozialen Hilfsmassnahmen im Laufe von fünfzehn Jahren allmählich herausgewachsen sein.

Die Diskussion über die Durchführung der Bevölkerungspolitik kann hier übersprungen werden, wie überhaupt die juristische und administrative Seite der Bevölkerungspolitik aus dem Rahmen dieser Untersuchung fällt.¹⁾

Von diesem Gesichtspunkt aus sind in der Debatte über die Ausführung und Leitung der Bevölkerungspolitik die einzelnen Erwägungen und Argumente ohne Interesse, dagegen sind die prinzipiellen Linien, die dabei befolgt wurden, von einer gewissen Bedeutung. Die in Schweden wie in vielen anderen Ländern zuerst versuchte Methode bestand darin, durch progressiv mit der Zahl der Kinder abgestufte Steuererleichterungen für Kinderfamilien die finanzielle Last der Kinder relativ zu erleichtern. Diese Politik wurde von den massgeblichen Fachleuten, den Regierungskreisen

¹⁾ Die Diskussion über die Durchführung der Bevölkerungspolitik ist typischerweise am besten in den Budgetdebatten im Reichstag zu verfolgen. Eine Übersicht über die Ausführung der bevölkerungspolitischen Massnahmen und ihre juristische Seite findet man in ERIK ALEXANDERSON und in KARL J. HÖJER: *Samhället och barnen*.

u.a. als zu passiv empfunden. Dem Einzelnen blieb dadurch die freie Verfügbarkeit über die Steuerersparnisse, die auf diese Weise vielleicht nicht immer den Kindern zugute kamen. Auch erleichterte es nicht das Gefühl der Verantwortung. Dazu war diese ganze Unterstützungsform für die niedrigsten Einkommenklassen, die ja die grösste Nativität hatten, gegenstandslos. Von 1948 an, als die allgemeinen Kinderbeiträge eingeführt wurden, wurden die Steuerabzüge für Kinder abgeschafft. Diese Massnahme hat verständlicherweise in der Einstellung zu der Bevölkerungspolitik einen gewissen Riss verursacht, da für weite Kreise der Wegfall der Steuerabzüge von einer kaum gewünschten Abwälzung eines Teils der Kosten und der Verantwortung für die Kinder auf den Staat nicht kompensiert werden konnte.²⁾

Die allgemeinen Kinderbeiträge und einige andere durchgreifende Massnahmen bilden von dem oben beschriebenen Entwicklungslauf der bevölkerungspolitischen Massnahmen Ausnahmen, indem sie erst nach dem Krieg, als die budgetären Verhältnisse besser wurden, durchgeführt werden konnten. Sie bedeuten auch sonst einen Bruch in der Kontinuität der Bevölkerungspolitik, da sie in der Form ihrer Ausführung nicht mehr das Produkt einer einheitlichen und sachlichen Expertise sind, sondern z.T. von parteipolitischen Gründen bestimmt wurden.

Wie schon erwähnt, ist die heutige praktische Bevölkerungspolitik aus der Arbeit der Kommissionen von 1935 und 1941 hervorgegangen.

Aus der Arbeit der »Bevölkerungskommission v.J. 1935« und der »Bevölkerungsuntersuchung v. J. 1941« ging schliesslich eine einheitliche Bevölkerungspolitik hervor, die weitgehend das Gepräge einer Gleichschaltung mit der Sozialpolitik der Regierung trug und zum Teil aus Massnahmen bestand, die noch vor dem Abschluss der Arbeit der Kommissionen getroffen wurden. »Eine Sozialpolitik, welche die Einkommenverschiedenheiten ausgleicht, und eine Bevölkerungspolitik, die die Versorgungslast für die Kinder ausgleicht, müssen koordiniert werden. Wenn man als das ordnende Prinzip in der modernen Gesellschaft die Familienbedürfnisse wählt, bedingt dies Plan, Konsequenz und Schaffen einer wirklichen Zukunftslinie für die Sozialpolitik, die doch überall angefangen hat.«³⁾

Was dieses Programm enthält, kommt schon in verschiedenen Schriften

²⁾ Man bemerkt in dieser familienpolitischen Einstellung praktisch nichts mehr von der älteren, religiös betonten Konzeption von der moralischen Aufgabe der Verantwortung für die Kinder. Die schwedische, sozialistisch betonte Bevölkerungspolitik geht von der Auffassung aus, dass es einem natürlichen Trieb entspricht, Kinder zu haben. Es liegt deshalb ohne Zweifel ein gewisser Widerspruch zu dieser Auffassung in den Bestrebungen, die Erziehung teilweise zu verstaatlichen, obwohl die Bildung einer »Staatsjugend« der schwedischen Bevölkerungspolitik nie als Ideal vorgeschwebt hat. Dies wird auch offenbar von den Sachverständigen eingesehen.

³⁾ ALVA MYRDAL: Folk och familj, S. 159.

und Gutachten der »Bevölkerungskommission v.J. 1935« zum Ausdruck.⁴⁾ Weiterhin wird es konzentriert von ALVA MYRDAL in »Folk och Familj«⁵⁾ zusammengefasst.

»Kostenfreie Entbindung, freie vorherige und Nachpflege für alle Mütter bei der Geburt von Kindern; kostenlose, schmerzenlindernde Behandlung; freie Reisen für Untersuchungen und Entbindung (auf dem Lande); Vergütung verlorenen Arbeitseinkommens; gewisse freie Haushaltshilfe; verbilligte Anschaffung von Ausrüstung für neue Kinder.

»Freie ärztliche Pflege, Krankenhauspflege, Gesundheitskontrolle und Erziehungsberatung für alle Kinder, auch Zahnpflege, Medikamente und Schutznahrungsmittel (Vitaminkost).

»Mietshilfe und Beiträge für andere Wohnungskosten im Verhältnis zu der Grösse der Familie, so dass konsequent die Kosten für die zusätzliche Wohnfläche, die die Kinder beanspruchen, von der Gesellschaft gedeckt werden, anstatt das private Budget zu belasten.

»Verminderung der Lebensmittelkosten der Kinder durch mindestens eine freie Schulmahlzeit für alle Kinder und Preisrabattierung gewisser Lebensmittel, wobei landwirtschaftspolitische Rücksichten zu nehmen sind, aber die Rabatte in erster Linie nach der Zahl der Kinder der dazu berechtigten Familien abgestuft werden sollen.

»Freie Schul- und Berufsausbildung für alle Kinder nach Begabung und Eignung; Abschaffen aller Gebühren an höheren Schulen, Universitäten, Berufsausbildungsanstalten; gratis Schulmaterial und Lehrbücher für alle Kinder; freie Schulreisen; Schulheime für Kinder vom Lande und Studienstipendien für fortgesetzte Studien von Schülern, die sich für ein höheres Studium eignen.

»Kostenloser Aufenthalt von Stadtkindern in Grosskinderkrippen für einige Stunden täglich; gesellschaftlich organisierte, aber nicht freie Feiertagspflege, wenn die Eltern Erwerbsarbeit haben. Soziale Haushilfe (Hausassistentinnen) gratis oder ermässigt im Verhältnis zu der Kinderzahl der Familie.

»Verminderung der Kosten für die Kleider der Kinder, ev. durch besonders kontrollierte Herstellung und verbilligte Preise oder vollständiges Subventionieren von gewissen teureren Kleidungsstücken, wie Wintermäntel, gewisse Schuhe etc.

»Verbesserte Möglichkeiten und herabgesetzte Auslagen zur Erholung der ganzen Familie oder Mütter und Kinder: niedrige Billetpreise für Familienreisen; Ferienheime und Ferienlager für Familien; Nachbarnzentren mit Klubs etc.; freie Hausfrauenferien in verschiedenen Formen.

⁴⁾ Besonders in »Slutbetänkande«, »Betänkande i sexualfrågan« und in »Yttrande med socialtiska synpunkter«.

⁵⁾ S. 158.

»Steuern mit besserer Anpassung an die Versorgungslast der Familie.

»Grössere Sicherheit in Berufs- und Anstellungsverhältnissen für Väter und Mütter; Beiträge in Form von Sozialversicherungen oder in anderer Form zur Deckung der Kosten für Zeiten der Unproduktivität (Alter, Invalidität).

»Besondere soziale Verantwortung für die Kinder aller zerütteten Familien durch Adoptivheime, Beitragsvorschüsse u.a.; diese gesellschaftlichen Anordnungen sind als Schutz aber nicht als Ermunterung dieser Familienform gedacht.» ⁶⁾

Dies ist im wesentlichen das Programm der Bevölkerungskommission, das in seiner prinzipiellen Einstellung a.a.O. von ALVA MYRDAL in drei Argumenten Zusammengefasst wird:

»1. Eine demokratische Bevölkerungspolitik muss positive Massnahmen seitens der Gesellschaft zur Aufrechterhaltung der Bevölkerung enthalten, gleichzeitig aber den Individuen volle Freiheit lassen, ihre Familiengrösse zu bestimmen. Das Prinzip der freiwilligen Elternschaft wird gleichzeitig mit einer positiven Bevölkerungspolitik aufrechterhalten.⁷⁾ Weder Zwang noch Unkenntnis werden als Mittel, den Geburtenrückgang hintanzuhalten, anerkannt, wie effektiv sie auch sein mögen.

»2. Eine solche Politik muss weiterhin bevölkerungsqualitative und bevölkerungsquantitative Ziele berücksichtigen. Sie kann nicht Quantität auf Kosten der Qualität kaufen. Sie arbeitet daher nicht mit Prämierung der Eltern, wie effektiv dies auch aus dem quantitativen Gesichtspunkt wäre. Die Mittel der Gesellschaft, die für die Kinder bestimmt werden, sollen auch den Kindern zu Gute kommen. Im allgemeinen zeigt es sich am vorteilhaftesten, dass die Allgemeinheit mit diesen Mitteln kooperativ wirtschaftet und freie Güter den Kindern zur Verfügung stellt, um die Bedingungen des Aufwachsens zu verbessern. Gleichzeitig fallen aber die Kosten für die Kinder, und damit das ökonomische Motiv der Geburtenbeschränkung.

»3. Eine solche Bevölkerungspolitik muss schliesslich sowohl Erziehung wie sozialökonomische Reformen als Mittel verwenden.

Die nötige psychologische Beeinflussung soll nicht aus Moral- und Pflichtermahnungen, sondern aus Erziehung zu grösserem Verständnis für

⁶⁾ ALVA MYRDAL: *Folk och familj*. S. 158, 159.

⁷⁾ Dieses Prinzip, das der viktorianischen Gesellschaftsauffassung als ein Höhepunkt der Unmoral erschien und auch älteren Zeiten mit ihrer Auffassung von den Kindern als einer Gabe Gottes fremd war, ist in Schweden, das es ursprünglich gar nicht gekannt hat, durch angelsächsischen Einfluss eingedrungen. Die intellektuelle Führerschaft der Arbeiterpartei übernahm es von den neomalthusianischen Propagandisten und den Frauenrechtlern.

den Wert der Familie und grösserem Vermögen zum Einleben in die Familiengemeinschaft bestehen. Gleichzeitig müssen ökonomische Reformen unternommen werden, um die Wohlfahrt der Kinder zu sichern und dem Unvermögen der Familien, im grösseren Masse die Kinder auf einem hygienisch und kulturell passablen Niveau aufzuziehen, entgegenzuwirken. Diese beiden Glieder bedingen einander gegenseitig. Ohne eine solche Kräftigung der Familienideale mit Hilfe der Erziehung sind die ökonomischen Reformen gar nicht durchführbar in einer Gesellschaft, wo die überwältigende Majorität schon aus den Kinderarmen und Kinderlosen besteht. Andererseits ist jede familienfreundliche Erziehung, die sich an die grossen Massen wendet, zwecklos, wenn die ökonomischen Voraussetzungen zur Familienbildung nicht gleichzeitig verbessert werden.»⁸⁾

Das ursprüngliche bevölkerungspolitische Programm Schwedens war eine Schöpfung der Bevölkerungskommission. Wenn jenes auch heute noch grundlegend ist, so sind jedenfalls bedeutende Revisionen verschiedener Einzelheiten unternommen worden, wie es die tagespolitische Lage bei der Durchführung erfordert hat. Es verlohnt sich deshalb, den Stand der Verwirklichung des Programms in aller Kürze Punkt für Punkt zu betrachten.⁹⁾

1. Erziehungsreformen.

Dieser Weg, dem die Bevölkerungskommission einen so grossen Wert zumass¹⁰⁾, wurde nicht in dem von der Bevölkerungskommission befürworteten Masse eingeschlagen, u.a. weil die Erziehungsreformen mit den laufend weitergehenden Schulreformen verquickt und gekoppelt wurden. Es scheint, als sei das Schulsystem Schwedens wenig geeignet, einen Unterricht zur Stärkung des Familiensinns zu tragen.¹¹⁾ Tendenzen, die — in der Form, in der sie zum Vorschein gekommen sind — dem Familieneinfluss zuwiderlaufen, wurden ja gleichzeitig mit der Absicht, die Familie

⁸⁾ ALVA MYRDAL: Befolkningskommissionens arbete 1935—38, S. 192—3.

⁹⁾ Wir folgen hierbei der Aufstellung von ALVA MYRDAL in ihrem offiziellen Bericht in »Social Årsbok 1938.« Op. cit. S. 193.

¹⁰⁾ Besonders in »Yttrande med sociala synpunkter på befolkningsfrågan«, S.O.U. 1938, und in »Betänkande i sexualfrågan« S.O.U. 1936. Auch im Schlussbericht der Bev.-komm. wird dem Schulunterricht in Familienkunde und häuslicher Wirtschaft grosser Wert zugemessen. (S. 151.)

¹¹⁾ Die egalitären Bestrebungen in der Ausformung des schwedischen Schulsystems müssen selbstverständlich dem Einfluss der Familie widersprechen, zugleich wird durch das auf individuelle Konkurrenz eingestellte Examenswesen ein Geist der individuellen Unabhängigkeit gezüchtet. Anmerkungen, die dem Schulsystem wohl der meisten europäischen Länder nicht weniger als dem schwedischen gelten.

zu stärken, von mehreren Mitgliedern der Bevölkerungskommission vertreten¹²⁾; und es ist offenbar, dass jene — jedenfalls in den Volksschulen — gesiegt haben. Die Schule hebt zwar noch die Familienwerte hervor; aber diese öffentliche erzieherische Tätigkeit zugunsten der Familie steckte bis heute in einem so engen Rahmen, dass man Unrecht tun würde, wollte man sie als familien- oder gar bevölkerungspolitische Massnahme mitzählen.

2. *Moderierte und fortschrittliche Sexualgesetzgebung und Rechtspraxis.*

In welchem Masse man diesen sowohl von der »Bevölkerungskommission« wie von der »Bevölkerungsuntersuchung« und von Autoren wie ALVA und GUNNAR MYRDAL stark hervorgehobenen Punkt noch als zu der Bevölkerungspolitik gehörig rechnen soll, erscheint zumindestens als diskutabel. Ideologisch ist er jedenfalls von einer gewissen, nicht zu unterschätzenden Bedeutung. Eine neue und — wie man glaubte — von religiösen Vorurteilen ungebundene Auffassung der Sexualität sollte der Bevölkerungspolitik zur Grundlage gegeben werden. Wenn auch ein mit der Frauenbewegung und dem jungen Sozialismus des vorigen Jahrhunderts verknüpfter Idealismus hier mitspielt oder vielleicht sogar das tragende Moment darstellt, so berechtigt der Gebrauch, den man aus der Sexualgesetzgebung in der Bevölkerungspolitik gemacht hat, die Bezeichnung einer propagandistischen Massnahme, um durch das Prinzip der freiwilligen Elternschaft die Bevölkerungspropaganda einem weiten Publikum und zumal den radikalen Kreisen der Arbeiterbevölkerung attraktiver zu machen. »Eine schwedische Bevölkerungspolitik muss auf den Grund der aufgeklärten, freiwilligen und verantwortungsbewussten Elternschaft bauen«, formuliert die Expertise der Bevölkerungskommission die Forderung.¹³⁾

In der Praxis ging der ganze Konflikt um die Abänderung des sog. »Präventivgesetzes« von 1910, das den Handel mit konzeptionsverhütenden Mitteln unter Strafe gestellt hatte. Die Abänderung dieses Gesetzes wurde 1938 erreicht und somit eine prinzipielle Forderung der Frauenbewegung realisiert.

Auch eine allgemeine sexuelle Aufklärung durch Beratungsstellen ist mindestens in ihren Anfängen verwirklicht. Bemerkenswert ist aber, dass diese Tätigkeit, obwohl natürlich nach positiven und gesellschaftsbewahrenden Prinzipien gerichtet, nicht überwiegend in den Dienst der Bevölkerungspolitik gestellt worden ist.

¹²⁾ Mit den Worten ALVA MYRDAL: »eine Erziehung, die zielbewusst darauf gerichtet ist, soziales Verantwortungsbewusstsein zu erzeugen...« ALVA MYRDAL: *Folk och Familj*, S. 157.

¹³⁾ *Yttrande med socialtiska synpunkter*, S. 36.

In diesem Zusammenhang sind weiterhin die Ansätze zu einer qualitativen Bevölkerungspolitik zu erwähnen, die in der — allerdings mit ausserordentlicher Mässigkeit geübten — Sterilisierung Erbkranker und Schwachsinniger (nach einem Gesetz von 1934) zum Ausdruck kommen.

3. *Direkter wirtschaftlicher Ausgleich der Kosten für die Kinder.*

Der wirtschaftliche Ausgleich der Kosten für die Kinder, der einem stufenweisen Übernehmen jener Kosten vom Staat praktisch gleichkommt, stellt das Hauptmittel der schwedischen Bevölkerungspolitik dar, auf das die Bevölkerungskommission von Anfang an gezielt hatte und das in einer ganzen Reihe von Massnahmen verwirklicht wurde. Die Art, diesen Ausgleich durchzuführen, ist zwar nicht immer gleich geblieben, sondern hat, wie die Aufzählung und Kommentierung der einzelnen Massnahmen zeigen wird, eine gewisse Wandlung von der fast ausschliesslich auf Naturalhilfe hinzielenden Anfangsstufe erfahren. Die Bevölkerungskommission war eindeutig für die Naturalhilfe: »Wenn die Bevölkerungskommission für ihren Teil der Ansicht gewesen ist, dass die in den Dienst der Bevölkerungsfrage gestellte Sozialpolitik in erster Linie auf der In-natura-Linie ausgebaut werden soll, so beruht dies darauf, dass die Naturalhilfe in einer unvergleichlich besseren Art als regelmässige Geldhilfe Garantien dafür schafft, dass die Verwendung der Mittel die gewünschte und erstrebte wird, und dass die wesentlichen Möglichkeiten der Stützaktionen dadurch voll und effektiv benützt werden.«¹⁴⁾

Doch schon 1938 wurde ein neues, einkommensausgleichendes Steuergesetz mit weitgehenden Begünstigungen für die Familien mit Kindern angenommen und damit ein erster Schritt in Richtung eines geldlichen Ausgleichs und einer staatlichen Kinderpensionierung von der Art, der — nach ALVA MYRDAL — »in Schweden sehr wenig Sympathie begegnet war«¹⁵⁾. Später ist man mit den allgemeinen Kinderbeiträgen auf diesem Weg noch weiter gegangen. Auf diesem Gebiet herrscht überhaupt eine Verschiedenheit der Mittel, die es schwer macht, die Massnahmen zusammenzufassen. Es mischen sich hier, um wieder ALVA MYRDAL zu zitieren, sehr disparate Elemente in die Durchführung: »Die verschiedenen Reformen werden somit bisweilen aus ganz verschiedenen Gesichtspunkten heraus motiviert: aus einer älteren Auffassung von der Sozialpolitik als symptomheilend; aus der Sozialversicherungsidee einer Zwischenperiode und aus einer neueren Auffassung von prophylaktischer Sozialpolitik. oder

¹⁴⁾ Schlussbericht der Bev.-Komm., S. 114.

¹⁵⁾ A. MYRDAL: Befolkningskommissionens arbete, S. 198.

von der Sozialpolitik als einer produktiven Gesellschaftswirtschaft. Es muss deshalb einer späteren Reifezeit überlassen bleiben, die verschiedenen Massnahmen miteinander in Einklang zu bringen» ¹⁶⁾ — eine Reifezeit, die 1949 noch nicht angefangen hat.

4. Die Verstaatlichung der Entbindungskosten.

Schon die Bevölkerungskommission zielte auf die Verstaatlichung der Entbindung hin, die dann auch recht bald stufenweise erreicht wurde. Das klare Ziel auf diesem verhältnismässig sehr beschränkten Gebiet liess eine Diskrepanz zwischen den vielen verschiedenen Massnahmen, aus denen diese Hilfeleistung aufgebaut ist, kaum aufkommen. Die ausführlichere Behandlung dieser einzelnen Massnahmen wird aber hier besser unterlassen, da sie doch sehr verschiedenen Gebieten angehören und bei der Behandlung dieser gestreift werden.

5. Die Wohnungsversorgung der Kinder.

In welchem Masse man die Wohnungsversorgung zu der Bevölkerungspolitik rechnen will, bleibt mehr oder weniger eine Angelegenheit des persönlichen Ermessens. Dass — besonders in den Städten — die Wohnungsfrage mit der Bevölkerungsentwicklung eng zusammenhängt ¹⁷⁾, ist wohl nicht zu bezweifeln, wenn auch die örtlichen Wohngepflogenheiten diesen Zusammenhang stark auflockern können. Die Bevölkerungskommission betrachtete die Wohnungsfrage als einen wesentlichen Teil der Bevölkerungsfrage, vielleicht sogar mit etwas Übertreibung, weil die Tätigkeit der Bevölkerungskommission selbst durch die sog. »Wohnungssoziale Untersuchung« inspiriert und angebahnt worden war. Diese hat auch in ihren verschiedenen Berichten die wesentlichen Probleme auf diesem Gebiet ausführlicher behandelt, als es der Bevölkerungskommission vergönnt war. Die »Wohnungssoziale Untersuchung« hatte u.a. ein erweitertes Bauen von Eigenheimen und Einfamilienhäusern vorgeschlagen, weiterhin auch Kleinwohnungen für ältere, pensionierte Leute. Der Vorschlag der Bevölkerungskommission in dieser Frage ging dahin, die Wohnungsproduktion hauptsächlich auf Familien mit Kindern auszurichten, wodurch nach einer Übersiedlung der Familien mit Kindern in die neuen Wohnungen eine grössere Zahl von Kleinwohnungen für andere Zwecke frei werden würden.

¹⁶⁾ Ibid. S. 199.

¹⁷⁾ Die Zusammenhänge wurden u.a. durch die Wohnungssoziale Untersuchung klargestellt und auch von A. und G. MYRDAL stark unterstrichen. Es ist deshalb bemerkenswert, dass man später diesen Verhältnissen weniger Bedeutung zugemessen hat.

Zu einer einheitlichen bevölkerungspolitischen Wohnungspolitik ist es in Schweden jedoch nicht gekommen. Was auf diesem Gebiete geschehen ist, ist mehr eine gewisse Anpassung der Massnahmen auf dem Gebiet der Wohnungspolitik und der Regulierung der Bautätigkeit in bevölkerungspolitischem Sinne als eine Reihe von planmässigen Massnahmen mit bevölkerungsförderndem Ziel. Die Massnahmen, die hierher gerechnet werden können, entziehen sich daher auch einer Einreihung in die Bevölkerungspolitik und können hier nicht aufgezählt werden, da sie eben in sehr verschiedenem Grad und teilweise nur ganz sekundär bevölkerungspolitisch sind. Da in den Prinzipien der Baupolitik dazu noch tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten geherrscht haben, stellt die Wohnungsversorgung vielleicht jenen Teil der Bevölkerungspolitik dar, der am wenigsten gradlinig realisiert werden konnte.

6. *Sicherung des Nahrungsstandards der Kinder.*

Die Bevölkerungskommission war der Ansicht, dass die schwedischen Kinder in einem grösserem Masse, als man es aus rein quantitativen Gesichtspunkten angenommen hatte, unterernährt waren, insbesondere in bezug auf die Vitaminversorgung. Die exakten Angaben über diese Mangelzustände waren zwar wechselnd, und man hatte Recht anzunehmen, dass die regionalen Verschiedenheiten hier besonders gross waren. Ein quantitativer Nahrungsmangel von grösserem Ausmass war aber sonst selbst in Schweden während der Krise dank der Arbeitslosenunterstützung und anderen Massnahmen der Sozialhilfe kaum vorhanden.

Als die Bevölkerungskommission in einer besonderen Untersuchung¹⁸⁾ die Frage der Ernährung der schwedischen Kinder aufnahm, war auch der qualitative Gesichtspunkt für ihre Ausführungen ausschlaggebend. Man versuchte die Lage auf zwei Wegen zu beeinflussen: erstens durch Propaganda und Aufklärung über richtige Kost und Zubereitung des Essens; zweitens durch die unten noch zu behandelnden Schulmahlzeiten.¹⁹⁾ Dazu kam noch bis Anfang 1948 eine Preisrabattierung gewisser hochwertiger Lebensmittel für kinderreiche Familien. Diese Massnahmen sind also mehr der Gesundheitspflege der Kinder zuzurechnen als einer staatlichen Kosthaltung.

¹⁸⁾ »Betänkande i näringsfrågan S.S.U. 1938

¹⁹⁾ Bei den Schulmahlzeiten kann man eine eingestandene oder uneingestandene »Demokratisierung« nicht verkennen, indem durch die Schulmahlzeiten Kinder aus allen Schichten gemeinsam die gleiche Kost essen sollen, wie aus vielen Äusserungen namentlich in der Sozialdemokratischen Presse hervorgeht.

7. Verstaatlichung der Schul- und Bekleidungs Ausgaben der Kinder.

Eine Verstaatlichung oder — was auf das Gleiche herausläuft — ein Übernehmen der Kosten für die Ausbildung des Kinder durch die Gemeinde ist in vielen Ländern vorgekommen und war, als die Bevölkerungskommission Massnahmen in dieser Richtung befürwortete, in Schweden schon keine Neuigkeit mehr; denn dies bestand seit langem als ein wichtiger Programmpunkt der sozialdemokratischen Partei. Neu waren vielleicht z.T. die recht radikalen Gleichschaltungs- und Gleichberechtigungsbestrebungen und zwar auch in regionaler Hinsicht — nicht wie zuvor nur klassenmässig. Die von der Bevölkerungskommission in dieser Hinsicht vorgeschlagenen Massnahmen enthielten nämlich auch Einrichtungen zur Erleichterung der Schul- und höheren Berufsausbildung für die diesbezüglich schlechter gestellten, entlegenen ländlichen Gegenden, was nach der Ansicht der Kritik mehr für die egalitäre Gesinnung der Bevölkerungskommission als für das Bemühen um die Zunahme des schwedischen Volkes Zeugnis ablegte. Ein Ausgleich der Studienmöglichkeiten unter den Sozialklassen lag konsequenterweise im Programm der Bevölkerungskommission und braucht hier weiter nicht erwähnt zu werden.

Die Bekleidungskosten sollten eigentlich, da sie ihrer Natur nach von den Schulkosten völlig verschieden sind, separat behandelt werden. Sie können aber unter derselben Rubrik deshalb zusammengefasst werden, weil die Bekleidungsbeiträge, die unten noch näher behandelt werden sollen, hauptsächlich Schulkleidung oder für den Schulgang notwendige Kleidungsstücke wie Stiefel und Regenkleider betreffen.²⁰⁾

8. Gesundheitsschutz und Krankenpflege.

Ein wichtiger Teil des Gesundheitsschutzes fällt unter die Rubrik der Nahrung, wie sie oben behandelt wurde. Ein anderer Teil, nämlich die obligatorische, vorbeugende Gesundheitspflege in den Schulen könnte in gleicher Weise mit der Verstaatlichung der Schulkosten zusammen genannt werden. Da die Kleinkinderpflege unentgeltlich als eine Fortsetzung der Mütterberatung und Mütterpflege ausgebaut worden ist, wird der Gesundheitsschutz der Kinder zu einem Beispiel dafür, wie Massnahmen auf verschiedenen Gebieten in der Bevölkerungspolitik zu einem gemeinsamen Zweck koordiniert werden können. Jedenfalls muss man sagen, dass die Ziele der Bevölkerungskommission hinsichtlich einer ärztlichen Ueberwachung und Pflege der aufwachsenden Generation ziemlich lückenlos verwirklicht worden sind

²⁰⁾ »Betänkande angående barnbeklädadsbidrag S.O.U. 1938»

9. *Erholung der Kinder und Tagespflege kleinerer Kinder.*

Für die grosse Zahl der erwerbstätigen Mütter, für die das Problem einer Unterbringung ihrer Kinder während der Arbeitszeit brennend auf eine billige und effektive Lösung harnte, kam eine Reihe von Massnahmen, die von der Bevölkerungskommission²¹⁾ vorgeschlagen oder ausgebaut wurden, als eine Hilfe zur erfolgreichen Durchbringung der Familie bei erhaltenem Arbeitsverdienst sehr gelegen.²²⁾

Die verschiedenen Massnahmen und Institutionen dieser Art zeigen eine ziemlich weite Variation und Anpassung an verschiedene Bedürfnisse. Man kann auch auf diesem Gebiet behaupten, dass die Ziele der Bevölkerungskommission ziemlich vollständig erreicht worden sind.

10. *Verschiedene von der Bevölkerungskommission vorgeschlagene Reformen.*

Die Bevölkerungskommission befürwortete auch ausser den grossen zusammenhängenden Komplexen von Massnahmen, die ganze Lebensgebiete betrafen, verschiedene kleinere Reformen auf den verschiedensten Gebieten, die direkt oder indirekt der Bevölkerungspolitik eingereicht werden sollten. Der Stand der Verwirklichung dieser sehr heterogenen Vorschläge kann hier nicht einzeln behandelt werden. Am wichtigsten kommen uns in diesem Zusammenhang die theoretischen Aufgaben der Bevölkerungskommission vor. Denn die Bevölkerungskommission hat ein imponierendes Werk von wissenschaftentlichen Untersuchungen hinterlassen, auf das sich die ganze spätere Diskussion weitgehend stützte. »Der wissenschaftliche Untersuchungsapparat (hinter) der Bevölkerungskommission ist keineswegs ihre unbedeutendste Leistung gewesen.«²³⁾ Ihre zahlreichen Spezialuntersuchungen über die von ihrer Arbeit berührten Gebiete bildeten nicht nur die Basis ihrer Vorschläge und Gutachten, sondern stellen auch einen dauernden Wert in der schwedischen Sozialforschung dar. Trotzdem — und trotz der ausserordentlichen Gründlichkeit, mit der die Untersuchungsarbeit durchgeführt wurde — hat eben in dieser Hinsicht die Bevölkerungskommission ihre ursprünglichen Intentionen vielleicht weniger verwirklicht als auf den meisten anderen Gebieten. Denn in der wissenschaftlichen Arbeit, die von der Bevölkerungskommission oder auf ihre Veranlassung

21) »Betänkande angående barnkrubbor och sommarkolonier S.O.U. 1938.

22) Die Notwendigkeit der Tagespflege für Kinder erwerbstätiger Mütter ist eine Selbstverständlichkeit; aber inwieweit die Nativität von einer offiziellen Beförderung dieses Familientypus Nutzen zieht, bleibt natürlich zweifelhaft.

23) ALVA MYRDAL: Befolkningskommissionens arbete s. 211.

gemacht wurde, wird die Form der offiziellen staatlichen Untersuchungen, mit allem was das Einhalten dieser Form an Begrenzung fordert, immer streng eingehalten. Diese formale Beschränkung der Beweglichkeit der wissenschaftlichen Arbeit der Bevölkerungskommission hinderte sie, ihrer Arbeit einen gross angelegten sozialpsychologischen Hintergrund zu schaffen. So hat man von der »Bevölkerungsuntersuchung von 1941« gesagt, dass es zu bedauern sei, dass sie nicht im Stande gewesen ist, ihre ursprüngliche Idee von einer gross angelegten sozialpsychologischen Untersuchung über die Motive der Geburtenbeschränkung zu verwirklichen.

Die Verwirklichung der Bevölkerungspolitik wird von einer Reihe von Gesetzen und Massnahmen begleitet, von denen wir hier die wichtigsten aufzählen wollen.

Um einen besseren Überblick der verschiedenen Massnahmen zu gewähren, ist es zweckmässig, wenn wir sie nach ihren sozialen Hilfszielen katalogmässig gruppieren.

A. Massnahmen in Zusammenhang mit der Eheschliessung:

1. Ausstattungsdarlehen von Maximum 1.000.— Kr. ohne Sicherheit. Etwa 20—25 % aller neuverheirateten Ehepaare benützen diese Begünstigung.
2. Verbot für Arbeitgeber mit mindestens 3 Angestellten, Angestellte, die mindestens 2 Jahre im Dienst gewesen sind, wegen der Ankündigung der Ehe oder wegen Eheschliessung zu entlassen.
3. Verschiedene Formen für zinsfreie oder niedrig zu verzinsende staatl. Darlehen zur Gründung von Eigenheimen (auch für Familien).²⁴⁾

B. Massnahmen in Zusammenhang mit Schwangerschaft, Entbindung und Wochenbett, sowie für Neugeborene und Kleinkinder:

1. Vorbeugende Mutter- und Kinderpflege mit unentgeltlicher Gesundheitskontrolle und Konsultationen für Mutter und Kind (nunmehr bis zum 3. Lebensjahr). In den Städten wird der Dienst von »Mutter- und Kinderpflegestellen« auf dem Land von »Kinderpflegestationen« besorgt. Im Jahre 1938 nahmen 30 % der Mütter diesen Dienst in Anspruch.

²⁴⁾ Diese Massnahmen gehören eigentlich zu der Bau- und Wohnungspolitik. Siehe »Betänkande med förslag rör, lån och bidrag av statsmedel etc.», S.O.U. 1937.

2. Unentgeltliche Schutzmedikamente für schwangere und stillende Frauen und für Kleinkinder. Hauptsächlich Vitaminpräparate werden auf ärztliche Ordination verabreicht.

3. Mutterschaftsgeld von 75 Kr., mit freier Disposition für alle Frauen mit einem taxierten Familieneinkommen bis zu 2.500 Kr., seit 1949 erhöht auf Maximum 4.000 Kr.

4. Mutterschaftshilfe von mindestens 110 Kr. an alle Mütter, die mindestens 270 Tage Mitglieder einer anerkannten Krankenkasse gewesen sind. Etwa 90 % aller gebärenden Frauen geniessen die eine oder die andere der letztgenannten Formen von Unterstützung. Von diesem Betrag bezahlt der Staat 75 Kr., der Rest kommt aus den speziellen Fonds der Krankenkassen. Der staatliche Anteil ist also dem Mutterschaftsgeld gleich.

Die Mutterschaftshilfe steht alternativ zu den Mutterschaftsgeldern: wer also jene genießt, kann diese nicht erhalten.

5. Mütterhilfe von höchstens 300 Kr. (durchschnittl. ca 200 Kr.) als Unterstützung, in einzelnen Fällen als Darlehen (1942 nur 32.000.— Kr. von insgesamt ausgeteilten 1.000.000.—), nach Prüfung der Bedürftigkeit und unter Kontrolle der Verwendung, um die Kosten der Entbindung etc. zu bestreiten. Von den ausbezahlten Beträgen gingen 1942 30 %, 1945 45 % an die Aussteuer für Mutter und Kind. Im ersten Halbjahr 1947 wurde ein Betrag von 7 1/2 Mill. Kr. für diesen Zweck ausbezahlt 69,4 % der Gesuchstellenden benützen die Mittel zur Ausrüstung des Kindes, 65,5 zur Ausrüstung der Mutter, 45,5 zur Zahnpflege (!), 30,4 zur geeigneten Verbesserung der Nahrung, nur 30,3 für Hilfe im Haushalt, 9,1 zu Pensions- oder Mietkosten während der Zeit vor und nach der Niederkunft, 10 % für übrige Zwecke. Geldmässig steht die Ausrüstung der Mutter an erster Stelle.²⁵⁾ Gewisse Unterschiede im Gebrauch der Mittel herrschten zwischen Stadt und Land.

6. Verbot für Arbeitgeber, weibliche Angestellte wegen Schwangerschaft (auch für Unverheiratete) zu entlassen. Recht der weiblichen Angestellten auf 2 Wochen Urlaub vor der Geburt — auf besondere Ordination 6 Wochen — und mindestens 6 Wochen nach der Entbindung (mit Verbot, die Arbeit früher anzutreten), für die Industrie sogar bis zu 12 Monaten. Weibliche Angestellte im Staatsdienst haben 4 Monate Urlaub mit Lohn, für längere Zeit wird das Gehalt nicht ausbezahlt.

C. Massnahmen für Kinder im Vorschulalter:

1. Verschiedene Arten von Kinderkrippen, Kinderhorten, Kindergärten etc., in denen arbeitende Mütter ihre kleinen Kinder tagsüber unterbringen können. Die Vielgestaltigkeit dieser Institutionen, die staatlich,

²⁵⁾ »Mödrhjälpen under 1. halvåret 1947», Sociala Meddelanden, 1, 1948.

kommunal oder privat sein können, verhindert es hier, eine genaue Aufzählung und Einteilung zu geben. In den meisten Fällen beschränkt sich der staatliche Einsatz auf Kontrolle und Unterstützung.

Erwähnenswert ist hier die relativ neue, auf private Initiative zurückgehende Form der Familientagesheime oder »Tagespflegeelternheime«, die in grösserer Zahl nur in Stockholm entstanden sind (dazu jetzt auch in den Städten Hälsingborg und Örebro). Es sind Familien, meistens mit eigenen Kindern, die gegen Entgelt tagsüber ein oder zwei fremde Kinder aufnehmen, sie pflegen und ihnen eine oder zwei Mahlzeiten geben. Gemeinde und Staat bestreiten heute einen Teil der Spesen für die Kinder, die in solcher Weise versorgt werden. Die Kosten für die Eltern belaufen sich auf 0,25 — 3,75 Kr. pro Tag.

2. Förderung durch geldliche Unterstützung der verschiedenen privaten und kommunalen Organisationen zur Unterbringung auch kleinerer Kinder aus den Städten in Sommerheimen auf dem Lande.

D. Massnahmen für Kinder im Schulalter

1. Unentgeltliche Schulmahlzeiten mit vitaminreicher Gesundheitskost (durchgeführt in den Städten und in Norrland, geplant für das ganze Land). Die Schulmahlzeiten sind nicht nur als eine Kinderschutzmassnahme zu betrachten, sie befreien daneben die Hausfrauen von der Pflicht, eine warme Mittagsmahlzeit zu bereiten.

2. Gesundheitspflege und Gesundheitskontrolle in der Schule.

3. »Die Schulzahnpflege«. Eine obligatorische Untersuchung der Zähne der Kinder in den Volksschulen und ev. kostenlose Zahnpflege.

4. Kleider und Schuhe können nach Bedarfsprüfung und im Falle, dass der Mangel an diesen für den Schulbesuch der Kinder hinderlich ist, von der Schule gratis ausgeteilt werden. (Diese Hilfe hat nicht Armenpflegecharakter und betrifft hauptsächlich Winter- und Regenkleidung. Sie wird wenig in Anspruch genommen.)

5. Freie Ferienreisen für Stadtkinder (nicht nur Minderbemittelte) nach Ferienkolonien oder zu Familien auf dem Lande. In gewissen Fällen werden auch freie Reisen für Begleitpersonen gegeben.

Man kann unter dieser Rubrik auch die Ferienkolonien subsumieren, die zunehmend staatlich unterstützt werden, 1948 — 49 mit etwa 500.000 Kr.

6. Studienstipendien für Mittelschüler u.a. Diese werden eingeteilt in Grundstipendien, die ohne Rücksicht auf die ökonomischen Verhältnisse des Schülers oder seiner Familie ausgeteilt werden, um die Mehrkosten zu decken, welche durch den Schulbesuch am anderen Ort als dem, an dem der Schüler wohnhaft ist, entstehen: und in Bedarfstipendien, die an Minderbemittelte nach Bedarfsprüfung gegeben werden.

E. Unterstützungsmassnahmen in Form von Kinderbeiträgen:

1. Preisrabattierung für Minderbemittelte und Kinderreiche. Diese wurde mit der Einführung der allgemeinen Kinderbeiträge am 1. Januar 1948 aufgehoben; aber es scheint keineswegs ausgeschlossen, dass in wirtschaftlich ungünstigeren Zeiten auf diese geschmeidige und anpassungsfähige Unterstützungsform wieder zurückgegriffen werden wird.

Der Geldwert der Rabattkarten betrug etwas mehr als 50 Kr. jährlich. Bedarfsprüfungen fanden nicht statt; aber die Rabattkarten wurden auf Grund des steuerbaren Einkommens abgegeben, und zwar so, dass wenn ein Haushalt ein steuerbares Einkommen von weniger als 500 Kr. jährlich hatte, sämtliche Familienmitglieder Rabatte geniessen konnten: wenn das steuerbare Einkommen 750 Kr. nicht überstieg, bekamen Kinder und Alte Rabattkarten; wenn es unter 1.000 Kr. blieb, wurden Rabattkarten für die Kinder in Familien mit mindestens zwei Kindern gegeben. Die Einkommensgrenzen wurden gemäss dem Lebenskostenindex verschoben.

2. Mietbeiträge für minderbemittelte, kinderreiche Familien (mit mindestens 3 minderjährigen Kindern, ausnahmsweise auch mit 2 Kindern), die in »Kinderreichenhäusern« oder in kommunalgarantierten »Eigenheimen« wohnen. Die Beiträge belaufen sich auf 10 % des Mietbetrages für jedes Kind (oder 10 % auf Zinsen und Amortisierungen); auf 60 % des Betrages bei 7-Kinderfamilien und 70 % für Familien mit mehr als 7 Kindern. Über 50 % der Beitragsberechtigten der grösseren Städte, dagegen nur 10 % der Beitragsberechtigten auf dem Lande geniessen diese Unterstützung.

3. Spezielle Kinderbeiträge an Waisenkinder. 420 Kr. jährlich an Vollwaisen. Denselben Betrag erhalten auch Halbwaisen, wenn sie nicht bei dem noch lebenden Elternteil, sondern bei einem zugeheilten Vormund wohnen. Vaterlose beziehen 250 Kr. jährlich. Der Betrag wird nach unten abgestuft, je nach dem Jahreseinkommen des noch lebenden Elternteils (oder beider Eltern in den Fällen, wo diese Unterstützungsform Kindern von Invaliden zugute kommt). Kinder, deren Vater Pension oder Krankenunterstützung erhält, bekommen denselben Betrag. Das Geld ist vom Pfleger des Kindes frei disponibel.

4. Beiträge für Kinderpflege an Witwen und Witwer. Die Pflegepersonen (in der Regel der lebende Elternteil) von Halbwaisen erhalten eine kleinere monatliche Unterstützung für die Pflege von Waisenkindern unter 10 Jahren. Diese wird vom Volkspensionsamt ausbezahlt.

5. Sog. Alimentenvorschüsse an Uneheliche oder Kinder aus geschiedenen Ehen, die bei der Mutter wohnen, und zwar in Fällen, wo der unterstützungspflichtige Vater nicht rechtzeitig die fälligen Alimente zu zahlen im Stande gewesen oder nicht willens gewesen ist.

6. Allgemeine Kinderbeiträge. Die allgemeinen Kinderbeiträge betragen 260 Kr. jährlich und werden quartalsweise an alle schwedischen Kinder in Schweden und an ausländische Kinder ausbezahlt, deren Erzieher (Eltern oder Pflegeeltern) in Schweden domiziliert sind, soweit die Kinder nicht dauernd in staatlichen oder kommunalen Kinderheimen oder anderen Pflegeanstalten untergebracht sind, und zwar bis zum Alter von 16 Jahren. Die Beträge sind vom Erzieher frei verfügbar.

Die allgemeinen Kinderbeiträge, die als Postanweisung an die Eltern oder Pflegepersonen geschickt werden, sind ausnahmslos akzeptiert worden. Eine nicht unberechtigte Kritik wird jedoch gegen sie gerichtet, indem man hervorhebt, dass sie auf Grund des sinkenden Geldwerts nicht mehr hinreichend sind, um ihren Zweck zu erfüllen, nämlich die notwendigsten und unumgänglichsten Ausgaben für die Kinder. Die 1948 für diesen Zweck verwendete Summe stieg auf 424.6 Mill. Kr.²⁶⁾

7. Eine neue Form der direkten Unterstützung kann man in der Umwandlung der früheren sog. »Krisenzulagen« der anerkannten Krankenkassen in Kinderzulagen erblicken. Vom 1. Juli 1949 an werden Personen mit Kindern im Krankheitsfalle eine mit 0,50 Kr. pro Tag erhöhte Vergütung erhalten.

Dieser Liste könnte noch Verschiedenes zugefügt werden, das auch zur Bevölkerungspolitik oder Familienpolitik gehört oder gehören könnte. Besonders auf dem Gebiet der Krankenfürsorge kommt ja vieles den Kindern zugute, wie auch im Schulwesen und auf vielen anderen Gebieten soziale Massnahmen mit Rücksicht auf die bevölkerungspolitischen Wirkungen durchgeführt worden sind. Hier wären besonders freies Schulmaterial, Ferienkolonien für Kinder, Hausfrauenferien, Sexualberatung und Jugendberatung zu erwähnen, dann die Sozialkuratorentätigkeit, die den Familienschutz als eine wichtige Aufgabe mit einschliesst.

Auffallend ist dagegen, dass die Kriegsfamilienbeiträge, welche nach der Mobilisierung auf Anraten der leitenden Sozialarbeiter zu einer festen Institution nach dem Muster des schweizerischen Lohnausgleichs ausgebaut werden sollten, aus politischen Gründen weggelassen worden sind. Die stufenweise Durchführung des bevölkerungspolitischen Programms, politische und parlamentarische Rücksichten, die Erwägung der grösseren Geschmeidigkeit des Systems der multilateralen Hilfs- und Unterstützungsformen sind für das Abstandnehmen von dem Lohnausgleichssystem verantwortlich. Weiterhin ist man bei den Familienschutz- und bevölkerungspolitischen Massnahmen vom Prinzip des Eigenwerts

²⁶⁾ Nach Mitteilung in »Sociala Meddelanden« nr. 4, 1949.

der Reformen ausgegangen.²⁷⁾ Soweit wie möglich sollte nach der Meinung der Initianten der Reformen jede Reform einen Eigenwert haben, der sie im Rahmen der (sozialistischen) Sozialpolitik wünschenswert machte, auch wenn die erstrebten bevölkerungspolitischen Wirkungen ausbleiben sollten.

KAP. IX.

Familiensoziologische Aspekte der schwedischen Bevölkerungsfrage.

Die enge Verschränkung der Bevölkerungsverhältnisse mit der Familienorganisation und die Abhängigkeit dieser von jenen können hier nur gestreift werden. Wir stellen sie als Tatsache fest, ohne auf die verschiedenen, teilweise stark spekulativen Theorien hier näher einzugehen, schon weil jene Theorien vielfach mit Begriffen der Familienstruktur und des Familientypus arbeiten, die statistisch nicht immer fassbar sind,¹⁾ und beschränken uns auf die Erwähnung einiger Besonderheiten der familiensoziologischen Struktur und der neuzeitlichen Familienpolitik in Schweden.

Wir können dabei von der Tatsache ausgehen, dass in Schweden wie in den meisten anderen europäischen Ländern der bürgerlich-patriarchalische Familientypus dominiert hat. Bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts war er sogar ausserhalb der grösseren Städte ziemlich alleinherrschend. Da heute die Kleinfamilie sehr verbreitet ist und dazu von einem Typus, wo sehr oft mehrere Familienmitglieder — am häufigsten natürlich beide Ehegatten — durch Erwerbstätigkeit zum Unterhalt der Familie beitragen, kann man sagen, dass die Umstrukturierung der Familie zumal in den Städten sowohl sehr rasch wie durchgreifend gewesen ist. Sie umfasst nicht mehr als die Spanne von zwei Generationen. Da nun daneben noch die patriarchalische Familie des vorigen Jahrhunderts weiterbesteht und für das landläufige Familienideal immer noch das häufigste Muster darstellt, ist es verständlich, dass die tatsächliche Umbildung der Familie zu einer gewissen Desorientierung führen musste, die sich besonders auf dem Gebiet der Erziehung be-

²⁷⁾ Der Eigenwert, von WAHLUND u.a. besonders unterstrichen. (Sveriges Befolkningsproblem, S. 21) besteht besonders vom sozialistischen Standpunkt, d.h. der Begriff des Eigenwerts der bevölkerungspolitischen Massnahmen deckt zuweilen parlamentarische Ausgleichversuche resp. ideologische Ehrenrettungen für die radikaleren Kreise unter den Sozialisten. Dieses hindert nicht, dass in vielen Fällen der Eigenwert der Reformen auffällig ist.

¹⁾ Eine Bevölkerungsstatistik ausgehend von dem Begriff des Haushalts anstatt von dem des Individuums, wie es in den ältesten europäischen Zensusberichten gebräuchlich war, würde sicherlich eine familiensoziologische Analyse bedeutend erleichtern, auch wenn sie in anderen Beziehungen einen Rückschritt bedeuten würde.

merkbar macht. Dabei ist die Entwicklung, obwohl rasch, ohne jähe Brüche der Tradition, welche besondere Konflikte hätten schaffen können, vor sich gegangen. Denn Schweden unterscheidet sich von den meisten Ländern des europäischen Kontinents darin, dass die Umstrukturierung der Familie nicht gewaltsam durch äussere Ursachen beschleunigt worden ist. Gegen eine Zerrüttung des Familienlebens durch den Einfluss politischer Krisen war das Land durch den anderthalb Jahrhunderte andauernden inneren und äusseren Frieden geschützt. Der Anteil, den desorganisierte Familien an dem Geburtenrückgang und der allgemeinen Lockerung der Familienbände gehabt haben, ist völlig belanglos. Auch die Rolle der Scheidungsfamilien war bis in die allerletzte Zeit hinein ohne Bedeutung. Im Gegenteil darf man es als eine Besonderheit der Familienverhältnisse in Schweden betrachten, dass die Aufsplitterung der Familien meistens ohne äusseren Anlass und trotz den oft ökonomisch günstigeren Bedingungen eines Zusammenlebens mit mehreren erwachsenen Familienmitgliedern unter einem Dach stattgefunden hat. Die ausserordentlich hohe durchschnittliche Lebensdauer macht nicht nur die Witwenfamilie zu einer Seltenheit, sie schiebt auch die natürliche Auflösung der Familie durch den Tod eines Elternteils auf. Die Kleinfamilie, die überall ausser auf dem flachen Land heute vorherrscht, ist weder ein Produkt der demographischen Verhältnisse noch ökonomischen Zwanges, sondern ausschliesslich ein sozialpsychologisches Phänomen. Die Aufspaltung der Familie nach Generationen ist die Regel. Die Kleinfamilie verliert immer mehr ihr patriarchalisches Gepräge, aber es ist festzuhalten, dass der Geburtenrückgang ohne äusseren Anlass innerhalb der patriarchalischen Familie stattgefunden hat.

Dass der Patriarchalismus der Familie in Schweden stark gelockert worden ist, hängt mit der sehr allgemeinen Erwerbstätigkeit der Frauen zusammen. Diesen Zug der modernen schwedischen Familie hat man — und nicht ohne guten Grund — als eine Ursache des Geburtenrückgangs verdächtigt. Jedenfalls besteht ein Zusammenhang. Dieser ist aber zu kompliziert, um nur in der Formel von Ursache und Wirkung ausgedrückt zu werden. Es besteht vielmehr eine Wechselwirkung: ohne den teilweisen Verzicht auf Kinder, jedenfalls auf eine zahlreiche Familie, hätten die Frauen nicht in dem heutigen Umfang eine Berufsarbeit ergreifen können. Zwar kann natürlich dieser Problemkomplex zugleich wegen seiner leichten Zugänglichkeit (auch seiner statistischen Fassbarkeit) und seiner starken Gefühlsbetonung verhältnismässig mehr Aufmerksamkeit in Anspruch genommen haben, als ihm im Vergleich mit anderen Erscheinungen der Umwandlung der Familienstruktur zukommen sollte. Da aber diese Frage mehrmals im Vordergrund der Diskussion gestanden hat, können wir nicht umhin, uns mit ihr etwas zu beschäftigen.

Der Zusammenhang zwischen niedriger Nativität und Berufstätigkeit

der verheirateten Frauen ist bekannt und wird von der Statistik der verschiedensten Ländern bestätigt.²⁾ Schweden hat nun einen relativ hohen Beschäftigungsgrad der Frauen, auch der verheirateten. Es scheint, dass zwischen Nativität und Erwerbstätigkeit der Frauen ausserhalb des Hauses, so wie diese in der Statistik fast aller Länder erfasst wird, eine negative Korrelation besteht, die zwar nicht immer in dem Verhältnis der relativen Zahl der statistisch fassbaren arbeitenden Frauen und der Nativität verschiedener Länder unter sich zum Vorschein kommt, aber in dem Verhältnis des Beschäftigungsgrades der Frauen zur Nativität in fast allen industrialisierten Ländern deutlich ist, wie auch aus den unten angeführten Zahlen für Schweden ersichtlich wird.

Man kann nicht mit Fug behaupten, dass das schwedische statistische Material weniger als irgend ein anderes den Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit der Frauen und niedriger Kinderzahl zeigt. Wir können in diesem Zusammenhang Folsom zitieren, dem die Verwischung dieser Tatsache in der schwedischen Diskussion offenbar aufgefallen ist: »In spite of clear data showing a correlation between the working of wives and low fertility, which could easily be used as proofs that the former caused the later if the nations ideology favored such an interpretation, the new policy makes no effort to restrict mothers, or women generally, from employment.»³⁾

Wir können hier besonders die Aufmerksamkeit auf die von der Bevölkerungskommission namentlich im Schlussbericht vorgebrachten Untersuchungen lenken. Diese basieren auf statistischen Erhebungen aus den Jahren 1935 — 36, die u.a. folgende Ergebnisse ergaben:

	Kinderlose Ehen %	Mittlere Kinderzahl in der Ehe
Volle Berufstätigk. der Frau während der ganzen Ehe	39,4	2,06
Volle Berufstätigk. der Frau während einer wesentl. Zeit der Ehedauer	30,7	2,10
Partielle Berufstätigk. der Frau während der ganzen Ehe	26,7	2,75
Berufstätigk. der Frau während kürzerer oder unbest. Zeit der Ehe	22,5	2,68
Keine Berufstätigkeit der Frau	18,3	2,92

Weder die Bevölkerungskommission, noch das Frauenarbeitskomitee konnte vollständig die Konsequenzen aus diesen Ziffern ziehen. Vor allem bemerkte man — und zwar nicht ohne Grund — dass die Ziffern zu sehr zu Ungunsten der Erwerbstätigen waren, weil viele Frauen eben deshalb

²⁾ Wir verzichten hier auf Hinweise auf die sehr zahlreichen Belege in der Literatur. Zusammenfassend wird das Problem bei Folsom (*The Family*) behandelt.

³⁾ J. K. Folsom: *The Family and Democratic Society*, 5th ed. S. 203.

erwerbstätig sind oder bleiben, weil sie keine Kinder bekommen können oder wollen. Dieses Argument wird auch von ALVA MYRDAL ⁴⁾ aufgenommen, die sich relativ ausführlich mit dem Problem der Erwerbsarbeit der Frau befasst, aber leider in ihren Formulierungen die eigentliche Problematik verwischt. Die statistischen Angaben über die Berufsarbeit der Frauen in Verhältnis zur Nativität werden auch nach Stadt und Land und nach Einkommensklassen aufgeteilt. Die Zahlen zeigen eindeutig, dass die voll erwerbstätigen Frauen aller Klassen sowohl in der Stadt wie auf dem Land die kleinste Kinderzahl haben. Das Land liegt aber im Durchschnitt besser als die Stadt. ALVA MYRDAL kommentiert diese Tatsache folgendermassen: »Auf dem flachen Land haben die verheirateten Frauen, auch solche mit Dienst, mehr Kinder als die Frauen in den Städten. Hier liegt ein interessantes Zeugnis dafür vor, dass die Lebenseinstellung und die Lebensführung, welche für die Fruchtbarkeitszahlen von Bedeutung sind, nicht nur im Verhältnis zur Lohnarbeit der Frauen stehen, sondern auch von anderen Milieufaktoren bestimmt werden.« ⁵⁾ Mit diesen Milieufaktoren wird hier u.a. der stärkere Traditionalismus auf dem Lande gemeint, ferner vielleicht auch die grössere Naturgebundenheit. Diese Tatsachen scheinen nun zu bestätigen, dass eine Zersplitterung des Interessenkreises der Frau, wenn sie in das Erwerbsleben hineingezogen wird, zu einer Benachteiligung des Familienlebens und damit zu verminderter Geburtenzahl führen muss. Wenn eine Reihe von Autoren die ganze sinkende Nativität und namentlich die sinkende Nativität der oberen Klassen im abendländischen Kulturkreis auf eine zunehmende Ablenkung des Interesses von den naheliegenden, s.z.s. biologischen Zielen der Menschen auf die immer mannigfaltigeren und lebensferneren Wirksamkeitsgebiete der Kulturgesellschaft zurückführen, wie es von vielen Seiten geschehen ist, ziehen sie also nur die Konsequenzen aus Erwägungen, die schon lange und allgemein gemacht worden sind. ⁶⁾ Im Gegensatz dazu stehen die Vertreter der Ansicht, dass die Annahme eines solchen einfachen Kausalnexus eine Täuschung darstellt, die dadurch entstanden ist, dass der Geburtenrückgang ebenso wie die zunehmende Beschäftigung der Frauen im Erwerbsleben gemeinsame Ursachen in der Industrialisierung, also letztlich in wirtschaftlichen Sachbeständen besitzen. Diese beiden Grundkonzeptionen stossen — zwar in zahlreichen Modifikationen und Verflechtungen — auch in der schwedischen Bevölkerungsdebatte gegeneinander.

Die Bevolkerungskommission wurde ausser den praktischen Aufgaben

⁴⁾ »Folk o. Familj» S. 462—464.

⁵⁾ ALVA MYRDAL op. cit. S. 465.

⁶⁾ Vor allem Gini, der seine Soziologie eigentlich auf dieser Tatsache aufgebaut hat.

auch vor Probleme gestellt, die eine weitere theoretische Tragweite für die Richtung der Sozialpolitik besaßen, als es dem ursprünglichen Auftrag der Kommission eigentlich entsprochen hätte. Die Kommission kam deshalb in wichtigen Punkten auf die Stellungnahme des etwa zu gleicher Zeit wirksamen sog. Frauenarbeitskomitees zurück. Die Stellungnahme wurde auch dadurch wesentlich erschwert, dass in Bezug auf alle Fragen, die die Stellung der Frau im Erwerbsleben betrafen, zu jener Zeit auf eine besonders empfindliche öffentliche Meinung Rücksicht genommen werden musste.

Die »Krise der Bevölkerungsfrage« fiel bekanntlich mit der grossen Wirtschaftskrise von 1930 — 35 zusammen. Der Beschäftigungsgrad der Frauen war in Schweden ziemlich hoch. (Und ist es geblieben: 1945 kamen auf 1.215.712 Hausfrauen 752.159 voll erwerbstätige Frauen.) Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit erhoben immer mehr Stimmen Protest gegen die Frauenarbeit. Dies entsprach einer verbreiteten Meinung in allen Kreisen, einer offiziellen Auffassung der konservativen Kreise und einer nicht immer eingestanden aber tief empfundenen Auffassung der Arbeiter. Auch Reichstagsanträge gegen die Frauenarbeit wurden gestellt. Streitfragen, die durch Dezennien bestanden hatten, wurden jetzt wieder aktuell. Auf der einen Seite standen konservative Elemente, Unternehmerkreise, auch gewisse Interessen in den Gewerkschaften etc. mit dem Argument, dass die verheirateten Frauen, die von ihren Männern versorgt werden oder werden sollten, nicht mit ihrem »Doppeleinkommen« mit den Familienvätern auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren sollten, auf der anderen Seite die Frauenorganisationen und die Majorität der sozialistischen Partei, die in Schweden wie in vielen anderen Ländern zu einem Träger und Vertreter der Fraueninteressen geworden war. Die Forderungen einer positiven Familienpolitik wurden hier in einer verhängnisvollen Weise mit den Streitfragen der »Frauenarbeitsfrage« verstrickt, was in diesem Falle um so belastender war, als die Bevölkerungspolitik eine Umkehr der herrschenden sozialdemokratischen Auffassung in der Nativitätsfrage zur Voraussetzung hatte. Das Terrain war aber hier schon durch die Arbeit und nicht zuletzt auch durch die eindeutige Stellungnahme des Frauenarbeitskomitees für eine günstige Entwicklung im Sinne der Bestrebungen der Bevölkerungskommission vorbereitet; denn das Komitee hatte die Situation im Anschluss an die sozialdemokratische Auffassung von der Krise der Frauenarbeit als einen Teil der gesellschaftlichen Anpassungskrise an die neuen Lebensformen nicht nur der Frauen, sondern der ganzen Gesellschaft dargestellt.

Es war in dieser Lage schwer, die Rechte der Frauen einzuschränken. Sie schienen zu fest begründet, nicht nur in den alten Gewohnheiten der Bauerngesellschaft, wo die Frauen immer relativ grosse Rechte und Pflich-

ten genossen hatten, sondern noch mehr deshalb, weil eine Beschränkung dieser Rechte entschieden dem herrschenden Kulturideal widersprochen hätte. Sie wäre mit anderen Worten in Opposition zu einem wichtigen »cultural trend« gewesen. Die aus den Untersuchungen der Bevölkerungsfrage jetzt bekannte Tatsache, dass die erwerbstätigen verheirateten Frauen zu wenig Kinder haben, konnte daran nichts ändern. Im Gegenteil, das Argument wurde gegen die Gegner der Berufstätigkeit der Frauen gekehrt, sodass, wie ALVA MYRDAL es ausdrückt, »die frühere Debatte über das Recht der verheirateten Frau auf Arbeit zu einem Kampf für das Recht der arbeitenden Frau, auch zu heiraten und Kinder zu haben, verwandelt wurde.«⁷⁾ So wurde die Lage verschoben. Die Bevölkerungspolitik ging nun in der gleichen Richtung wie die Interessen der Frauenemanzipation.⁸⁾

Es ist allerdings nicht mehr ganz berechtigt, im Schweden der Dreissigerjahre noch von Frauenemanzipation zu reden. Den Frauen fehlten als Mitbürger keine Rechte; diese Rechte aber waren von einer breiten Volksmeinung getragen und in jahrzehntelangem Kampf im Bündnis mit der grössten politischen Partei des Landes erobert worden. Dieser Kampf, der noch weitgehend als ein Ausdruck der Anpassungsschwierigkeiten der Frauen im Demokratisierungsprozess und in der gesellschaftlichen Entwicklung aufgefasst wurde — es fehlt keineswegs in den Diskussionen um die Bevölkerungspolitik in den dreissiger Jahren an Voten, die diesen Gedankengang unterstreichen — verband die Frauenbewegung erstens mit der Sozialdemokratie, zweitens mit den Zielen der »fortschrittlichen Kreise« im allgemeinen. Das Recht zu erben, das Recht auf höheren Unterricht, das Stimmrecht, die Nahrungsfreiheit usw. wurden als politische Forderungen vorgetragen und von den heutigen grössten Parteien im Reichstag

⁷⁾ ALVA MYRDAL, op. cit. S. 458.

⁸⁾ An der Arbeit der Bevölkerungskommission waren mehrere Frauen, und besonders berufstätige und frauenrechtlerisch eingestellte Frauen, hauptsächlich als Spezialisten für soziale Wohlfahrtsfragen beteiligt. Ihre Einstellung hat wahrscheinlich die Bevölkerungskommission weitgehend beeinflusst, ohne dass man sagen könnte, dass sie sich als »pressure group« organisiert hätten. Um ein gutes Beispiel zu wählen: In »Yttrande med socialtiska synpunkter«, Beilage »Kvinnornas kris« (Krise der Frauen) lesen wir (S. 10): Aber sollen die Frauen Schwedens wieder wie in anderen Ländern willig und mit Freude Mütter werden, dann müssen sie eine Stellung in der Gesellschaft erhalten, die ihnen die Macht gibt, ihre Kinder zu schützen.« In einem Lande, wo die Frauen seit langer Zeit nicht nur alle politischen Rechte geniessen und fast alle staatlichen Ämter bekleiden konnten — mit der Ausnahme der kirchlichen —, klingt eine solche Kampffanfare mehr demagogisch als rational motiviert. Die Verfasserinnen dieses Beitrags waren drei Frauen in freien Berufen — und Frauenrechtlerinnen. Die von der Bevölkerungskommission angestellten Untersuchungen werden hier als Forum für den Kampf für die Karriere der berufstätigen Frauen benützt, mit Folgen für die ganze Anrichtung der Ergebnisse.

durchgefochten. Ein Konfliktstoff entstand erst während der grossen Arbeitslosigkeit, als die Forderungen der Frauenbewegung politisch inopportun waren. Die Verbindung war damals jedoch schon zu fest, um erschüttert werden zu können. Die Folge davon war aber, dass die ganze Einstellung der Frauenbewegung in den sozialen und bevölkerungspolitischen Fragen eine eher radikale wurde. Nehmen wir dazu noch die Tatsache, dass die weiblichen Experten, die in den verschiedenen Unterkomitees der Bevölkerungskommission und des Frauenarbeitskomitees arbeiteten, eben besonders die emanzipierte Intellektuellenschicht repräsentierten, so finden wir leicht die Erklärung zu gewissen Tendenzen der schwedischen Familienpolitik, die scheinbar wenig Rücksicht auf die Rolle der Frau als Mutter und Hausfrau nehmen. Allerdings wird bei der ganzen Planung für die Familie stillschweigend angenommen, dass die Massnahmen für Frauen und Kinder auch der Familie als Gruppe zugute kommen sollen.

Das sog. Frauenarbeitskomitee, das 1938 mit seinem zusammenfassenden Gutachten fertig wurde, behandelte die Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen als eine Selbstverständlichkeit, an der man keine Kritik üben könnte. Man sah ganz richtig ein, dass, da nun einmal eine grosse Zahl von verheirateten Frauen erwerbstätig sind, das Problem Ehe-Erwerbstätigkeit von dieser Voraussetzung aus zu lösen wäre. Kein besonderes »Recht« wurde überhaupt erwähnt. Viel wichtiger war aber die Stellungnahme des Komitees für eine andere als die hergebrachte, konservative Familienform, und dass das Komitee sich das erste Mal offiziell für einen fortdauernden Arbeitseinsatz der verheirateten Frauen einsetzte, d.h. für die Auffassung, dass die Ehe keine grundsätzlich andere Lebensform für die Frau als die freie Berufsarbeit darstellen und aus ökonomischen oder anderen Gründen die Frauen vor keine schwierige Wahl mehr stellen sollte, sondern, ausser dem rein persönlichen Verhältnis zu Mann und Familie, im extremen Fall nur eine Veränderung des Zivilstandes bedeuten sollte. Die »Bevölkerungskommission« und, noch mehr, die »Bevölkerungsuntersuchung« waren offenbar von dem Frauenarbeitskomitee stark beeinflusst. Der Anschluss der Bevölkerungskommission an die Auffassung des Komitees ist bemerkenswert. Die Kommission machte jedenfalls dadurch ihre sachliche Aufgabe nicht leichter, denn besonders in der Frage von der Frauenarbeit, die anerkanntermassen einen schlechten Effekt auf Fruchtbarkeit und Familie hat, wäre es ohne Zweifel der einfachste Weg gewesen, für einen fruchtbareren Familientypus Stellung zu nehmen. Die Anerkennung eines Familientypus, in dem Mann und Frau nicht nur in allem gleichberechtigt sind, sondern auch in fast gleichem Masse zum Unterhalt der Familie beitragen und beide die hauptsächliche Arbeitszeit ausserhalb des Hauses verbringen, musste grundsätzliche Änderungen der Sozialpolitik fordern, wozu die Bevölkerungskommission — teilweise einer scharfen Kri-

tik belegend — die Richtlinien zu legen hatte. Was bisher wohl immer eine beginnende Desorganisation der Familie gewesen war, nämlich dass die verheiratete Frau, auch wenn sie Kinder hat, ausserhalb des Hauses arbeitet, sollte jetzt zum Normalzustand mindestens der Industriebevölkerung werden. Von den sozialen und ökonomischen Faktoren des Fragenkomplexes ausgehend bekundete die Bevölkerungskommission als ihre Ansicht, dass die Erwerbsarbeit der Frau für sie kein Hindernis zu sein braucht, Kinder zu bekommen, wenn von Staatswegen für ihre soziale Sicherheit und die ihrer Kinder gesorgt und dies von der öffentlichen Meinung bejaht wird. Die Desorganisationserscheinungen infolge der Frauenarbeit hängen, meinte die Bevölkerungskommission, weniger von dieser Arbeit als von der Unfähigkeit der patriarchalischen Familie ab, sich ihr anzupassen. Solange die Vorstellung von der patriarchalischen Familie, wo der Vater allein für die Familie sorgt und für sie verantwortlich ist, das soziale Denken dominiert, wird der erwerbstätigen Frau nie ihr volles Recht gesehen und sie kommt von vornherein in eine schiefe Situation.

Dieselbe Haltung kommt noch deutlicher im Bericht des Frauenarbeitskomitees zum Vorschein, in dem der Standpunkt noch weiter getrieben wird, z.B. die Ehe als hauptsächliches Lebensziel der Frau prinzipiell in Frage gestellt wird. Die zwei ersten Punkte der Schlussresolution dieses Komiteegutachtens lauten:

»1. Man muss aufs bestimmteste jeden Vorschlag auf gesetzliches Verbot für verheiratete Frauen, ausserhalb des Hauses Erwerbsarbeit zu behalten oder zu suchen, sowie Versuche in irgend einer anderen Form zur Restriktion des Arbeitsrechts der verheirateten Frauen abweisen.

2. Gratifikationen, Ehestandsdarlehen, einmalige Auszahlung von vorzeitiger Pension, vorzeitige Pensionierung bei Austritt aus dem Dienst oder ähnliche ökonomische Massnahmen, welche zum freiwilligen Abtritt bei Heirat ermuntern könnten, können nicht als zweckmässig angesehen werden.»⁹⁾

Man hatte nämlich den Vorschlag gemacht, staatliche Gratifikationen oder Ehestandsdarlehen an Frauen, die heirateten und in Zusammenhang damit ihre Arbeit verliessen, zu geben, um dadurch zu gleicher Zeit den Arbeitsmarkt zu entlasten und die Familienbildung zu fördern. Dagegen behauptete das Komitee, dass die Erwerbstätigkeit eine legitime und förderungswürdige Tätigkeit auch der verheirateten Frauen wäre. »Auch wenn in gewisser Hinsicht die verheirateten Frauen eine neue Erscheinung auf dem Arbeitsmarkt sind, hat die Untersuchung der Annahme keine Stütze gegeben, dass dieser Arbeitsmarktfaktor sich aus dem Rahmen der sozialen und ökonomischen Organisation der jetzigen Gesellschaftsentwicklung

⁹⁾ Kvinnonarbettskommitténs betänkande, S. 103.

heben sollte. Es ist eher den Sachverständigen nach der Untersuchung klar, dass auf die Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen weder verzichtet werden kann, noch dass sie gehemmt werden sollte.»¹⁰⁾ Man kann in diesem Zusammenhang nicht umhin, dem Komitee den Vorwurf zu machen, an der Meinung der Zeit vorbeizugehen und ziemlich extrem feministische Ansichten zu vertreten, so wenn das Komitee eifrig für die Zulassung der Frauen als Pfarrer und Bischöfe in der lutherischen Staatskirche plädiert.

Berücksichtigt man diese bisweilen durchbrechenden extremen Tendenzen des Frauenarbeitskomitees, so ist der ausserordentlich grosse Einfluss, den das Komitee auf die Sozialgesetzgebung in Schweden gehabt hat, besonders auch die Einwirkung auf die Arbeit der Bevölkerungskommission, schwer zu verstehen. Allerdings gab es offenbar Missstände, die das Komitee mit Recht zu beseitigen bestrebt war. So hatte eine von dem Komitee zusammen mit der Bevölkerungskommission unternommene Umfrage an 1.534 Unternehmer, Direktoren und Personalchefs, die Unternehmen mit etwa 200.000 Angestellte repräsentierten, gezeigt, dass während der Krise weibliche Angestellte weitgehend bei Verheiratung entlassen wurden: 18,4 % der Büroangestellten und 4,8 % der Industriearbeiterinnen. Diese Untersuchung führte dann später zu den Schutzgesetzen für verheiratete weibliche Angestellte.

Der schwedische Familientypus des vorigen Jahrhunderts hatte im Wesentlichen die Struktur der westeuropäischen Familie. Aus der alten Bauerngesellschaft trug er noch stark patriarchalische Züge, obwohl die Freiheit der Frauen vielleicht grösser war als in vielen Gegenden auf dem Kontinent. Das Sippengefühl war stark; Verwandtschaft wurde sehr weit gerechnet. Die formellen Familienbänder wurden stark hervorgehoben, und ökonomische Hilfe der Sippenmitglieder unter einander galt als Verpflichtung. Zugleich aber bestand auch ein stark individualistischer Zug, indem selten mehrere Geschwister oder sogar mehrere Generationen unter dem selben Dach wohnten. Alte Leute und abhängige Familienmitglieder hatten nicht selten eine Hütte für sich neben dem Hof, wo sie separiert wohnten. Man kann vielleicht sagen, dass die heutige schwedische Sozialpolitik psychologisch an diese Tradition anschliesst, da sie weniger für die Familie als für Kinder, für die Frauen und für die Alten sorgt.

Die schwedische Bevölkerungspolitik ist in erster Linie eine Sozialpolitik für die Kinder, »die ein Interesse der ganzen Gemeinschaft sind«, nicht eine Familienpolitik, und sie kann aus diesem Grund, vielleicht mehr als ihre Initianten es eingesehen haben, experimentell genannt werden. Wenn es dieser Bevölkerungspolitik gelingt, die Nativität genügend hoch zu halten, damit der Stand der Bevölkerung auf dem alten Niveau bleibt,

¹⁰⁾ *ibid.* S. 98.

ist das Experiment gelungen, ganz abgesehen davon, ob dabei der neue Familientypus, auf den die Bevölkerungspolitik indirekt hinzielt, den alten verdrängt oder nicht. Eine Prognose soll hier nicht versucht werden. Ein Erfolg auf lange Sicht wäre schon deshalb bemerkenswert, weil der neue Familientypus — vorausgesetzt, dass sich die Familie auf diesen Typus hin so entwickelt, wie man es angenommen hat — sich bisher wohl immer als demographisch defizitär erwiesen hat, trotzdem — wie es von einem seiner Fürsprecher ausgedrückt wird — »das Prestige der Familie aus der Zeit herkam, als die Familie noch die Basis der produktiven Arbeit war«.

Benützte Literatur.

A. Officielle Untersuchungen, Gutachten, Berichte und Statistik.

S.O.U. = Statens offentliga utredningar.

S.O.S. = Sveriges offentliga statistik.

I. Befolkningskommissionen av 1935:

Betänkande ang. förlossningsvården och barnmorskeväsendet samt förebyggande mödra- o. barnvård. S.O.U. 1936.
Betänkande ang. familjebeskattningen. S.O.U. 1936.
Betänkande ang. dels planmässigt sparande dels statliga bostättningslån. S.O.U. 1936.
Betänkande ang. moderskapspenning och mörahjälpt. S.O.U. 1936.
Betänkande ang. sterilisering. S.O.U. 1936.
Yttrande ang revision av 18 kap. 13 § Strafflagen m.m. S.O.U. 1936.
Betänkande i sexualfrågan. S.O.U. 1936.
Yttrande i abortfrågan. S.O.U. 1937.
Betänkande i näringsfrågan. S.O.U. 1938.
Betänkande ang. barnbegräddningsbidrag. S.O.U. 1938.
Betänkande ang. förvärvsarbetande kvinnors rättsliga ställning vid äktenskap o. barnsbörd. S.O.U. 1938.
Betänkande ang. »landsbygdens avfolkning». S.O.U. 1938.
Yttrande med etiska synpunkter på befolkningsfrågan. S.O.U. 1938.
Betänkande ang. barnkrubbor o. sommarkolonier m.m. S.O.U. 1938.
Betänkande med vissa demografiska utredningar. S.O.U. 1938.
Slutbetänkande. S.O.U. 1938.

II. 1941 års befolkningsutredning:

Utredning o. förslag ang. statsbidrag till daghem o. lekskolor m.m. S.O.U. 1943.
Utredning o. förslag ang. statsbidrag till social hjälpverksamhet.
Utredning o. förslag ang. planmässigt sparande för familjebildning o. statens bostättningslån. S.O.U. 1943.
Befolkningspolitik i utlandet. S.O.U. 1944.
Socialvårdens omfattning o. kostnader efter 1930. S.O.U. 1944.
Betänkande i abortfrågan. S.O.U. 1944.
Betänkande ang. den husliga utbildningen. S.O.U. 1945.
Betänkande om skolmåltiderna. S.O.U. 1945.
Betänkande om förlossningsvården. S.O.U. 1945.
Betänkande om akademikernas amorteringsproblem. S.O.U. 1945.
Statistiska undersökningar kring befolkningsfrågan. S.O.U. 1945.
Betänkande om åtgärder för beredande av vila o. rekreation åt mödrar o. barn. S.O.U. 1945.
Socialpolitikens ekonomiska verkningar, en undersökning a C. Welinder utf. på uppdrag av 1941 års befolkningsutredning. S.O.U. 1945.

III. Andere Kommissionen, Ämter und Körperschaften:

- Betänkande i utvandringsfrågan avgivet av Emigrationsutredningen. S.O.U. 1913.
 Betänkande med förslag till lag om avbrytande av havandeskap. S.O.U. 1935.
 Betänkande med förslag till ändrade grunder för familjebeskattningen. Avgivet av 1941 års familjebeskattningssakkunniga. S.O.U. 1943.
 Betänkande med utredning o. förslag ang. seminariernas organisation. S.O.U. 1935, 44.
 Betänkande med förslag rörande lån och årliga bidrag av statsmedel för främjande av bostadsförsörjning för mindre bemedlade barnrika familjer avgivet av Bostadssociala utredningen. S.O.U. 1935.
 Betänkande med förslag rör. lån o. bidrag av statsmedel till främjande av bostadsförsörjning för mindre bemedlade barnrika familjer i egna hem avgivet av Bostadssociala utredningen. S.O.U. 1937.
 Promemoria rörande bostadsförsörjningen avg. av Bostadssociala utredningen. S.O.U. 1942.
 Betänkande ang. gift kvinnas förvärvsarbete m.m. avg. av Kvinnoarbetskommittén. S.O.U. 1938.

IV. Schwedische Statistik.

- Befolkningsrörelsen (Jbch), S.O.S. 1920—1946.
 Folkmängdsuppgifter länsvis o. kommunvis 1751—1909. Stat. Centr. Byr. Sthlm.
 Folkräkningen 1930. Del V. Trosbekännelse etc. SOS -37.
 Folkräkningen den 31. XII, 1945. S.O.S.
 Handlingar ang. Tabell-Verkt. Sthlm. 1808.
 Statistisk Årsbok 1946—8 S.O.S.
 Tabell-Kommissionens underdåniga betättelser till Kongl. Maj:t 1811—1850. Stat. Centr. Byr. Sthlm 1923.
 Tabell Commissions Berättelse om Tabell Wäcket 1751. (Ungedruckt).
 Tabell-Commissions underdåniga Relation 1761; (Ungedruckt).
 Tabell Commissions underdåniga Berättelse 1795. (Ungedruckt).

V. Internationale Statistik.

- Annuaire statistique de la Société des Nations 1941—42. Genève 1943.
 La mortalité en Europe. Statist. générale de la France. Etudes démographiques. No. 2 Paris 1940.
 Reproduction nette en Europe. Statistique générale de la France. Etudes démographiques No. 1. Paris 1941.
 Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1947. Basel 1948.
 Statistisches Handbuch für den Bundesstaat Österreich, Wien 1937.
 »Statistische Nachrichten» No. 1, Wien 1938.

VI. Reichstagsprotokolle.

- Protokoll vid lagtima Riksmötet 1935.
 Bihang till Riksdagens protokoll vid lagtima riksdagen i Stockholm år 1935. I & II.

B Andre Literatur.

- Acta & Facta i befolkningsfrågan. Handbok utgiven av Radiotjänsts föredragsavdelning. klngen Sthlm. 1946.
 AHLBERG, GÖSTA & SVENNILSSON, I.: Sveriges arbetskraft och den industriella utvecklingen Sthlm. 1946.

- ALEGÅRD, G.: Svensk befolkningspolitik förr o. nu. Lund 1941.
- ALEXANDERSON, E.: Barnbidragen o. andra sociala för måner för barn. Sthlm. 1948.
- APTEKAR, H.: Anjea; Infanticide, Abortion & Contraception in a Savage Society. New York 1931.
- Arbetarrörelsens Efterkrigsprogram. Sthlm. 1944.
- ARRHEN, E.: Familjen främst. Befolkningsfrågans läge samt högerens program o. krav vid 1935 års riksdag. Sthlm. 1935.
- BAGGER-SJÖBÄCK, INGA & V. HOFSTEN, B.: Ett barn eller fyra. Sthlm. 1941.
- BALAS, CH.: Malthus and The Population Problems of To-day. Budapest 1936.
- Berättelse över Gammelsvenskbykommitténs verksamhet. Sthlm. 1938.
- BERCH, A.: Sätt att igenom Politisk Arithmetica uttröna länders och rikens hushållning. Sthlm 1746.
- BERG, F. TH.: Några grunddrag av Sveriges befolkningsstatistik för åren 1748—1875. S 1878.
- BERG, G. & SVENSSON, S.: Svensk Bondekultur. Sthlm 1934.
- BERGGREN, A.: Befolkningskommissionens principbetänkande. In Sv. Stadsförb. Tidskr. No. 4 1938.
- BICKEL, W.: Bevölkerungsgeschichte der Schweiz. Zürich 1947.
- BIÖRCK, GUNNAR: Vårt folk o. vår framtid. Sthlm. 40.
- BÖKER, H. & v. BÜLOW, F. W.: The Rural Exodus in Germany. Genève 1933.
- , —, —, — The Rural Exodus in Czechoslovakia, Genève 1935.
- BONAR, JAMES: Malthus and His Work. New York 1924.
- BONOW, M.: Staten o. jordbrukskrisen. Sthlm. 1940.
- BORG, FOLKE: Ett döende folk. Sthlm. 1935.
- BOVEN, EZRA: An Hypothesis of Population Growth. Columbia U.P. New York 1931.
- BOWLEY, A.: Death-Rates, Density, Population & Housing. In J. of The R. Stat. Soc. 1923.
- BOWMAN, ISAAH: Limits of Land Settlement. New York 1937.
- BRENTANO, LUJO: Die Malthussche Lehre u. die Bevölkerungsbewegung der letzten Denezennien. München 1909.
- BRÜSCHWEILRR, C., VEILLARD, M. & ETTER, PHILIPP: Bevölkerungsproblem u. Familienschutz in der Schweiz. Bern 1941.
- BURGDÖRFER, DR. FR.: Volk ohne Jugend. Berlin 1932.
- , — Aufbau u. Bewegung der Bevölkerung. Leipzig 1935.
- , — Bevölkerungsentwicklung im Dritten Reich. Heidelberg 1935.
- , — Krieg u. Bevölkerungsentwicklung. München u. Berlin 1940.
- CARLI, F.: L'Equilibrio delle Nazioni. Bologna 1920.
- CARR-SAUNDERS, A. M.: World Population. Oxford 1936.
- CASSEL, GUSTAF: »Samhällsintresset i befolkningsfrågan». In »Svenska Dagbladet» 27. Nov. 1934.
- , — Liv eller död. Sthlm. 1935.
- CATTELL, RAYMOND B.: The Fight for our National Intelligence. London 1937.
- CHANDRASEKHAR, S.: India's Population. New York 1946.
- CHARLES, ENID: The Twilight of Parenthood. London 1934.
- , — The Menace of Under-Population. London 1936.
- CHEN, T.: Population in Modern China. Chicago 1937.
- CHILDS, MARQUIS V.: Sweden The Middle Way. Yale U. Press. New Haven 1938.
- COLOMB, F.: Quelques aspects actuels du problème de la population en Europe. Lausanne 1945.
- CONDLIFFE, J. B.: The Economic Pattern of World Population. Washington 1943.

- COSTE, ADOLPHE: *Les Principes d'une sociologie objective*. Paris 1899.
- , — *L'Experience des peuples et les previsions qu'elle autorise*. Paris 1900.
- CRAMÉR, HARALD: Om innebörden av prognoser för befolkningsutvecklingen. In *Nordisk Försäkr. tidskr.* April 1936.
- CRONER, FRITZ: *De svenska privatanställda*. Stockholm 1938.
- DELL B. N. & LUTHRINGER, G. FR.: *Population Resources & Trade*. Boston 1938.
- Demographic Studies of Selected Areas of Rapid Growth. New York 1944.
- DUBLIN, L.: *The Population Problem & World Depression*. New York 1936.
- DUBLIN, L. I. & LOTKA, A. J.: On the True Rate of Natural Increase as Exemplified by the Population of the U.S. 1920. In *Am. Stat. Assoc. Journ.* 1925.
- EAST, EDW. M., *Mankind at the crossroads*. London 1923.
- EDIN, K. A.: The Birth Rate Changes. In *Eugenics Review*, Vol XX.
- , — *Vårt moderna befolkningsproblem*. Sthlm. 1927.
- , — & HUTCHINSON, E. P.: *Studies of Differential Fertility in Sweden*. London 1935.
- ELMÉR, Å.: *Svensk Socialpolitik*. Lund 1943.
- ELVIUS, P.: Förteckning uppå Barnens åhrliga antal som äro födde uti U. Stad, Sthlm 1744.
- Familj o. moral. Sammandrag av befolkningskommissionens betänk. i sexualfrågan. Tiden. Sthlm. 37.
- FERENCZI, I.: *The synthetic Optimum of Population*. Paris 1938.
- FOLSOM, J.: *The Family*. New York 1934.
- , — *The Family & Democratic Society*. 5th ed. N.Y. 1947.
- FORSSELL, HANS: Anteckningar om Sveriges jordbruksnäring i sextonde seklet. Sthlm 1884.
- , — *Sverige 1571*. Sthlm. 1883.
- FRANSSON, E.: *Barnbegränsningens orsaker*. Sthlm. 1942.
- FULLER, R. C. & MYERS, R. R.: *The Natural History of A Social Problem*. Am. Soc. Rev. 1941.
- GELINEK, OSK.: *Bevölkerungsspiegel Österreichs*. Wien 1936.
- GINI, C.: *I fattori demografici dell'evoluzione delle nazioni*. Torino 1912.
- , — *The Cyclical Rise & Fall of Population*. In *Population*, Harris Found. Chicago 1930.
- , — *A Coordination of the Different Population Theories*. In *Rev. de l'Inst. intern. de Statist.* No. 1—2, 1943.
- GISI, W.: *Die Bevölkerungsentwicklung der schweizerischen Eidgenossenschaft*. Aarau 1868.
- GLASS, D. V.: *Population Policies in Scandinavia*. In *Eugenics Rev.* 1938.
- , — *The Struggle for Population*. Oxford 1936.
- , — *Population Policies & Movements in Europe*. Oxford 1940.
- GULLBERG, H. & SUNDBÄRG, G.: *Folkmängden o. folkökningen i Skandinavien 1815—80*. S. 1882.
- HALBWACHS, MAURICE: *Morphologie Sociale*. Paris 1938.
- HAGSTROEM, K.: *Rejuvenation Tendencies in The Swed. Population*. In *Skand. Bankens Kvart. Rev.* 1946.
- HANSEN, ALVIN: *Economic Progress & Declining Population Growth*. In *Am. Ec. Rev.* März 1939.
- HECKSCHER, ELI F.: *Malthus och den nordiska befolkningsutvecklingen*. In *Ekonomisk Tidskr.* Sept. 1943.
- , — *Städernas plats i Sveriges samhällshistoria*. In »Ekon. Tidskr.» 1948.
- , — *Det svenska jordbrukets äldre ekonomiska historia*. In »Ekon. Tidskr.» 1941.
- , — *Svenska järnhanteringens historia i fågelperspektiv*. In »Ekon. Tid-skr.» 1940.

- HJELT, A.: De första officiella relationerna om Svenska Tabellverket åren 1749 -57. H-fors 1899.
- , — Det svenska Tabellverkets uppkomst, organisation o. tidigare verksamhet. H-fors. 1900.
- HIWERTH, I. & FRANKEN, P.: Frauenüberschuss u. Geburtenrückgang. Hamburg 1934.
- V. HOFSTEN, ERLAND: Hur den svenska landsbygden avfolks. Sthlm. 1940.
- , — Några jämförelser mellan befolkningsutvecklingen i Frankrike och Sverige. In »Ymer» 1943.
- , — Vägvisare i svensk statistik. Sthlm. 1943.
- , — Europas framtid o. befolkningsfrågan. Sthlm. 1945.
- HOGGEN, LANCELOT: Political Arithmethic. London 1938.
- HÖJER, ERNST: Die Bevölkerungsentwicklung in Schweden im Vergleich mit der Deutschlands. Jena 1943.
- , — Bevölkerungsentwicklung u. Bevölkerungsprobleme in Schweden. Uppsala 1944.
- HÖJER, K. J.: En svensk medborgares trygghet mot nöd, Sthlm.
- , — Samhället och barnen. Sthlm. 1946.
- HUBBOCK, EVA: M.: Population Facts and Politics. London 1945.
- HYRENIUS, H.: Giftermålsfrekvens o. nativitet i Sverige. In Statsv. Tidskr. 1940.
- , — Livsvilja eller folkdöd. Lund 1941.
- , — Fredshausse i nativiteten? In Svenska Familjevärnet, No. 2 1946.
- , — De senaste årens nativitetsuppgång. In »Ekon. Tskr. 1942.
- , — Räcker vårt födelsetal? Tiden 1944:4.
- , — Om beräkningen av reproduktionstal. In »Ekon. Tskr.» 1945.
- JANSSON, FLORENCE E.: The Background of Swedish Immigration 1840—1930. U.o. Ch. Press. Chic. 1931.
- JENSEN, A.: Befolgningsssporsmaalet i Danmark. Köbenhavn 1937.
- JOHANSSON, ALF: De demografiska betingelserna för bostadsmarknadens o. bostadsstandardens utveckling. Appendix IV zu Betänkande med förslag rörande lån o. årligo bidrag för barnrika familjer S.O.U. 1935:2.
- KEYSER, E.: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands. Leipzig 1938.
- KIRK, DUDLEY: European Population in the Interwar Years. Genève 1946.
- KUCZINSKY, R. R.: Population Movement. Oxford 1936.
- LANDIS, PAUL: H.: Population Problems. New York 1943.
- LANDRY, A., La révolution démographique. Paris 1934.
- LANGELAND, O. H.: Det er liv eller død det gjelder. Oslo 1937.
- LAZARFELD P., M. JAHODA u. ZEISEL: Die Arbeitslosen von Marienthal. Wien 1936.
- LINDER, RICHARD: Die schwedische Landbevölkerung unter dem Einfluss der Industrialisierung. Greifswald 1938.
- LINDERS, F. J.: Vårt Befolkningsproblem. Sthlm. 1930.
- LORIMER, F. & OSBORN, FR.: Dynamics of Population New York 1934.
- LÖSCH, A.: Bevölkerungswellen u. Wechsellagen. Jena 1936.
- , — Population Cycles as a Cause of Business Cycles. In Quarterly J. of Ec. No. 4 1937.
- LYNG, J.: The Scandinavians in Australia, New Zealand and The Western Pacific. Melbourne 1939.
- LYTTKENS, ALICE: Svensk kvinna. Sthlm. 1941.
- MACDONALD, D. F.: Scotlands Shifting Population 1770—1850. Glasgow 1937.
- MALTHUS, TH.: (anonym) An Essay on the Principle of Population as it Affects The Future Improvement of Society. London 1798.
- , — dasselbe, 2. erg. Auflage, London 1803.
- , — dasselbe, 7. Aufl. London 1826.

- MARTENSEN-LARSEN, H.: Aegteskab og Bornebegrænsning. København 1931.
- Mass-Observation: Britain and Her Birth-Rate. London 1945.
- McCLEARY, G. F.: Population Today's Question. London 1938.
- , — The Menace of British Depopulation. London 1937.
- MEBIUS, AXEL: De demografiska förhållandena hos de svenska läroverkslärarna 1861—1916. Göteborg 1929.
- MODEEN, G.: Den framtida befolkningsutvecklingen o. riktlinjerna för vår befolkningspolitik. In Ekonom. Samf. Tidskr. (Helsingfors) 1939.
- MONTGOMERY, A.: Industrialismens genombrott i Sverige. Sthlm. 1931.
- , — Svensk socialpolitik under 1800-talet. Sthlm. 1934.
- , — Befolkningskommissionen o. befolkningsfrågan. In »Ekon. Tidskr.» 1939.
- MOMBERT, P.: Bevölkerungslehre. Jena 1929.
- , — Bevölkerungsentwicklung u. Wirtschaftsgestaltung. Leipzig. 1932.
- MOORE, J.: Cityward Migration, Swedish Data. Chicago 1938.
- MURRAY, R. W. & FLYNN, F. T.: Social Problems. New York. 1946.
- MYRDAL, ALVA: Nation and Family. New York & London 1941.
- , — Folk och familj. Sthlm. 1944.
- , — & GUNNAR: Kris i befolkningsfrågan. 2. Aufl. Sthlm. 1935.
- , — GUNNAR: Population, A Problem for Democracy. Cambridge Mass. 1940.
- , — & ÅHREN, UNO: Bostadsfrågan som socialt planläggningsproblem. Sthlm. 1933.
- NOTESTEIN, F. & OTHERS: The Future Population of Europe and the Soviet Union. Genève 1944.
- OSBURN, W. F. & NIMKOFF, M. F.: Sociology. Boston & N.Y. 1940.
- , — A Handbook of Sociology. London 1947.
- PAUSTIAN, PAUL W. & OPPENHEIM, J. J.: Problems of Modern Society. New York 1938.
- PEARL, RAYMOND: The Natural History of Population. London 1939.
- PEARSON, S. VERE: The Growth and Distribution of Population. London 1933.
- PENROSE, E. F.: Population Theories and their Application. Stanford 1934.
- PHELPS, H. A.: Principles and Laws of Sociology. New York 1936.
- PITT-RIVERS, G. H. L. F.: Problems of Population. London 1932.
- Population Movements and Industrialization. Swedish Counties 1895—1930. London 1941.
- QUANTE, P.: Die Flucht aus der Landwirtschaft. Berlin 1933.
- QUENSEL, C.-E.: Den äktenskapliga fruktsamhetens förändringar 1933—39. In Statsvetensk. Tidskr. 1943.
- , — Giftermålsintensiteten i Sverige under de sista årtiondena och dess framtida storlek. In Statsvetensk. Tidskr. 1939. s. auch Beilagen zu 7 und 15.
- , — Nativiteten under efterkrigstiden, in »Social Meddelanden» 1948.
- QUESNEY: Analyse du tableau économique. Paris 1826.
- RAPPARD, W.: De l'optimum de la population. In »Schw. Zft f. Volksw. & Statistik» 1927.
- SCHECHTMANN, J. B.: European Population Transfers 1939—45. New York 1946.
- SOROKIN, P.: Contemporary Sociological Theories. New York 1928.
- STANGELAND, CH. E.: Pre-Malthusian Doctrines of Population. New York 1904.
- STOETZEL, J.: Théorie des Opinions. Paris 1949.
- SUNDEÄRG, G.: Bevölkerungsstatistik Schwedens 1750—1900. Sthlm 1907.
- SÜSSMILCH, J. P.: Die göttliche Ordnung in denen Veränderungen des menschl. Geschlechts Berlin 1741.
- SWINBURNE, J.: Population and The Social Problem, London 1924.

- THOMAS, DOROTHY S.: *Social and Economic Aspects of Swedish Population Movements 1750—1933*. New York 1941.
- TEGNÉR, ESAIAS: *Samlade Skrifter*. Bd IV. S. 1884.
- THOMSON, WARREN S.: *Population Problems*. New York & London 1930.
- V. UNGERN-STERNBERG, R.: *Bevölkerungsverhältnisse in Schweden, Norwegen u. Dänemark*. Berlin 1937.
- V. UNGERN-STERNBERG, R.: *Bevölkerungsverhältnisse in Estland, Lettland, Litauen und Polen*. Berlin 1939.
- , — Die Ursache des Geburtenrückgangs im Europäischen Kulturkreis. Berlin 1932.
- WAHLUND, S.: *Medan patienten väntar*. Sthlm. 1944.
- , — Sveriges befolkningsproblem. Sthlm. 1945.
- , — Konsumentgruppernas framtida sammansättning Sthlm. 1943.
- , — Kunna jordbrukspolitiken o. socialpolitiken mötas. In *Social Årsbok 1943—44*.
- , — Demokrati o. utbildning. In *Social Årsbok 1942*.
- WARGENTIN, PEHR: *Anmärkningar om nyttan af åhrliga förteckningar på födda o. döda i et Land*. Kongl. V. akadem. Handl. 1754—55.
- , — Mortaliteten i Sverige. K. V. Akad. Handl. 1766. Facsimile Sthlm 1930.
- , — Undersökning om Folkutflyttningen såväl utur hela Svea Rike som utur hvart och ett Höfdingedöme i anledning af Tabell-Wärket för 25 år ifrån och med år 1749 til och med år 1773. Kongl. V. Akad. Handl. Sthlm 1773.
- , — Ödmjukt Memorial. Sthlm 1755.
- WESTERGAARD, H.: *Die Lehre v. der Mortalität u. der Morbilität*. 2 Aufl. Jena 1901.
- WHELPTON, P. K.: *Needed Population Research*. Lancaster Penn. 1938.
- , — Industrial Development & Population Question. In »Soc. Forces» 1928.
- »Why I am Having A Child». In »Forum», 89, 1937.
- WICKSELL, KNUT: *Några ord om samhällsolyckornas viktigaste orsak och botemedel*. Uppsala 1880.
- , — *Läran om befolkningen*. Sthlm. 1910.
- WICKSELL, SVEN: *Ur befolkningsläran*. Sthlm. 1931.
- WIKMAN, K. ROB.: *Die Einleitung der Ehe*. Åbo 1937.
- WILCOX, O. W.: *Natives Can Live at Home*. London 1935.
- WOHLIN, N.: *Densvenska jordsteykningspolitiken i de 18de och 19de århundradena*. Sthlm. 1912.
- , — *Den äktenskapliga fruktsamhetens tillbakagång på Gotland*. Sthlm. 1915.
- WOLF, JULIUS: *Der Geburtenrückgang*. Jena 1912.
- , — *Die neue Sexualmoral und das Geburtenproblem unserer Tage*. Jena 1928.
- WOOFTEE, T. J.: *Completed Generations Reproduction Rates*. In »Human Biology» Sept. 1947.

Curriculum vitae.

In Helsingfors, Finnland, von schwedischen Eltern 1913 geboren, besuchte ich dort und in Kotka, Finnland, die Schulen. Nach absolviertem Schulgang war ich von 1932 bis 1938 in Helsingfors, London und Stockholm als Geschäftsmann tätig. Im Herbst 1938 nahm ich das Studium der Biologie und der Psychologie in Basel auf, das aber durch den Krieg unterbrochen wurde. 1942 hatte ich die Gelegenheit, meine Studien in Genf wieder anzufangen, wo ich an der Universität und im »Institut des sciences de l'éducation« vor Prof. PIAGET Psychologie und Soziologie studierte. Diese Studien setzte ich in Zürich fort, wo ich dazu noch Philosophie und Heilpädagogik hörte. Nach dem Sommersemester 1946 siedelte ich nach Stockholm über, wo ich mich weiter als Sozialarbeiter ausgebildet habe und als solcher tätig bin.

